

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 3,50 Mk. halbjährlich, 7,00 Mk. jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die lechsteilnehmende Annoncistin oder deren Annoncist 20 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: jede Zeile 20 Pf. (zweizeilige 20 Pf. Zeile, jedes weitere Wort 10 Pf. Zeilenlänge und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts!

Für das Premierienpublikum auf den Tribünen mag die gestrige Sitzung des Reichstages so etwas wie ein „großer Tag“ gewesen sein, denn es durfte sich nicht nur an längeren Ausführungen des sogenannten leitenden Staatsmannes erbauen, sondern konnte sich zum Schluß noch an einem Brillantfeuerwerk des früheren Staatssekretärs v. Posadowsky ergötzen, der, bei deutschen abgehalteten Ministern eine Seltenheit, sich in der Rolle des Parlamentariers ganz wohl zu gefallen scheint. Wer aber eine Parlamentsverhandlung von einer höheren geschichtlichen Warte aus betrachtet als eine Zirkusvorstellung, der mußte in diesem zweiten Tag der Staatsdebatten nur ein Spiegelbild der verfahrenen politischen Lage und der trostlosen politischen Verwirrung erblicken. In den Reden des Kanzlers wie in denen der bürgerlichen Sprecher nichts von — wir wollen nicht unbedeuten sein und ein großes Ziel gar nicht einmal erwähnen — aber selbst nichts von einem leitenden Gedanken, von einem überlegenen Gesichtspunkt, sondern nur Durcheinander und Runderbunt, und nirgends ein Weg, der aus dem Sumpf der Konfusion herausführen könnte.

Wir sind gewiß die Letzten, die vor dem bürgerlichen Parlamentarismus im allgemeinen und vor den Ministern parlamentarisch regierter Länder im besonderen eine ungebührliche Ehrfurcht hätten, aber man zeige uns einmal einen französischen und englischen Minister, der nach einem entscheidenden und folgenschweren Wahlausfall, angesichts einer schwierigen politischen Situation, mit einem so hilflosen Gestammel vors Parlament träte wie gestern Herr v. Bethmann Hollweg, ohne sofort von dem scharfen und schonungslosen Gelächter der ganzen Nation wie von einem Hagelschloßenerweiter erschlagen zu werden! Wir leben in keinem parlamentarisch regierten Staate und Deutschlands Regierung kann es sich leisten, „Staatsmänner“ — wirklich „Staatsmänner“ auch in dem Sinn, daß man mit ihnen Staat machen kann — an die Öffentlichkeit zu stellen, die das ganze deutsche Volk blamieren würden, wenn das Ausland nach ihnen die politische Reife des Volkes abschätzen wollte. So war es etwas wie Selbsterhaltungstrieb, wenn der Kanzler sich schroff gegen jede Erweiterung der Parlamentsrechte als den ersten Schritt zu einem parlamentarischen Regime wandte, denn wenn Minister Männer sein müßten, statt Gömmer zu haben, stände der Spruch des alten Frankfurter Geldwechsellers nicht an dieser Stelle. Was an Betrachtungen aus seinem Munde floß, entpuppte sich den Ängstigen und Köten eines aufrichtig reaktionären Herzens. Herr v. Bethmann Hollweg ist gewiß das, was man einen braven Mann nennt, und wenn ihn das Geschick zum Bureaucratiener gemacht hätte, wäre sein Lebenslauf treu und Redlichkeit bis an das fühlbare Grab gewesen und eine Verdienstspinnelle hätte schließlich seine Verdienste geziemend belohnt. So aber hat ihn das Geschick in einem arduen Dossheitsanfall auf den höchsten Posten in der Verwaltung eines fünfundsiebzigmillionenwollen geschleudert und da erscheint seine bejammernswürdige Unzulänglichkeit mit jedem Male bejammernswürdiger.

Mitleid konnte er erwecken, wie er aus erloschenen Augen hilflos in den Saal blickte und auf keiner Seite die erhoffte Hilfe fand. Denn obwohl seine Rede ein Hohn war auf die verdächtige Erkenntnis der Thronrede, daß die Entwicklung nicht still stehe, und obwohl sie hier und da einen Stich ins bössartige Reaktionäre hatte, brachte es der Kanzler mit einer fast genialen Tölpelhaftigkeit fertig, auch seine guten Freunde auf der Rechten des Hauses vor den Kopf zu stoßen, indem er von der Möglichkeit einer Wiederkehr der Erbschaftsteuer sprach. Auch manches andere Wort klang ihnen nicht gerade fein und lieblich zu Ohren, denn wenn er von den Ultras sprach, auf die eine vernünftige Politik keine Rücksicht nehmen dürfe, deutete er mit derselben typischen magistralen Handbewegung wie auf die Sozialdemokratie nach rechts hinüber, wo Herr v. Seydewitz immerlich die nadewessische Totenkugel um die auf dem Wahlfelde geliebten Stammesbrüder anstimmen mag. Aber um von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen, gegen die er mit einer rostigen Plempe aus dem Reichsverbandsarsenal Luftschiede führte, wachte der größere Teil seiner Rede auch auf der bürgerlichen Linken lebhaften Widerspruch. Denn so stehen die Dinge: wie ein Schwarm Kraniche, der gegen Süden zieht, sind die viereindiertel Millionen sozialdemokratischer Stimmzettel über den Häuptern dieser Regierung dahingezogen, ohne eine Spur zu hinterlassen! Viereindiertel Millionen hämmern mit harten Häuten an die Tore des Parlaments, um Rechte zu heischen, und der sozofogen leitende Minister — er ist wahrhaftig mehr ein Leidender — malt als Antwort mit schulmeisterlicher Geberde eine große runde Null auf die Wandtafel. Ministerverantwortlichkeit? Nichts! Erweiterung der Parlamentsbefugnisse? Niemals wird er seine Hand dazu bieten! Aenderung der Wahlkreis-einteilung? Nimmermehr! Demokratisierung des Reiches? Ausgeschlossen! Ausgeschlossen! Und er beschwört die bürgerlichen Parteien, gegen die Sozialdemokratie geschlossene Frontstellung einzunehmen und treibt gleichzeitig wieder einen Teil zwischen dieselben bürgerlichen

Parteien, stolpert und stolpert und die Welt ist überhaupt ein Jammerthal!

Mit gutmütigem Lachen hörte sich die Sozialdemokratie die ungeschickten Einfälle und Ausfälle des Herrn v. Bethmann an — nur einmal, als er die Wahl des Genossen Scheidemann zum Vizepräsidenten mit nörgelnden Worten tadelte, wurden Rufe des Unmuts laut, denn dieser Eingriff in die Rechte des Reichstages offenbarte das beschämend geringe Maß von Achtung, das in Deutschland von den regierenden Bureaucraten dem Parlament entgegengebracht wird.

Dies die Logik der Bethmannschen Rede Konfusion, so war auch des Herrn v. Posadowsky Rede Konfusion. Er redete über alles und jedes, fand manches treffende Wort, manchen glänzenden Satz, prägte manches Epigramm und hatte die Lacher bald auf der rechten, bald auf der linken Seite des Hauses — und das war sehr bezeichnend! — aber mit Epigrammen läßt sich keine Politik machen. Es hört sich zwar sehr nett an und liest sich hübsch, wenn Graf v. Posadowsky betonte: „Gedanken lassen sich nicht einsperren und nicht aussperren“ oder „Die Sozialdemokratie muß bekämpft werden nicht mit Solinger Klängen, sondern mit solonischer Klugheit“, aber dahinter steckt genau so viel an politischer Weisheit wie politischer Macht hinter der Person dieses Eingängers: nämlich nichts! Der Mann, der ein Staatssekretär sein wollte für, nicht gegen Sozialpolitik, ist dabei immer noch ein Junker. Das merkt man an der Süffisance, mit der er von der „urteilslosen Masse“ zu sprechen liebt. Freilich strömt aus seinen gepolsterten Worten ein anderer Duft als der penetrante Stallgeruch Stelbiens, der den Reden eines Oldenburg anzuhasten pflegt, und von den Junkern von rechter Art und rechten Schlag trennt ihn doch wieder eine ganze Welt. Denn er ist, was diese realsten aller Realpolitiker nie gewesen sind und nie sein werden und was er in törichter Verblendung den Sozialdemokraten vorwarf, er ist ein heillosen Phantast, und milde beurteilt sein Wesen, wer sich abschließend des Goethewortes bedient: „Es muß auch solche Schwärmer geben!“

Außer den bedeutungslosen Rednern bedeutungsloser Parteigruppen, wie dem Fürsten Radziwill von den Polen und dem Freiherrn v. Scheele von den Welfen — die Reichspartei mit ihrem unvermeidlichen Herrn Krendt ist jetzt auch der Zahl nach zu dieser Bedeutungslosigkeit herabgesunken — bestritten Herr v. Payer von der Fortschrittlichen Volkspartei und Herr Vizentiat Mumm die Kosten des Tages. Bei der Rede des Schwaben Payer, der ab und zu einen netten Witz in das Haus warf, wie einen Stein in einen ruhenden See, und dann einen Wellenschlag von Heiterkeit hervorrief, und der auch an die Adresse der Rechten manch treffliches Wort richtete, erinnerte in ihrem Grundton an jene schwäbische Dichterschule, von der Heinrich Heine spottend sagt, daß ihre Glieder auf einer Gartenbank lägen, ein Fallhütlein auf dem Kopfe, und die Vögelein und die Gelbweigelein ansängen. Denn auch Payers Rede strotzte so von den Gelbweigelein der Liebe, Glaube und Hoffnung, daß man schier vergessen konnte, daß die ganze Geschichte seiner Partei nichts ist als eine Aufeinanderfolge verpackter Gelegenheiten und enttäuschter Hoffnungen. Daß er, sich stützend auf die vorgelegte Rede des Genossen Dr. Frank, auch von der Wandlung der Sozialdemokratie ein rührend Lied sang, sei der Kuriosität halber nebenbei erwähnt.

Die Glanzleistung des Tages aber war die Rede des Vizentiaten Mumm, der die Wirtschaftliche Vereinigung und die unfeindliche Komik vertrat. Sein Schwiegervater, der Hofprediger Stöcker, war ein gerissener Demagoge, Herr Mumm möchte es sein und verunglückt auf dem Wege. Die Wirkung seiner Rede, halb Kanzel, halb Kriegerverein, vorgetragen in einem hallenden Pastorenbrustton, war die, daß diese Neuwerbung des Hauses nur durch das Wort aus dem Volksmund treffend gekennzeichnet wird: „Der kann so bleiben!“ So mag der Nachwächter von Znamoslav vor dreißig Jahren Welt, Politik und Sozialdemokratie angeschaut haben, wie es dieser gottfestsige Hirte des Herrn gestern tat, und wahre Heiterkeitsstürme lohnten seine urkomischen Schläger, und als der Bratenrock mit dem Vizentiaten darin sich feierlich die Tribüne herabbewegte, waren wenige Augen auf der Linken noch trocken.

Als Herr v. Bethmann Hollweg in seinen Ausführungen von dem Zwang sprach, die Wände nach den widerwärtigen Pauferien wieder nach vorwärts zu richten, da nahmen ihm laute Rufe der Sozialdemokratie das Wort aus dem Munde und liehen es durch den Saal hallen. Vorwärts! scholl es mit Nachdruck fast eine Minute lang. Vorwärts! Und der Kanzler stand stumm und starr und schaute hilflos als sonst in den Saal. Das war ein Sinnbild. Im Munde des preussisch-deutschen Bureaucraten, der eben wieder der Reaktion seine Verbeugungen gemacht hatte, mußte dieses Wort wie Rückwärts! klingen. Aber die Sozialdemokratie hat nicht nur das Recht, jauchzend diesen ihren alten Schlachtruf in die Lande hinaus zu senden, sondern sie wird auch die Macht erkämpfen, dieses Vorwärts! zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Und die heute noch auf goldenen Pfählen der Macht thronen, mögen bedenken: Die ungeheure Stokkraft von viereindiertel Millionen steht hinter diesem Sturmruß Vorwärts!

Der Streit um den Landrat.

In den Steuerdebatten, die seit Jahren das preussische Abgeordnetenhause beschäftigen und dieses Jahr aus Anlaß der neuen Steuererlasse einen besonders lebhaften Charakter annehmen werden, ist es nicht ganz leicht, zwischen den Zeilen das herauszuhören, worauf es den verschiedenen Parteien in Wirklichkeit ankommt. Die Regierung — soviel ist ja klar — will mehr Geld haben. Aber sie sagt es nicht gerade heraus. Im Gegenteil, in der Begründung des Gesetzes verwehrt sie sich gegen eine solche Absicht; nur zur endgültigen Regelung des Steuerwesens macht sie angeblich ihre Vorschläge. Die im Hause maßgebenden Parteien aber stehen dem sehr mißtrauisch gegenüber — haben doch die Nationalliberalen heute sogar einen Antrag eingebracht, der darauf hinausläuft, die ganze Vorlage abzulehnen und die Regelung nochmal um 3 Jahre zu verschieben. Offenbar fürchtet jede der großen Parteien, daß in irgendeiner Weise gerade die von ihr vertretenen Interessenten zu den neuen Lasten herangezogen werden könnten. In diesem Zank aller gegen alle bildet eine höchst ergötliche Episode der Streit um den Landrat. Seit einigen Jahren ist bekanntlich ein deutliches Mißtrauen gegen die Steuertätigkeit der Landräte zum öffentlichen Ausdruck gekommen. Nach dem jetzt geltenden Steuererlasse sind die Landräte in der Regel ohne weiteres die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen. Nun ist mehr oder minder laut, mehr oder minder deutlich die Behauptung aufgetaucht, daß die Landräte die großen Wähler ihrer Kreise nicht mit der genügenden Schärfe anfassen. Die liberalen Parteien haben sich im Parlament alsbald zum Fürspruch dieser Behauptung gemacht. Natürlich unter der immer wiederholten Betonung, daß sie den Landräten nicht etwa den Vorwurf persönlicher Verschuldens machen wollen, haben sie sich bemüht, den „sachlichen“ Nachweis von deren Untauglichkeit für das Steuererlassen zu erbringen: der Landrat sei mit Geschäften anderer Art zu sehr überbürdet, es sei für ihn oft ganz unmöglich, gegen begüterte Eingekommenen und Mitwirkende bei anderen Angelegenheiten angewiesen sei usw. Man solle deshalb den Landrat das Veranlagungsgeschäft abnehmen und besondere Steuerbeamte damit betrauen. Der heimliche, nicht ausgesprochene Gedankengang, der diesen liberalen Vorschlägen zugrunde liegt, ist offenbar der: wenn es gelingt, durch besondere Steuerkommissare aus den Landkreisen, d. h. hauptsächlich aus den großen Grundbesitzern mehr herauszuholen, dann können andere Gesetze, die vielleicht die Handels- und Industriekapitalisten belasten möchten, abgelehnt werden.

Natürlich löst das auf den heftigsten Widerstand der Konservativen. Auch sie sagen nicht mit klaren Worten heraus, daß sie den alten Zustand deshalb beibehalten wollten, weil sich die von ihnen vertretenen Interessen gut dabei befinden. Bewahre, auch sie führen rein „sachliche“ Gründe ins Feld: die Einseitigkeit der Verwaltung müsse gewahrt werden, die Landräte hätten am besten die persönliche Kenntnis der einzelnen Steuerzahler, die für das Veranlagungsgeschäft unentbehrlich sei, sie bräuchten die Steuertätigkeit, um sich diejenige Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Kreises zu verschaffen, die sie für ihre sonstigen Verwaltungsgeschäfte bräuchten usw. Es ist geradezu rührend, wie Liberale und Konservative weiterfeiern, um aus Gründen desselben „allgemeinen Wohles“ — gerade entgegengesetzte Dinge zu erstreben!

Wie stellt sich nun dem gegenüber die Regierung? Niemand wird sich wundern, daß sie die Landräte in Schutz nimmt. Das war nicht anders zu erwarten. Sowohl der frühere Finanzminister v. Rheinbaben als auch der jetzige, Dr. Lenke, haben bei jeder Gelegenheit betont, daß die Landräte voll auf ihre Pflicht läten; niemals läme es vor, daß sie etwa aus persönlichen Rücksichten den einen Steuerzahler begünstigten zum Nachteil des anderen; ebensowenig sei aus sachlichen Gründen an ihrer Tätigkeit etwas auszusetzen.

Scheinbar steht also die Regierung in diesem Staat vollkommen auf Seiten der Konservativen. Aber doch nur scheinbar. Es muß schon auffallen, daß selbst beim überschwänglichsten Lobe der Landräte die Minister gleichwohl zugestanden, daß „viele Leute lange das nicht gahen, was sie schuldig sind“ — so ungefähr drückte es Herr v. Rheinbaben einmal aus. Noch mehr muß auffallen, daß zugleich ein Erlaß an die Steuerbehörden erging, sich bei der Veranlagung genau nach den Bestimmungen des Gesetzes zu richten. Es scheint also doch, als wenn die Regierung selbst, trotz aller gegenteiligen Ministerreden, kein so unbedingtes Vertrauen in die Steuertätigkeit der Landräte setzt, wie es die Konservativen gern haben wollen.

Noch mehr wird dieser Eindruck verstärkt, wenn man neben die Reden die Taten der Regierung stellt. In dem Etat der direkten Steuern für 1912 fordert die Regierung unter anderem 10 neue Stellen für Vorsitzende von Veranlagungskommissionen, und begründet dies damit: Für Veranlagungskommissionen mit bedeutendem Geschäftsumfange sollen besondere Vorsitzende ernannt und anderen Kommissionen sollen stellvertretende Vorsitzende beigegeben werden. Dies aber nicht erst jetzt, sondern es sei schon bisher so verfahren worden und es solle auf diesem Wege „fortgeschritten werden“.

In der Budgetkommission, der diese Forderungen kürzlich vorlagen, war es nun höchst ergötlich, zu sehen, wie die Konservativen Mäße den Speck sofort rochen. Klar genug ist ja die Lage in der Tat. Die Minister müssen sich eben je länger je mehr überzeugen haben, daß auf die alte Art dem Staate denn doch ganz et-

hehliche Summen alljährlich verloren gehen. Offen gegen den Konserativen Stachel zu lösen, entspricht nicht den preussischen Traditionen. Aber doch die in jedem Jahr geforderten neuen Stellen für Steuerbeamten im Hauptamt einen anderen Zweck haben sollten, als den, allmählich, Schritt für Schritt und ohne die Konserativen direkt zu bestrafen, doch dahin zu gelangen, wo die Liberalen hin wollen — das ist in der Tat ungeschwer zu sehen. Nur ist es so ungemein bezeichnend, daß man das nicht offen zu sagen mag. Herr Lange gab sich die äußerste Mühe zu versichern, daß die Regierung im Traume nicht an so etwas denke; nur wo ein Verzicht allzu groß sei, oder wo aus anderen Gründen der Umfang der Gehalts zu bedeutend geworden sei, sollen besondere Steuerkommissionen angestellt werden. Aber — die Konservativen glaubten ihm nicht! Kühl fragte der Vertreter den Minister, was damit gesagt sein solle, daß „der Umfang der Gehalts zu bedeutend geworden sei“. Und kühl stellte er dann den Antrag, die Beschlüsse über diesen Punkt auszusehen, bis der Minister genauere Angaben machen könne. Angenommen wurde der Beschluß ja nicht, aber die Konservativen stimmten geschlossen dafür. Bei dieser Fähigkeit, mit der die Herren an ihrem Willen selbst bei der kleinsten sich bietenden Gelegenheit festhalten, kann man sich auf interessante Debatten über diesen Punkt im Plenum gefaßt machen.

Oesterreichischer Jammer.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Eine kleine Statistik: Oesterreich-Ungarn besitzt zwei Parlamente, den österreichischen Reichsrat und den ungarischen Reichstag, weiter den kroatischen Landtag, den Landtag von Bosnien und die siebzehn Landtage der österreichischen Kronländer. Ein bißchen viel an sogenannten gesetzgebenden Körperschaften, aber sie alle werden allmählich nur noch in der Theorie existieren, denn mehr oder minder sind sie alle der Obstruktion verfallen, zur chronischen Arbeitsunfähigkeit verdammt. Wie es um das österreichische Parlament steht, ist bekannt: es kommt aus den Wöten nicht hinaus und die Arbeitsunfähigkeit, die seine Natur ist, ist nur durch die stärksten Reizmittel zu bannen. Was man draußen jetzt durch acht Tage verspürt hat: daß der Reichstag eine „Lage“ hat, ist in Oesterreich so etwa seit fünfzehn Jahren die Regel. Aufrecht gesprochen, ist in Oesterreich jeder froh, wenn er „sein“ Parlament nicht sieht: die Minister, die Abgeordneten, die Zeitungen und die Bevölkerung, keinem geht es ab. Nur so ist es zu erklären, daß das Abgeordnetenhaus in der eigentlichen parlamentarischen Verhandlungszeit ferngehalten werden kann: die letzte Sitzung war am 15. Dezember und die nächste wird am 5. März sein. Und dabei hat dieses Haus, das man für zweieinhalb Monate beurlaubt, vielleicht am meisten zu tun und arbeitet sicher am allerlangsamsten!

Das ist nur das österreichische Parlament, und wie steht es um das ungarische? Das steht überhaupt wieder einmal vor seinem Bruch. Dort wird seit etwa sieben Monaten die Beherrschung verhandelt, ohne daß man bisher zum Abschluß der Generaldebatte gekommen wäre! Und da die Aussicht gescheitert ist, mit der Opposition zu einem Abkommen zu gelangen, so wird die Auflösung wohl nicht mehr zu umgehen sein, obwohl wieder kein Mensch angeben vermöchte, was mit den Neuwahlen herbeigeführt werden könnte! Am verfahrensten ist die Sachlage in Kroatien, wo man den jüngst gewählten Landtag überhaupt nicht zusammentreten ließ, ihn vielmehr, obwohl er schon embernufen war, sogleich wieder aufgelöst hat, etwa zum fünftennmal seit zwei Jahren. Der Konflikt steht hier in der ganzen verfehlten Verfassung: das Land will von Ungarn nichts wissen, wird aber von der ungarischen Regierung mit fast absoluter Verfügung beherrscht. Auch der Landtag von Bosnien steht vor der Auflösung; immer neue Jermwürfe mit den Beamten der Landesregierung wie auch seine brutische Zusammenziehung — drei Nationen und drei Konfessionen — haben seine jugendliche Begeisterung rasch aufgerieben.

Nicht minder anmutig ist auch der Blick auf die österreichischen Landtage, die seit zwei Monaten tagen und denen zuzusehen der Reichsrat mit seiner Tätigkeit innehalten muß. Da haben wir zum Beispiel den Landtag von Böhmen, der durch die Obstruktion so gründlich lahmgelagt ist, daß er es innerhalb vier Jahren nicht einmal zur Konstituierung gebracht hat. Wohl werden die so etwa seit einem Menschenalter in den mannigfaltigsten Formen geführten Ausgleichsverhandlungen auch jetzt fortgesetzt; es ist aber nicht die geringste Aussicht, daß aus ihnen irgend was herauskommt. Der zweitgrößte Landtag ist der von Galizien, der nun wieder von der ruthenischen Obstruktion verfolgt wird; dort spielen sich die Verhandlungen, die in der „Bewilligung“ des absolut Unersäglichsten bestehen, unter dem wildesten Sturm der Ruthenen ab, die damit eine ihnen günstige Wahlreform erzwingen wollen. Der Landtag von Tirol ist von den Italienern, der von Steiermark von den Slowenen zerschlagen worden; beide mühten auch schon ganz ergebnislos herumgeschickt werden. Der oberösterreichische Landtag ist wieder an der Obstruktion der Deutschnationalen gegen die von der liberalen Mehrheit geplante demokratischere Gemeindevahlreform zugrunde gegangen. Mehr oder minder kaputt sind auch sämtliche Landtage der Küstenländer, wo der Kampf zwischen Slaven und Italienern jede gedeihliche Arbeit unmöglich macht. Mit Ausnahme von ein paar kleinen Landtagen sind die Landesparlamente dem Vortritt ganz nahe, dem moralischen und nicht minder dem finanziellen, der sie längst gewonnen hat, die ständigen Defizite durch Schulden zu decken. Die Gegner des allgemeinen Wahlrechts haben frohlockend auf die „Entwässerung“ hingewiesen, die das demokratische Parlament denen bereitet habe, die von der Wahlreform ein neues Zeitalter erwartet und geweissagt haben. Aber nach dem Bruch der Landtage, die von dem „Bis“ des allgemeinen Wahlrechts entweder ganz befreit sind oder denen es in so schwachen Tönen eingeholt ist, daß es nicht gefährlich werden konnte, erkennt man die wahre Ursache alles politischen Jammers in Oesterreich: daß sie in dem unmöglichen, naturwidrigen Staate steck, der politisch nicht leben und nicht sterben kann, also in jeder Hinsicht auf ein kümmerliches Vegetieren verurteilt ist, welches ein genauer Kenner dieses Oesterreichs schon vor Jahrzehnten „Fortwursteln“ genannt hat. Nur „wursteln“ man immer dümmere und schwächer.

Es haben sich gerade in letzter Zeit um die Person des Grafen Lehrenthal in Oesterreich heftige Kämpfe entsponnen, aber man mußte längst, daß er unrettbar verloren ist, und die Ablehnung seines Demissionsgesuches, zu dem sich Lehrenthal infolge des Schwindens seiner körperlichen Kräfte im Dezember veranlaßt sah, bedeutete nur, daß man sich auf sein baldiges Sterben gefaßt machte, nur seinen Tod ab-

warten wollte. Von der Krankheit, die den Minister befallen hatte, gibt es keine Rettung, und nachdem die Blutentartung fortgeschritten, war das rasche Ende unvermeidlich.

Graf Lehrenthal wird in die Geschichte als der Annexionsminister eingehen. Ob aber die Geschichte ihn wegen des Unternehmens so günstig beurteilen wird, als ihn die verzögerten Patrioten nach der glorreichen Tat beurteilt haben, ist mehr als zweifelhaft. Im Grunde genommen war die unermittelte Einverleibung des okkupierten Landes ein echter Schwandmestreich: eine ebenso überflüssige als kostspielige Sache. Ueberflüssig deshalb, weil das Besigrecht an den Ländern, die seit mehr als dreißig Jahren unter österreichischer Verwaltung standen, von niemandem in Zweifel gezogen wurde, und weil die Annexion über die „rechtliche“ Einverleibung nicht gedeihen konnte, die moralische Eröberung der Länder und ihrer Bevölkerung, die das wichtigste wäre, um keinen Schritt weiter gebracht hat. Kostspielig aber deshalb, weil sie erstens riesige Ausgaben nötig machte, und weil durch sie internationale Beziehungen in eine höchst unerfreuliche Stimmung kamen: so ist der leidenschaftliche Anschluß Anstößen an die Westmächte, der unter den friedensbedrohenden Umständen in Europa nicht an letzter Stelle steht, eine unmittelbare Wirkung der überflüssigen Annexion. Eigentlich wurde Lehrenthal aus Petersburg zu dem Zwecke geholt, um das Verhältnis Oesterreichs zu Rußland zu verbessern; aber er hinterläßt es in recht übler Verfassung. Daß sich Lehrenthal mit der aggressiven Politik in Oesterreich-Ungarn viel Anerkennung erwach, kann nicht übersehen werden. Schien doch diese ausgreifende Politik, die mit der Sandkühnheit begann und in der Annexion ihren Höhepunkt erreichte, den von der Weltgeschichte zur Bescheidenheit erzogenen Schwarzgelben ein neues Aufflammen der entschwindenden alten Herrlichkeit! Deshalb auch die Befehdung von der „kleinen, aber mächtigen Partei“, die vom „Besudere“, dem Schloß des Thronfolgers, erlenchtet wird, da er gegen Italien die gewünschten kriegerischen Töne nicht anschlagen wollte, sich vielmehr recht und schlecht bemühte, mit dem italienischen Nachbar, mit dem man äußerlich verbündet, innerlich aber todsüchtig, in einem erträglichen Verhältnis zu bleiben. Daß dann Lehrenthal die gefährlichen Handgriffe, die die Kriegspartei im Sinne trug, zu durchzuführen wußte und den Generalstabschef Högenhof, der schon mit dem Kriege spielte, zur Strecke brachte, bleibt ihm als wirkliches Verdienst und war wahrscheinlich seine beste Tat. Anzuerkennen ist auch, daß Lehrenthal nie den Versuch gemacht hat, der demokratischen Entwicklung in beiden Staaten Hindernisse in den Weg zu legen und insbesondere gegen die Wahlreform die üblichen Ränke unterlassen hat, wobei er sich wohlwollend von der Skatnost und Golluchowski unterschied, die in dieser Hinsicht die böswilligsten Beiträge am Herdholz haben. Der arme „österreichische Bismarck“ war wohl alles andere denn ein Genie; aber bei der geistigen Verlassenheit Oesterreichs wird selbst der Erlas des unterrichteten und sein Handwerk verstehenden Lehrenthal nicht leicht sein.

Politische Uebersicht.

Wien, den 16. Februar 1912.

Das arbeiterfreundliche Zentrum.

Einen neuen Beweis seiner Arbeiterfreundlichkeit legte das Zentrum am Freitag im Abgeordnetenhaus an den Tag. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Etats der Forstverwaltung, die unserem Genossen Ströbel Veranlassung gab, in einer groß angelegten Rede für die Interessen des Forstpersonals und vor allem der Waldarbeiter einzutreten. Wer sich auch nur einen bescheidenen Rest von sozialem Empfinden bewahrt hat, der wird zugeben, daß die Forderungen unseres Fraktionsredners die denkbar gerechtesten sind und daß ihnen jeder Bürger ohne weiteres zustimmen müßte. Oder will man vielleicht behaupten, daß eine Aufbesserung der Hungerlöhne, daß die Schaffung vernünftiger Arbeitsbedingungen, daß die Gewährung des freien unbeschränkten Koalitionsrechts übertrieben und undurchführbar sind? Selbst das Dreiklassenparlament müßte doch so viel Einsehen haben, um dies Programm für annehmbar zu erklären. Aber wer das glaubt, der überschätzt die Mehrheit dieser sogenannten Volksvertretung. Schon während der Rede Ströbels gaben das Zentrum und die Konservativen ihres Unlust über die an der Forstverwaltung geübte Kritik durch mehr oder minder geistvolle Zwischenrufe Ausdruck. Zum Heberfluch ließen sie dann noch Herrn Busch (Zentrum) los, der blindlings auf die Sozialdemokratie losging, das alte Lied vom sozialdemokratischen Terrorismus anstimmte, die freien Gewerkschaften als Bestandteile der Sozialdemokratie bezeichnete, um zum Schluß — genau wie im Vorjahre — der Regierung wegen ihres Vorgehens gegen die freien gewerkschaftlichen Organisationen seine Anerkennung auszusprechen! Das Zentrum hat also wieder einmal durch seinen offiziellen Staatsredner das Koalitionsrecht der Arbeiter eskampt. Und diese Gesellschaft mag es, sich als Vertreter der Arbeiter aufzuspielen und um ihre Stimmen bei den Wahlen zu drehen.

Die Ausführungen des Abg. Busch machten dem Landwirtschaftsminister seine Erwiderung leicht. Herr von Schorlemmer-Dieser schloß sich in allen Punkten dem Zentrumsmann an und gab zum Heberfluch noch die Erklärung ab, daß er auch aus den Wahlen nichts gelernt habe, sondern noch wie vor die freie Gewerkschaftsbewegung bekämpfen werde.

In einer zweiten Rede hielt Ströbel dann gründlich mit der Regierung und dem Zentrum Abrechnung. Schlagend wies er nach, wie falsch die Behauptungen seiner Gegner sind, und geschickt verstand er es, die zahlreichen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe zu widerlegen. Zwar machte Abg. Busch noch einen neuen Versuch, seine Reichsverbandsweisheit an den Mann zu bringen, aber er schritt dabei so schlecht ab, daß seine Freunde schleunigst einen Schlussantrag annahmen, durch den uns die Möglichkeit einer Entgegnung genommen wurde.

Eine gute, von großer Sachkenntnis zeugende Rede unseres Genossen Leinert über die Domänenverwaltung legte Zeugnis davon ab, welches Interesse die Sozialdemokratie allen Fragen des staatlichen Lebens entgegenbringt. Würde die Regierung sich auch nur einen Teil der Anregungen unseres Genossen zu eigen machen, so wäre es um unsere Domänen besser bestellt — zum Vorteil des Staates. Einige Großgrundbesitzer würden dadurch allerdings geschädigt, und da die Regierung in erster Linie deren Interessen vertritt, so ist an die Berücksichtigung unserer Anregungen nicht zu denken. Allerdings behauptete der Abg. von Woywa (freikons.), daß Leinert von der ganzen Sache nichts versteht, aber der-

artige hilflose Nebenbarten können für uns nur ein Beweis dafür sein, wie unangenehm den Junkern die Anwesenheit von Sozialdemokraten im Dreiklassenparlament ist. In der Tat hat Leinert sich ein großes Verdienst durch seine Kritik an der Verkleinerung der Verhältnisse erworben, ein Verdienst, das durch die Art und Weise, mit der der Vertreter der Regierung um den Kern der Frage herumredete, auch nicht im geringsten geschmälert wird.

Am Montag beginnt die erste Sitzung der forstwirtschaftlichen Vorlage. Am Sonnabend fällt die Sitzung aus.

Im Seniorenkongress des Reichstages

wurde Freitag über die Vertretung der einzelnen Fraktionen im Seniorenkongress sowie über die Zuteilung der Kommissionsitze an die Fraktionen beraten. Dabei kam man überein, daß in dem alten Modus festgehalten wird, daß jede Fraktion, die in dem Seniorenkongress vertreten sein will, 15 Mitglieder zählen muß; bezüglich der Verteilung der Kommissionsitze wurde derselbe Standpunkt eingenommen, so daß die Reichspartei, die jetzt nur 13 Mitglieder zählt, nicht als selbständige Fraktion angesehen werden kann. Sie wird demnach im Seniorenkongress nicht vertreten sein und muß zur Erreichung von Kommissionsitzen sich mit einer anderen Fraktion verbinden. Dann kam man überein, daß sofort nach der Staatsberatung die Anträge auf Veränderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung des Plenums gestellt werden. Dabei sollen kurze Erklärungen abgegeben werden und die Angelegenheit der auf 21 Abgeordnete verstärkten Budgetkommission überwiesen werden. Ferner hielt man an den früheren Abmachungen fest, daß alle vierzehn Tage zwei Tage freigegeben werden. Die nächste Pause wird vom 21. bis 26. Februar eintreten.

Die „Post“ will einen „Schattenkaiser“.

Die konservativen Organe und auch Herr v. Veßmann-Hollweg bekämpfen jede konstitutionelle Ausgestaltung der Reichsverfassung mit dem Argument, daß dadurch der Monarch zu einem Schattenkaiser herabgedrückt werde. Nun gibt es ein Gebiet, auf dem die Einfügung des Monarchen eine außerordentlich starke ist: es ist die auswärtige Politik. Und siehe da, gerade hier wollen konservative und reaktionäre Politiker den Kaiser so sehr als möglich ausschalten. Im Anschluß an die Meldungen über die deutsch-englischen Verhandlungen schreibt die „Post“ in „einem gewissen Gefühl der Besorgnis“:

Es will uns wenig gefallen, daß die Frage der Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen, die nach allen bisherigen Erfahrungen nur auf einer rein geschäftlichen und absolut nicht-tenen Basis verhandelt werden kann, wieder aus den Kanzleien der zuständigen Staatsämter herabgehoben und gleichsam in den Mittelpunkt höfischer Veranstaltungen gerückt werden soll. Wir können nicht einsehen, was die Vorteile des Königs Georg in Berlin bzw. der Gegenbesuch des Kaisers in London mit ihrem Dram und Dram an Banketten, Festveranstaltungen und mit der ganzen gehobenen Stimmung derartiger Festlichkeiten — wie können nicht verstehen, was das alles mit einer so absolut reinen Nützlichkeit zu tun hat, die sich schlechterdings doch nicht anders als durchaus geschäftlich behandeln läßt. Und wir verstehen unsere Beschränkung nicht, daß die von England „ausgerollte“ Spekulation auf die Empfänglichkeit eines Kaisers für einen freundlichen Willkomm des englischen Volkes und effektvollen Ausgange von Monarchenbesuchen die Arbeit der deutschen Diplomatie beträchtlich zu erschweren vermag. Gerade der hohe Sinn und die arglose Uebersicht unseres Kaisers taugen schlecht in den barten und nützlichen Interessenkampf der Diplomatie, und sollte Kaiser Wilhelm wirklich, wie die „T. A.“ schreibt, ein begeisterter Förderer der jetzt angebahnten Verhandlungen sein, so halten wir es für einen großen Fehler, das offen auszusprechen und die Englander noch mehr darauf zu hoffen, wo sie die der Hebel am leichtesten angefaßt werden kann. Kommen unsere Diplomaten nicht wiederum in dieselbe lässliche Lage wie 1906, wo ihnen bei den Marokkoverhandlungen von französischer Seite höhnisch entgegengehalten wurde: „Der Kaiser will wegen Marokko keinen Krieg, und deshalb beantragt er dem hohen Hof der Festigkeit und Unnachgiebigkeit.“ Ist des englischen Diplomatie ihr Spiel nicht ungeheuer erleichtert, wenn sie glauben kann, der Kaiser legt den größten Wert auf die Verhinderung und will auch deshalb Opfer bringen! Wie werden die englischen Meister des Pluffs und der Schmeichelei, gestützt auf die angebliche Stimmung des Kaisers, mit unseren Gelden von Agadir unspargen?!

Wir sind nun allerdings der Meinung, daß die auswärtige Politik von Vertrauensmännern des Volkes unter dessen demokratischer Kontrolle gemacht werden sollte. Aber die Hintermänner der „Post“ meinen das Schattenkaiserium allerdings anders. Nicht das Volk, sondern die Interessenten der imperialistischen Politik sollen den Monarchen verdrängen. Daher auch der Name „wahre Patrioten“.

Eine platonische Kundgebung.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat heute eine Vertrauenskundgebung für Herrn Wassermann veranstaltet. Parteiamtlich wird darüber gemeldet:

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat in ihrer heute vormittag stattgefundenen Sitzung einstimmig durch Juraß den Abgeordneten Herrn Wassermann zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt und hat auf seine Weise gegebene Anregung mit allseitiger, freudiger Zustimmung beschlossen, diese Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, ohne ihnen in langen Jahren angestregter und aufregender parlamentarischer Tätigkeit bewährten Führer den herzlichsten Dank und gerade im Hinblick auf die Ereignisse der jüngsten Zeit die Versicherung ihres einmütigen unerschütterten Vertrauens und ihres Einverständnisses auszusprechen.

Diese Kundgebung wird den tiefen Kitz, der durch die nationalliberale Partei geht, natürlich nicht heilen.

Der Zentralvorsitzender der Partei ist Hr. den 24. März, also erst lange nach der definitiven Präsidentschaftswahl, einberufen.

Unterdessen kämpft der rechte Flügel munter fort. Im Wahlkreis Eisen-Ruhr haben die Nationalliberalen ihrer Reichstagsfraktion die Billigung ausgesprochen und der nationalliberale Wahlkreisverband von Bielefeld-Wiedenbrück wird der Fraktion sogar an den Kopf, sie habe die unüberwundenen vaterländischen und monarchischen Grundlagen der Partei verleugnet. Deshalb sei es notwendig, daß die Leitung der Gesamtpartei und der Reichstagsfraktion in Hände gelegt wird, die an den bewährten Grundlagen vaterländischer Zuerlässigkeit und bürgerlicher Solidarität gegenüber der Sozialdemokratie nicht rütteln lassen.“ Dagegen fordert der Reichsverband der jungliberalen Vereine die Partei auf, die „links gerichtete Haltung“ beizubehalten.

Ein Stellchen der Durchgefallenen.

Die Antisemiten hatten am 18. Februar in Kassel eine Art Herrschau ab. Redner sind die Durchgefallenen: Lotmann, Raab

und Hemmungen. Sie reden über den verflochtenen Wahlkampf, über die Arbeit im Reichstage und über den kommenden Wahlkampf. Sie nennen diese Tagung eine erweiterte Gesamtkonferenz und heißen die Einladung in die Form:

„Bei der Wichtigkeit der vorstehenden Tagesordnung bitten wir nicht nur alle Wahlkreise, Ortsgruppenvorsitzenden, Vertrauensmänner und alle Kandidaten sowie unsere Abgeordneten aus dem Reichstage, aus Landtagen und aus Gemeindevertretungen, sondern alle eifrigen Mitarbeiter zu erscheinen.“

Damit wird also die ganze antisemitische Partei zu einer Vorstandssitzung eingeladen!

Ultramontane Heuchelei.

Wer da glaubt, die tonangebende Zentrums-Presse habe bei dem Werden um die Liebe der Nationalliberalen jede Kritik der Ausschreitungen des Kapitalismus eingestellt, der irrte. So veröffentlicht die „Köln. Volksztg.“ — Nr. 128 — einen scharfen Artikel gegen die Wohlfahrtsheuchelei. Es heißt darin:

„Von jeher haben die . . . Zechenbesitzer, welche die Freiheit immer im Munde führen, sich angelegen sein lassen, besonders in jener Gegend, jede Unabhängigkeitsbewegung der Arbeiter zu unterdrücken und sich einen festen Stamm von Bergleuten mit geringen Löhnen — wie Leibeigene an die Scholle — an die Schicht zu binden. Das war der Zweck der Werkwohnungen, . . . das war vorzüglich der Zweck der Wohlfahrts-Einrichtungen, welche in jedem Werke Unterstützung gewähren im Krankheitsfall. Diese Einrichtung lag ausschließlich in den Händen der Arbeitgeber. Wer nicht sein Leben lang im betreffenden Gebiet und in dessen Bergwerken gearbeitet hatte, der hatte keinen Anspruch auf Pension. Um diese im vorgerückten Alter oder im Invaliditätsfall zu erlangen zu können, begünstigten die Arbeitgeber mit den niedrigen Löhnen. Die Arbeiter mußten sich nicht bemühen, Arbeitskräfte anderswo herbei zu holen; sie räumten sich ihrer Freigebigkeit gegen die gebundenen und entrechteten Arbeiter und das Niveau derselben sank immer tiefer: diese erniedrigte und überarbeitete, fast Generationen an dieselben Gebirgen gefesselte Bevölkerung . . . gilt als minderwertig gegenüber derjenigen der anderen Bergbaugebiete.“

Der Leser wird fragen: Hält das auf die Scharfmacher im Ruhrrevier oder auf die wegen niedriger Lohnzahlung berühmten Kohlenmagnaten Schlesiens? Keine Sorge! Die Ultramontanen beweisen ihre Arbeiterfreundlichkeit ohne solche Unkosten. Die Epistel richtet sich nur gegen die Liberalen Zechenbesitzer Belgiens. Daß in Belgien das Kapital vielfach in ultramontanen Händen, ja selbst in denen von Geistlichen sich befindet, das verschweigt des Sängers Höllichkeit. Wie wenig man berechtigt ist, die Ausschreitungen des Kapitals auf den Liberalismus, mit dem man übrigens im Ruhrrevier gegen die Arbeiter vaktiert, zurückzuführen, das beweisen die Verhältnisse in Deutschland. Gerade dort, wo ultramontane Unternehmer das Hebergewicht haben, in Schlesien, werden die erbärmlichsten Löhne gezahlt. Während z. B. im Oberbergamtsbezirk Dortmund der Lohn der Bergarbeiter im 3. Vierteljahr 1911 durchschnittlich 4,72 M. betrug, stellte er sich in Oberschlesien auf nur 3,51 M. und in Niederschlesien auf nur 3,30 M. Von diesen erbärmlichen Dingen erzählt die ultramontane Presse selbstverständlich nichts. Das geht nicht in ihren Kram!

Landwirtschaftsrat und Jugendbewegung.

Am Freitag nahm der Landwirtschaftsrat Stellung zur sozialdemokratischen Jugendbewegung. Der Referent Landrat a. D. v. Klinging-M. Sprottus legte hierzu folgende Resolution vor: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat erblickt in der sozialdemokratischen Jugendbewegung eine schwere Gefahr für die künftige Kraft des heranwachsenden Geschlechts und damit für die Erhaltung der Vaterlandsliebe und für die Achtung vor der göttlichen und weltlichen Autorität. Der deutsche Landwirtschaftsrat richtet deshalb an alle Kreise der ländlichen Bevölkerung die dringende Mahnung, einem Uebergreifen dieser Bewegung auf das flache Land entschieden entgegenzutreten.“

In der Begründung sagte Landrat a. D. v. Klinging u. a.: „In klarer Erkenntnis der großen Gefahr dieser Bewegung hat sich unter dem Ehrenvorsitz des Fürsten v. Händel-Donnermarck und unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsstatistischen Amtes v. d. Borcht ein Arbeitsausschuß gebildet, dem auch unser Präsident Graf Schwerin-Löwitz angehört. Dieser Arbeitsausschuß will die Jugendbewegung bekämpfen durch Herausgabe eines Buches „Für Haus und Schule“. Unter der Mitarbeit von 50 der hervorragendsten Personen herausgegeben, soll dieses Buch der Schuljugend im letzten Jahre des Schulbesuches in die Hand gegeben werden und ihr gewissermaßen ein Vademecum, eine Haus- und Herdbibel, für das ganze weitere Leben sein. Das Buch soll 800 Seiten umfassen. (Redakteur Herrl. Hdt.) Ich möchte anregen, ob es nicht besser ist, einerseits den Umfang zu verkleinern und auch eine fortlaufende Zeitschrift herauszugeben. Händel und Industrielle haben sich einstimmig für das Unternehmen des Arbeitsausschusses erklärt. Die Deutsche Landwirtschaft hat deshalb nicht zurücktreten wollen. — Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Man kann nur über die Zweckmäßigkeit eines solchen großen Buches, das gewissermaßen eine vaterländische Bibel sein soll, zweifeln sein, das alles sind untergeordnete Nebenfragen. Das Buch soll übrigens die hervorragenden geschichtlichen Tatsachen enthalten und Bilder unserer großen Männer der Jugend vorführen, wie Bismarck und die großen Könige es waren. Wir haben aber auch das Interesse, daß in diesem großen Buche die Darstellung der Geschichte auf der Grundlage einer vernünftigen

agrarischen Auffassung

geschicht! Graf von Händel: Ich gehöre nicht zu den verträumten Leuten, die da meinen, daß die Sozialdemokratie sich niemals zu einer bürgerlichen Partei entwickeln und sich auf die Vertretung der Arbeiterinteressen im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung beschränken könnte. Ich halte eine solche Ansicht für eine verhängnisvolle Verblendung und fühle mich dabei meinseitig auf klassische Zeugnisse aus der Sozialdemokratie selbst, die beweisen, daß die Sozialdemokratie ihren revolutionären internationalen Charakter vielleicht zeitweise verliert, aber niemals aufgeben wird. (Sehr richtig!) Ich halte es überhaupt für einen großen Fehler und für eine logische Konsequenz, daß man der Sozialdemokratie in einem Sinne, dessen Umsturz ihr Ziel ist, überhaupt staatsbürgerliche Rechte gibt, wie das aktive und passive Wahlrecht. (Sehr richtig!) Dieser politische Fehler wird die

Entscheidungsfrage, die einmal geschlagen werden muß, nur aufschreiben und erörtern. Solange dieser politische Fehler nicht zur Gemacht ist, ist der Verteidigungskampf, den jeder deutsche, monarchisch und christlich orientierte Mann gegen die Sozialdemokratie führt und führen muß, ein Kampf mit kumpfen Waffen. Auf diese agrarische Jugendbibel wird man gespannt sein dürfen.

Zu dumm!

Mit einer Dummigkeit, die einer guten Sache würdig wäre, bleibt die ultramontane-Infernalische Pöresse bei der Behauptung, die Erfolge der Sozialdemokratie seien auf elende Steuerhege zurück-

zuführen. Diese törichte Behauptung geht schließlich selbst Zentrums-Leuten über die Gurkauer. Gegen einen in dem obigen Sinne gehaltenen Artikel der ultramontanen „Grenzwaarte“ — Nr. 85 — wendet sich ein regelmäßiger Mitarbeiter. Er sagt u. a.:

„Von einer Verheerung des Volkes durch die Liberalen kann keine Rede sein. Was diese getan haben, besteht nur darin, daß sie die wunderbare Finanzreform der Mehrheitsparteien in das richtige Licht stellten. Das war ihr gutes Recht. Oder will der Herr Artikel-Schreiber die Finanzreform vielleicht als „non plus ultra“ hinstellen? Daran glaubt er wohl selbst nicht. Gewiß, durch die Finanzreform ist der Reichsfiskus beinahe — aber auch nur beinahe! — gefüllt worden, jedoch kommt es in der Hauptsache darauf an, ob diese Steuern auch sozial gerecht verteilt wurden, und das muß ich entschieden bestritten. Alle diese Verbesserungen wären nicht entstanden, wenn die von der Reichsregierung vorge schlagenen und von den liberalen Parteien unterstützten Besteuerungsanträge (Vermögens- bzw. Erbschaftsteuer), die die wirklich Besitzenden trafen, angenommen worden wären. Aber dafür waren die Herren rechts nicht zu haben, da heuchelte man dem Volke etwas von einem „Eingriff in die Familienerhältnisse“ vor, während man die Wirtschaft auf der einen Seite sein Portemonnaie schonen und auf der anderen Seite keine Rache läßt wollte. Einer Verheerung des Volkes bedurfte es auch gar nicht, denn was dem Staatsbürger die neuen Steuern brachten, wurde er auch ohne Verheerung an seinem eigenen Geldbeutel gewahrt.“

Daß es so ist, wissen natürlich die ultramontanen Demagogen ganz genau, aber ihre Politik hat nun einmal die Verschwendung der Wähler zur Voraussetzung.

Gegen den mecklenburgischen Ochsenkopf.

Die Nationalliberale Partei und die Fortschrittliche Volkspartei des Reichstages haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht auf Annahme eines Gesetzes, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten. Nach diesem Gesetz soll Artikel 3 der Verfassung folgenden Zusatz erhalten: „In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“

Wenn die antragstellenden Parteien wirklich liberal denken und handeln würden, so hätten sie das Reichstagswahlrecht verlangt.

„Politische“ Gewerkschaften.

Von einem Dresdner Schöffengericht ist jetzt ein Urteil gefällt worden, das Aufsehen erregen dürfte. Schon aus dem Grunde, weil es zeigt, wie es um die angeblich „liberale“ Auslegung und Anwendung des Reichsvereinsgesetzes in Wirklichkeit steht, wenn es sich um Organisationen der modernen Arbeiterbewegung handelt.

Der Dresdner Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes hatte während der Reichstagswahlbewegung in einer Versammlung beschlossen, dem sozialdemokratischen Wahlfonds aus lokalen Mitteln des Verbandes 1000 M. zu stiften. Das war öffentlich bekannt geworden, und die königliche Polizeidirektion Dresden erließ in diesem Falle eine „politische Tätigkeit“ der fraglichen Gewerkschaft. Deshalb wurde die Verwaltung aufgefordert, auf Grund des Vereinsgesetzes ein Mitgliedsverzeichnis einzureichen. Selbstverständlich lehnte man das Annehmen der Polizei ab, die sich in einigen anderen Fällen u. a. auch auf Leistungen in der „Dresdner Volkszeitung“ berief, was beweist, daß die Dresdner Behörde mit Argusaugen nach Gelegenheiten späht, der modernen Arbeiterbewegung Steine in den Weg zu legen. Infolge der Weigerung, die verlangte Mitgliedsverzeichnisse einzureichen, kam die Angelegenheit nun vor das Gericht. Und was unendlich schön, ist eingetreten: der angeklagte Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes wurde zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht in der Zahlung eines Betrages in den sozialdemokratischen Wahlfonds eine politische Tätigkeit im Sinne des Vereinsgesetzes erblickte! Eine derartige materielle Unterstützung einer politischen Partei sei eine „intensivere Einwirkung“ auf politische Angelegenheiten, wie manche lange politische Rede, so meinte das Gericht in der Begründung des Urteils. Und der Vertreter der Anklage vertiefte sich gar zu der Behauptung, daß schon das Eintreten des Bauarbeiterverbandes auf eine politische Tätigkeit schließen lasse, weil nach seinem Wortlaut sozialpolitische Zwecke verfolgt würden. Auch ein Artikel im Organ des Bauarbeiterverbandes mußte herhalten, um die „politische Tätigkeit“ noch weiter zu erweitern.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Auslegung gerade der fraglichen Bestimmung des Vereinsgesetzes der Schöpfung desselben im Reichstage gegeben wurde, und wie die Behauptungen unserer Vertreter im Reichstage mit dem Hinweis auf liberale Anwendung des Gesetzes zu beschreiben gesucht wurden, dann muß dieses Urteil als unerhört und bis jetzt wohl einzig dastehend bezeichnet werden!

Die Angelegenheit ist vor kurzem bereits durch unseren Genossen Landtagsabgeordneten Fleißner in der zweiten Kammer zur Sprache gebracht und das Vorgehen der Polizeidirektion scharf kritisiert worden. Unser Redner konnte dabei den Beweis führen, daß der Verband sächsischer Industrieller in ganz unerblicklicher Weise für die nationalliberale Partei Wahlkapitalien getrieben, und daß er besonders Gelder zu diesem Zweck gesammelt, seine Mitglieder in einem Zirkular extra dazu aufgefordert hat. Unser Redner wünschte nun vom Minister kundzutun, ob er diese Tätigkeit auch als politische ansehe, und meinte, daß der Industriellenverband ebenfalls unter das Vereinsgesetz zu stellen und als politisch von der Behörde anzusehen sei. Der Minister schwieg dazu! Und als er nochmals ganz direkt aufgefordert wurde, sich zu diesem konkreten Falle zu äußern, schwieg er weiter mit einem sehr verlegenen Lächeln. Auch die bürgerlichen Parteien verhielten sich mäusehinstill!

Selbstverständlich wird der Fall bis zur letzten prinzipiellen Entscheidung gebracht werden. Das Gerichtsverfahren aber wird von neuem Anlaß zu weiterer Behandlung der Sache im Landtag und hier auch im Reichstage sein.

Frankreich.

Vor der Entscheidung über die Wahlreform.

Paris, 15. Februar. (Fig. Ver.) Morgen Abend wird wohl das Schicksal der Wahlreform entschieden sein. Wie es aber ausfallen wird, ist noch durchaus ungewiß. Sicher ist nur, daß das, was vom Proporz übrig ist, ein zweifelhaftes Ragout darstellt, das die Sozialisten nicht ohne Heroismus und Selbstüberwindung herunterblenden können. Die Reformgegner haben unter ihrem Generalissimus Breton mit einer geradezu infamen Gefährlichkeit operiert, indem sie immerzu ihren Standpunkt wechselten und bald Konzessionen an den bestehenden Zustand niedersetzten, um den Schwankenden die Gelegenheit zu nehmen, für eine ausgleichende Formel zu stimmen, bald als Zugeständnis die Annahme der — einfachen Listenwahl anboten, die das Wahlrecht noch steigern würde und überhaupt gar keine Aussicht auf Annahme hat. Zum Schluß ist ein Amendement dargeblichen, das eine recht fragwürdige Regelung der Verwertung der Stimmenrechte darstellt. Danach sollen die nicht durch die Erreichung des Wahlquotienten vergebenen Mandate

derjenigen Partei zuzufallen, die in dem betreffenden Departement bezw. Departementsteil die absolute Mehrheit erlangt hat — das ist eine aus dem Briand'schen Projekt entlehnte „Prämie“ — oder falls keine solche Partei vorhanden ist, nach dem Prinzip der Stimmendurchschnitte aufgeteilt werden.

Es ist sicher, daß die Sozialisten vom Gesichtspunkt einer bloßen Besitzstands-politik keinen Anlaß hätten, für dieses Amendement zu stimmen. Wenn sie es dennoch tun, so aus dem Grunde, daß die Reform in dieser Gestalt, wenn auch sicher keine gerechte Mandatsverteilung, so doch jedenfalls das Ende des Klügel-systems der Arrondissementswahlen und eine Konstituierung großer Parteien mit klaren Programmen zur Folge haben muß.

Eben darum bieten aber die reformfeindlichen radikalen und radikal-sozialistischen Reformgegner alle ihre Kräfte auf. Noch niemals in keiner kritischen Situation der äußeren oder inneren Politik hat man die Bänke des Hauses, besonders die auf der linken Seite, so voll besetzt gesehen, wie jetzt, wo das liebe Mandat in Gefahr ist. Und selten war die Anregung und Standallust größer. Wenn man den Herren Radikalen glauben wollte, führte die Regierung die Republik geradewegs ins Verderben hinein, und es fehlt nicht viel, daß sie ihre der Reform treu gebliebenen Parteigenossen, wie Herrn Steeg, den Poincaré gerade im Hinblick auf die Reform zum Minister des Innern gemacht hat, als Hochverräter bezeichnen. Auch sind sie in bezug auf Bundesgenossen durchaus nicht mit Skrupeln belastet. In der letzten Phase des Kampfes ist der radikal-sozialistische Professor Painlevé, der als Proportionalist in die Wahlrechtskommission gewählt worden war, zu einem Führer gegen den Proporz geworden, bloß darum, weil seine Entfindung des „Apparentement“, abgelehnt worden ist — mit Hilfe der radikalen Proporzgegner. Und der durch seine Memoiren berühmte ehemalige Polizeipräsident Andrieux ist nach seiner gestrigen Rede gegen den Proporz unter dem Jubel der bürgerlichen Linken auf das Kapitel der radikalen Republik emporgestiegen.

Die Situation ist unbeschreiblich verworren. Die Regierung hat sich seinerzeit darauf verpflichtet, die Wahlreform nur aus der Hand der „republikanischen Mehrheit“ zu empfangen. Es ist aber offenbar, daß eine solche Mehrheit unmöglich zu finden ist, sofern man die geeinigten Sozialisten und die Gemäßigten aus dem Kreis der republikanischen Parteien ausschließen will. Dieselben Leute, die vor kurzem noch alles Heil im Linksbund erblickten und andererseits begeistert ein halbprogressives Ministerium unterstützen würden, wenn es ihnen den Gefallen tun wollte, die Wahlreform umzubringen, haben jetzt in politischer Gelegenheitsarbitrarie alle Nichtradikalen aus der republikanischen Partei hinausgetrieben. Die Konfusion der Lage drückt sich darin aus, daß das Ministerium, trotzdem es sich in dieser Frage, die zweifellos zu den wichtigsten der inneren Politik gehört, entschieden engagiert hat, nicht die Vertrauensfrage stellt. Der Logik zufolge müßte es eigentlich in jedem Fall gehen. Denn entweder wird die Wahlreform abgelehnt, und das wäre das denkbar entschiedenste Mißtrauensvotum, oder sie wird angenommen, und dann fehlt die „republikanische Mehrheit“. Man würde aber die Logik im ersten Falle in stillschweigender Vereinbarung beiseite lassen, weil die Ablehnung die Radikalen sehr verächtlich stimmen würde. Im anderen Falle werden sie allerdings alles aufbieten, um die Regierung zu Fall zu bringen, ehe sie die Reform im Senat durchbringen, die Kammer auflösen und die Neuwahlen ausführen kann.

Paris, 16. Februar. (B. Z. B.) Nach bewegter Debatte in der Kammer wurde mit 21 gegen 213 Stimmen auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré der Gesamteinhalt des Artikels 1b des Wahlreformgesetzes angenommen. Dieser Artikel setzt, daß jedes Departement einen Wahlbezirk bildet, und regelt die Berechnung der auf eine Liste fallenden Mandate.

Rußland.

Hungernot und Arbeitslosigkeit.

Die gewaltige Hungernot, die in diesem Jahr einen großen Teil Rußlands heimgesucht hat, und die mit ihren Schrecken selbst die furchterliche Hungernot von 1891 übertrifft, beginnt bereits auf das gesamte Wirtschaftsleben des Reiches hemmend einzuwirken. Zwei Momente sind es vor allem, die hier in Betracht kommen. Erstens die völlige Abhängigkeit der Industrie von dem inneren Markt, zweitens das gewaltige Anschwellen der industriellen Reservearmee. Rührt sich vorläufig in der Metallindustrie, wie überhaupt in der Produktion von Produktionsmitteln noch keine rückläufige Bewegung nachweisen, so hat in der Textilindustrie, die die wichtigsten Zentren Innerrußlands und Russisch-Polens beherrscht, die Krise bereits ihren Eingang gefunden. Schon vor etwa 2 Monaten wurde aus Iwanowo-Wodnessenat berichtet, daß die Fabriken ihre Produktion um zwei Drittel herabgesetzt hätten und nur 2 oder 3 Tage in der Woche arbeiten ließen. Seitdem hat sich die Lage im Moskauer Industriebezirk wie in Russisch-Polen nur noch verschlechtert. Gundersen von Zimen haben ihre Zahlungen eingestellt, die übrigen arbeiten nur 2 oder 3 Tage in der Woche. Die natürliche Folge ist, daß die Zahl der Arbeitslosen mit jedem Tage zunimmt, und daß auch diejenigen, die heute noch in Arbeit stehen, infolge der um die Hälfte herabgesetzten Arbeitszeit am Hungertode nagen.

Ein anderer Grund der fortwährend anschwellenden industriellen Reservearmee ist der Zustand der hungernden Bauern nach den Städten. Die Regierung hat zwar 100 Millionen Rubel zur Unterstützung der notleidenden Bauern und zur Veranlassung von öffentlichen Arbeiten bewilligt, aber die ganze bürokratische Notstandsaktion, die nur für die diebische Kuratokratie und die Trunkenbolde vom roten Kreuz einen fetten Happen darstellt, erreicht nur zum geringsten Teile ihr Ziel. Die hungernden Bauern haben sich auf der Suche nach Arbeit nach allen Richtungen hin gestreut. Zehntausende sind nach dem fernen Osten gewandert, hundertaufende lagern unter freiem Himmel in den Städten, auf den Bahnhöfen, in den Hofanlagen an der Wolga. In Saratow wurden kürzlich laut amtlicher Zählung 19443 Notleidende, darunter 4666 Arbeitslose festgestellt, die buchstäblich hungerten. In Orenburg beläuft sich die Zahl der hungernden Arbeitslosen auf 15000! Keulische Zustände herrschen in sämtlichen Städten des inneren und des östlichen Rußlands. Die Hungernot hat längst aufgehört, eine speziell agrarische Erscheinung in Rußland zu sein. Sie trifft die arbeitenden Klassen in den Städten nicht nur indirekt, durch Einschränkung der Abgabemöglichkeiten für die Industrie, sondern auch direkt — durch eine gewaltige Steigerung der industriellen Reservearmee. Die Hungernot sucht infolgedessen die städtische Arbeiterklasse mit nicht geringerer Heftigkeit heim, wie die durch Miskerte betroffene Bauernschaft. —

Gewerkschaftliches.

Die Bauunternehmer rüsten weiter.

Seit Beendigung der Aussperrung im Jahre 1910 sind die Bauunternehmer unablässig bemüht, ihre Macht in jeder Weise zu stärken. Das erste war, daß sie mit den ausländischen Unternehmerorganisationen Kartellverträge abschließen, soweit sie nicht schon vor und während der Aussperrung solche abgeschlossen hatten. Dabei erregte es seinerzeit einiges Aufsehen, daß der so außerordentlich „nationalgefürte“ Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit den französischen Bauunternehmern einen Vertrag abzuschließen wollte, in dem der Passus vorkam, wenn in Deutschland ein allgemeiner Streik oder eine Generalausperrung ausbräche, so müßten alle in dem „Freundesland“ Frankreich arbeitenden deutschen Arbeiter sofort entlassen werden. Nachdem diese Kartellverträge abgeschlossen waren, erhöhte der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf seiner Nürnberg Generalversammlung nicht nur die ordentlichen Mitgliederbeiträge ganz wesentlich, sondern beschloß außerdem noch die Ansammlung eines besonderen Kriegsfonds von einer Million Mark, um im Jahre 1913 den Arbeiterorganisationen finanziell völlig gerüstet entgegenzutreten zu können. Die Beiträge zu diesem Kriegsfond werden nicht nur von den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes erhoben, sondern durch Repressalien auch von den vom Bunde abhängigen Baumaterialienhändlern, Zementfabriken usw. eingetrieben. Man beschloß einfach, Materialien nur von den Fabriken und Händlern zu beziehen, die sich verpflichten, an die Kriegskasse des Bundes für je 1000 M. verkaufter Ware 8 M. zu entrichten. Ein Teil der Baumaterialienhändler sträubt sich zwar gegen dieses Vorgehen noch mit Händen und Füßen; aber der drohende wirtschaftliche Ruin macht sie mit der Zeit alle gefügig.

Nachdem diese Maßnahmen zur finanziellen Stärkung der Unternehmermacht durchgeführt wurden, suchte der Bund einige kleinere Unternehmerorganisationen an sich heranzuziehen, um bei zukünftigen Arbeitskämpfen eine noch breitere Grundlage zu schaffen. Die erste Organisation, die sich dem Arbeitgeberbund völlig angeschlossen, war der bis dahin völlig selbständige Deutsche Betonverein. Außer ihm hat sich der Verband der Tiefbauunternehmer mit dem Anschluß befaßt und vorläufig einen Kartellvertrag mit dem Bunde abgeschlossen, der für die Zukunft die Grundlage zu einem einheitlichen Handeln geben soll. Auch den Verband der Baumaterialienhändler suchte der Bund zum Anschluß an ihn zu zwingen; doch stellt sich dieser wegen des sonderbaren Vorgehens des Bundes gegen die Händler vorläufig noch bodenrein. Lange wird sicherlich auch er sich gegen die Zumutungen des Bundes nicht mehr sträuben. Liegen schon alle diese Aktionen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe keinen Zweifel darüber aufkommen, daß diese Organisation ihre alten Vergewaltigungspläne gegen die Arbeiter nicht aufgegeben hat, so zeigt das, was in der letzten Zeit über die Pläne dieser und der anderen baugewerblichen Unternehmerorganisationen bekannt geworden ist, erst recht, daß man sich im Unternehmerlager auf Kämpfe von gewaltiger Größe vorbereitet. Es wird nämlich bekannt, daß am 10. Dezember 1911 in Berlin eine geheime Zusammenkunft der Führer fast aller baugewerblichen Unternehmerverbände besprochen und beschlossen wurde. Und zwar soll der Zusammenschluß vorläufig in Form einer Kartellierung vor sich gehen, bis die Schaffung einer einheitlichen Organisation möglich ist. Auf der Zusammenkunft verteilten und ihr Einverständnis mit dem Zusammenschluß erklärten die Leitungen folgender Verbände: Arbeitgeberbund für das Baugewerbe; Verband selbständiger Bildhauer, Stukkateure und Gipser; Zentralverband der Stukkateure, Gipser und Verputzmeister Deutschlands; Sitz Karlsruhe; Rheinisch-westfälischer Studegenverband, Sitz Düsseldorf; Arbeitgeberverband für das Steinfein- und Pfasterergewerbe; Verband für das Töpfer- und Ofenfeinergewerbe; Verband der Dachdeckermeister; die Arbeitgeberverbände im Malergewerbe; Verband selbständiger Installateure und Klempner und Arbeiterverband für das Plattengewerbe, Sitz Leipzig. Außerdem sollen noch Vertreter einiger ausländischer Unternehmerverbände anwesend gewesen sein. Nach längerer, streng geheimer Beratung wurde eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Unternehmerverbände des Baugewerbes hervorgehoben wird. Beschlossen wurde ferner, in Zukunft eine einheitliche Tarifpolitik zu treiben und die Kämpfe gegen die Arbeiter gemeinsam zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll für alle Kartellverträge, die in diesem Jahre abgeschlossen werden, als Ablauftermin der 31. März 1913 gewählt werden, an welchem Tage befristlich auch alle mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe abgeschlossenen Verträge ablaufen.

Das Ziel der baugewerblichen Unternehmer aller Art ist also, in den Kämpfen der Zukunft die ganze baugewerbliche Arbeiterschaft einschließlich der Arbeiter aller Nebengewerbe auf einen Schlag aufs Pflaster zu sehen. An Stelle der Hunderttausende sollen in Zukunft Millionen von Arbeitern ausgeperrt und ausgehungert werden. Die baugewerblichen Arbeiter werden nicht verfehlen, aus diesen Plänen der Vauhschmarmer die Konsequenzen zu ziehen. Sie werden von jetzt an noch eifriger an der Stärkung ihrer Organisation und ihrer Finanzen arbeiten, als sie das bisher schon getan haben!

Berlin und Umgegend.

Ein Konflikt in der Reiseartikel- und Portefeuilles-Industrie.

Die Fabrikanten haben es für gut befunden, mitten in der Vertragszeit einen Vorstoß zu unternehmen, wozu sie zweifellos die augenblicklich nicht sehr günstige Konjunktur bewogen hat. So sind sie denn unermüdet mit einer funktionslosen Arbeitsordnung herausgerückt, die sie ihren Arbeitern aufzuzwingen wollen. Sie dürften damit allerdings kein Glück haben. Das hat sowohl eine am 7. d. M. stattgefundene Branchenversammlung, als auch der Referent Weinschild in der Vertrauensmännerversammlung für die Reiseartikel- und Portefeuillesbranche unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht. Die Arbeiter dieser Branche haben um so weniger Lust, dem Begehren der Unternehmervereinigung nachzukommen, als die erste bis jetzt in allen Betrieben gültig gewesene Arbeitsordnung aus dem Jahre 1901 das Resultat eines Schiedspruchs des Einigungsamts zwecks Verhütung eines drohenden Streiks gewesen ist. Bei den späteren und auch bei den vorjährigen Verhandlungen wurde die vorhandene Arbeitsordnung von den Unternehmervertretern noch ausdrücklich als ein Bestandteil des Tarifverhältnisses anerkannt. — Der Referent betonte in der Vertrauensmännerversammlung noch, daß es bei dem Vertrag weniger auf dessen Inhalt als auf die prinzipielle Bedeutung der Sache ankomme. Was die Arbeitsverhältnisse anbelangt, so liegen sich die Arbeiter auf keinen Fall Änderungen aufnöthigen, die einseitig beschloffen werden, sondern würden nur die Ergebnisse gemeinsamer Verhandlungen beider Kontrahenten anerkennen. Kein Verbandsmitglied dürfe eine Arbeitsordnung unterschreiben, die nicht von der Organisation gebilligt sei. Das alles sei den Unternehmern mitgeteilt worden und der Vorherrscher der Unternehmervereinigung habe denn auch geantwortet, daß er veranlassen wolle, daß die betreffende Arbeitsordnung zurückgezogen werde. Sollte sie dennoch in einzelnen Werksstätten vorgelegt werden, so sollten die Mitglieder auf das Antwortschreiben verweisen und die Unterschrift verweigern. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Der „nationalliberale“ Antisemitenhauptidee.

Der deutschnationalen Handlungsgesellen-Verband verfuhr seit einiger Zeit zahlreiche außerhalb der antisemitischen Bewegung stehende Handlungsgesellen dadurch an sich heranzuladen, daß er behauptet, parteipolitisch neutral zu sein und jede Beziehung zum politischen Antisemitismus abgebrochen zu haben. Als jüngst als Nachfolger des so unheimlich in der Bevölkerung verschwundenen Triololen-Schad Herr Hans Bechly zum Verbandsvorsitzer erhoben wurde, da verbreiteten deutschnationalen Gesellen die Meldung, daß der jetzige Verbandsvorsitzer, Herr Bechly, gar kein Antisemit, sondern „Nationalliberaler“ wäre. In Wahrheit ist Herr Bechly ein genau so waschechter Antisemit, wie Herr Schad und die übrige Numponet. Wer davon zweifelt, der lese den Artikel „Der neue Reichstag“, den Herr Bechly an der Spitze seines Verbandsorgans, der „Handelswoche“ vom 20. Februar, las. In einem Atemzuge wird dort hergezogen über die „jüdische Presse“, insbesondere das „Berliner Tageblatt“, dessen Hauptaufgabe in der Zerstörung aller sittlichen Werte unseres deutschen Volkslebens besteht. „Geifer der Judenpresse“, „ausgesperrtes Gift“, das sich nur wenige Beispiele aus dem antisemitischen Sprachenschatz des „nationalliberalen“ Verfassers. Weiter heißt es: „Daher spiegelt die jüdische Presse dem deutschen Volke überall Feinde vor, meint aber in Wirklichkeit die Gegner des jüdischen Geistes...“ und da lassen sich die dummen Deutschen von der jüdischen Presse vorlügen, daß es möglich sei, die Sozialdemokratie in nationalem Sinne zu ergreifen, wenn man sie nur recht nett behandelt! Wer nach diesen Proben nicht Herrn Bechly als waschechten Antisemiten und den deutschnationalen Handlungsgesellenverband, dessen offizielles Organ diesen Erguß an leitender Stelle abdruckt, als antisemitische Parteiorganisation erkennt, dem ist nicht zu helfen. Die nicht antisemitischen Handlungsgesellen werden sich hüten, auf das Gerede von der „Neutralität“ des deutschnationalen Handlungsgesellen-Verbandes hereinzufallen und sich Beiträge für die Verbreitung antisemitischer Artikel aus der Tasche laden zu lassen.

Deutsches Reich.

Die diesjährige Tarifbewegung im Steinfeinergewerbe.

Sieht der vom vorigen Jahre an Umfang wenig nach. In einer ganzen Anzahl von Tarifbezirken haben die Unternehmer die Tarife gekündigt. Es läßt sich durchsich noch nicht sagen, ob die Bewegungen im allgemeinen friedlicher verlaufen werden als im Vorjahre.

Von den größeren Tarifgebieten kommt u. a. der Bezirksstarf für die Altmark in Betracht. Dort sind die Verhandlungen infolge der von den Unternehmern angebotenen Verschlechterungen noch zu keinem Ergebnis gelangt. Seit längerer Zeit schweben auch die Verhandlungen im Tarifbezirk Niederlausitz, ohne daß bisher ein Ergebnis erzielt werden konnte. Der Tarif für Leipzig und Umgebung, dem Sitz des Unternehmer-Reichsverbandes, ist abgelaufen. Verhandlungen sind jedoch eingeleitet. Die Unternehmer schlagen die Verlängerung des Tarifes bis 31. März 1913 vor, wahrscheinlich, um Anschluß an den Tarifabschluß des Baugewerbes zu erlangen. Die Arbeiter fürchten diesen Termin nicht, aber sie beanspruchen denn wenigstens eine entsprechende Lohnerhöhung. Im Magdeburger Tarifbezirk sind die Verhandlungen bisher daran gescheitert, daß die Innung plötzlich nur mit dem Gesellenauschuss verhandeln will, was dieser ablehnt, weil bisher noch jeder Gesellenauschuss, der sich „mischelig“ gemacht hatte, gemahregelt wurde. Der Mitteldeutsche Pfistermeisterverband, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat, hat dem dortigen Magistrat zwar schon im Oktober v. J. mitgeteilt, daß er Verhandlungen über einen neuen Tarif mit dem Zentralvorstande der Arbeiterorganisation einleiten wolle und deshalb nach Berlin geschrieben habe. Mit den örtlichen Innungen will er nicht verhandeln, und besagtes Schreiben ist bis heute noch nicht in Berlin angelangt. Auch hier scheint man „Anschluß zu suchen und nur auf die geeignete Gelegenheit warten zu wollen.“

In Bromberg bieten die Unternehmer eine „Regelung“ der Lohnfrage an, die unter Umständen auf eine Lohnerhöhung bis zu 30 Proz. hinausläuft. Eine Erhöhung des Lohnes lehnen sie rundweg ab. — Außer diesen größeren Bewegungen schweben noch eine ganze Anzahl kleinerer örtlicher Bewegungen. In Linden bei Hannover weigert sich charakteristischerweise gerade der Vorsitzende der Unternehmerorganisation, den Tarif anzuerkennen.

Ausland.

Ein Nachwort zum Streik im Vorinage.

Die wahren Ursachen der Unnachgiebigkeit der Kohlenbarone. Man schreibt uns aus Brüssel: Im sozialistischen Journal de Charleroi“ sagt Genosse Jules des Essarts die wahren Gründe auseinander, die die Unternehmerorganisation in Wahrheit veranlaßt haben, einen Vermittlungsvorschlag nach dem anderen rücksichtslos abzulehnen. Der Streik, äußert der Genosse aus Charleroi, kam den Unternehmern ganz gelegen. Infolge der milden Witterung sind den Unternehmern ungeheure Stöck Kohlen, die als Hauskohle Verwendung findet, in den Bassins von Mons und Charleroi liegen geblieben. Als der Streik ausbrach, war das erste, daß man, um die ungeheuren Bedürfnisse in der Metallindustrie zu decken, diese Stöck angriff. Während im Vorinage an 30 000 Bergarbeiter durch den schon unjähbaren Starrsinn der Unternehmer zum Feiern und Hungern gezwungen wurden, leerten sich allmählich die in den Bassins von Charleroi aufgehäuften Stöck von Hauskohle, die man, um sie für den Industriebedarf brauchbar zu machen, mit ausländischer Kohle mischte. — Haben so die Direktoren die Arbeiter in den Streik getrieben, indem sie den eingepflanzten Miß der achtjährigen Auszahlung aus bürokratischen Rücksichten angriffen, so hat die Handvoll Finanziers, die die Kohlengruben von Mons und Charleroi in Händen haben, wenigstens dafür gesorgt, daß durch starrs Ablehnung aller Friedensversuche der Streik hinausgeschoben und damit den „Marktnotwendigkeiten“ Genüge geschieht. Sind auch Hunderte vor Hunger zusammengebrochen, andere durch Hunger zu Plünderern geworden, Tausende in bitterer Verzweiflung getrieben worden — was tut's? Die kapitalistischen Bedürfnisse sind befriedigt, der Verlust in Mons ist durch den Gewinn in Charleroi wettgemacht, und die Herren Aktionäre können ohne allzu schmerzliche Resentiments auf den unglückseligen Streik zurücksehen.

Die Bergarbeiterbewegung in Großbritannien.

London, 15. Februar 1912. (Fig. Ver.) Man rechnet hier jetzt allgemein mit dem Ausbruch des Generalstreiks am 1. März. Die englischen Reviere, Nordwales und Ostschottland, haben dieser Tage gekündigt, um am Ende des Monats streiken zu können. Die übrigen Reviere kennen keine Kündigung. Die allgemeine Arbeitsverteilung wird jedoch nicht unbedingt am 1. März eintreten müssen. Es kann sein, daß man sich verständigt, von Tag zu Tag weiter zu arbeiten, bis ein Abkommen erzielt worden ist. Dies ist ein alter Brauch in der Bergwerkindustrie dieses Landes. Man hört jetzt wieder die Ansicht, daß der vor einiger Zeit gebildete Industrierrat, dem Vertreter der organisierten Arbeiterschaft und des Unternehmertums angehören, vermittelnd eingreifen wird. Es ist jedoch schwer einzusehen, was der Industrierrat, der streitende Parteien nur zusammenbringen soll, in einer Angelegenheit tun kann, bei der es sich nicht um die Verhöhnung von Gegnern, sondern um die Lösung eines verwickelten technischen Problems handelt, bei der guter Wille die praktische Erfahrung nicht ersetzen kann. An vielen Orten, namentlich in Südwalles, bereiten sich die Einwohner schon allen Ernstes auf den Generalstreik vor, indem sie Kohlen und Lebensmittel aufspeichern. In dem Berichte über die Bergarbeiterbewegung, der am 10. Februar erschien, ist ein Irrtum enthalten. Das Parlamentsmitglied A. H. B. hat, der seinen Posten als Vorsitzender des südwalisischen Bergarbeiterverbandes niedergelegt hat, sich noch wie vor als Schachmeister im Exekutivkomitee der Bergarbeiterföderation Großbritannien. Aus diesem Exekutivkomitee verschwanden bei

den letzten Wahlen die drei liberalen Gewerkschaftsführer Trace, Richards und O'Nions, deren Plätze jetzt von den Genossen Stanton, Garskorn und Barker eingenommen werden.

Die Bewegung der britischen Bergarbeiter fällt mit ähnlichen Bewegungen der Bergarbeiterschaft Frankreichs, Deutschlands und Belgiens zusammen. In Anbetracht dieser Tatsache ist es wichtig, festzustellen, daß das Internationale Komitee der Bergarbeiter, dem Vertreter aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Belgien und Holland angehören, in einigen Tagen zu einer Sitzung zusammentreten wird.

London, 16. Februar. (B. T. V.) Das Einigungsamt für den Kohlenbergbau in Südwalles hat gemäß dem Antrage des unparteiischen Obmanns der Bergarbeiter eine allgem. Lohn-erhöhung zugestanden. Die Grubenbesitzer zeigen sich bereit, wieder in Verhandlungen über die Krise einzutreten, erklären aber, nicht sämtlichen Arbeiterkategorien den Minimallohn gewähren zu können und bestehen darauf, daß die Regierung eingreife, um dem in 14 Tagen drohenden Ausbruch vorzubeugen. Nach den letzten heute eingelaufenen Nachrichten ist jeder einzelne Bezirk des Verbandsgebicts für den Ausbruch.

Soziales.

Schabenersatz wegen verweigerter Arbeitsbescheinigung.

Der Kohlleger B. machte beim Gewerbegericht gegen seinen Arbeitgeber, den Unternehmer Schöski, außer einem rückständigen Lohnbetrag von 10,35 M. noch einen Entschädigungsanspruch für 7 Tage à 7,20 M. geltend, weil ihm beim Weggange auf sein Verlangen eine Arbeitsbescheinigung nicht gegeben worden sei und er infolgedessen auf dem Arbeitsnachweis für das Baugewerbe als Arbeitsuchender nicht eingetragen wurde. Der Beklagte hat dem Kläger wegen mangelhafter Arbeit keinen Lohn gezahlt und die Arbeitsbescheinigung erst nach eingezogener Erkundigung über die Rechtslage am 4. Februar erteilt.

Das Gericht verurteilte den Beklagten mit folgender Begründung zur Zahlung des rückständigen Lohnes und 15 M. Entschädigung für 7 Tage: Nachdem der Kläger vom Polier angestellt war, ist ihm für die Zeit, während der er gearbeitet hat, auch der Lohn zu zahlen. Die Arbeitsbescheinigung durfte wegen der mangelhaften Arbeit nicht verweigert, sondern mußte sofort erteilt werden. Da aber der Kläger auch, nachdem er im Besitze der Bescheinigung war, doch noch 9 Tage arbeitslos war, ist der ihm erwachsene Schaden nicht lediglich auf das Konto der verweigerter Arbeitsbescheinigung zu setzen. Uebrigens hätte der Kläger den Schaden auch noch zum Teil abwenden können, wenn er anstatt den Arbeitsnachweis für Bauarbeiter den der Kohlleger in Anspruch genommen hätte, wo die Ordnungsvorschrift über die Verbringung der Arbeitsbescheinigung von der letzten Arbeitsstelle nicht gehandhabt wird.

Aus Industrie und Handel.

Vom Kohlenhandels.

In der gestrigen Sitzung des Rates des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels wurde die Umlage für das erste Vierteljahr für Kohle auf 12 Prozent, für Holz auf 6 Proz. und für Bricketts auf 12 Prozent festgelegt.

In dem Berichte über die Jahresbesitzerversammlung heißt es: Die Lage des Kohlenmarktes hat sich im Berichtsmontate weiter befestigt. Die Nachfrage war fortgesetzt lebhaft und bewegte sich in aufsteigender Richtung. Demgegenüber erwiesen sich die Lieferungen der Zechen, da die Förderung bis über die Monatsmitte eine starke Abschmähung zeigte und im letzten Monatsdrittel wieder ihre regelmäßige Höhe erreichte, nicht immer ausreichend, und es mußte zur Befriedigung der Anforderungen der Kundenschaft teilweise auf die vorhandenen Lagerbestände zurückgegriffen werden. Infolge der schwächeren Leistungen der Zechen in der ersten Monatshälfte stellte sich das Gesamtergebnis des Kohlenabsatzes im Berichtsmontate nicht so günstig als im Vormonat.

Der Wert des deutschen Spezialhandels im reinen Warenverkehr belief sich im Januar d. J. auf 823,4 Millionen Mark in der Einfuhr und auf 614,3 Millionen Mark in der Ausfuhr, gegen 750,3 Millionen Mark und 508,8 Millionen Mark im Januar 1911. Außerdem erreichte die Einfuhr von Gold und Silber im Januar d. J. einen Wert von 14,6 Millionen Mark, die gleichzeitige Ausfuhr einen solchen von 12,8 Millionen Mark gegen 27 und 5,2 Millionen Mark im Januar 1911.

Letzte Nachrichten.

Demission des norwegischen Kabinetts.

Kristiania, 16. Februar. (B. T. V.) Staatsministers Canovs Versuch, sein Ministerium zu rekonstruieren, ist gescheitert. Das ganze Ministerium hat deshalb heute seine Demission eingereicht. Wahrscheinlich wird eine rein konservative Regierung die gemischte linke Conowische Regierung ablösen.

Italienische Meldung über den Angriff auf Derna.

Rom, 16. Februar. Wie die Agenzia Stefani unter dem 14. aus Derna meldet, hat der Führer der Kassabämme bestätigt, daß Enver Bey den Angriff in der Nacht vom 11. Februar auf die italienischen Stellungen persönlich geleitet hat. Er habe sich bei der aus etwa tausend Mann regulärer türkischer Truppen und ägyptischer Freiwilliger bestehenden Reserve befunden, die sich aber unter dem Feuer der italienischen Artillerie bald zerstreute und sich mit Enver Bey ins Lager zurückzog, während der Kampf zwischen den Italienern und Beubinen andauerte. Die Beerdigung der gefallenen Feinde wird fortgesetzt.

Aus dem arabischen Aufstandsgebiete.

Kairo, 16. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Aus anscheinend zuverlässiger Quelle stammende Nachrichten vom Yemen besagen, daß der türkische Gouverneur Mohammed Ali, der mit sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Truppen zur Bekämpfung der Aufständischen ausgezogen war, von diesen geslagen und gezwungen worden sei, sich in verhängte Stellungen in der Nähe der Küste zurückzuziehen, wo sich die Aufständischen anschießen, ihn zu belagern.

Brand einer Zichorienfabrik.

Nordhausen, 16. Februar. Nach der „Frankf. Ztg.“ ist durch Großfeuer in vergangener Nacht die Zichorienfabrik von Krause, jetzt H. A. Brand & Söhne, heimgesucht worden. Das Feuer üscherte einen großen Teil des Betriebes ein. Als Entschädigung wurde Heißlaufen der Röhre angenommen. Die Fabrik ist eine Zweigniederlassung der weltbekannten Fabrik Heinrich Brand & Söhne, die ihr Hauptdomizil in Ludwigsbafen am Rhein hat.

Eine Dampffrägemühle niedergebrannt.

Brann, 16. Februar. (B. T. V.) Die Dampffrägemühle des Borons Königswarter in Lobkowitz ist gestern nachmittags durch einen Feuerbrand fast vollständig eingeäschert worden. Nur das Maschinenhaus blieb erhalten. Der Schaden wird auf 1/2 Million Kronen beziffert. 200 in der Dampffrägemühle beschäftigt gewesene Arbeiter sind brotlos geworden.

Reichstag.

7. Sitzung, Freitag, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Bismuth, v. Tirpitz.

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. v. Faber (Sp.): Die Thronrede zeigt eine anerkanntswürdige Ruhe und Gelassenheit, nur darin stimme ich mit ihr nicht überein, daß eine vollständige Gesundung unserer Finanzen bereits erreicht sei. Dagegen sind wir ganz einverstanden mit den Darlegungen des Reichsfinanzsekretärs. Seine Worte „keine Ausgaben ohne Deckung in bar“ sollten wir statt der Bilder, die ja doch nie fertig werden, mit goldenen Lettern an die Wand des Reichstags über dem Präsidium malen lassen. (Heiterkeit.) Die Wahlen haben bewiesen, daß die übergröÙe Mehrheit des Volkes die Politik, die die Regierung und die Mehrheit dieses Reichstags seit Jahren befolgt hat, auf's schärfste verurteilt. Die agrarisch-konservative Hochflut ist im Rückgang begriffen. Herr v. Heydebrand ist mit dem Stichwort: „Siegen oder Brechen“ in den Wahlkampf gezogen und er hat sein Ziel erreicht: Der Vogen ist gebrochen und er wird nie mehr so geleimt werden wie er gewesen ist. (Heiterkeit.) Die Zunahme der sozialdemokratischen Mandate ist uns auch unangenehm, aber sehr erfreulich ist, daß dadurch die Sozialdemokratie gezwungen ist, eine veränderte Stellung im Reiche und hier im Hause einzunehmen. Die Rede des Abg. Frank war der beste Beweis dafür. Aus ihr klang das Gefühl der Verantwortlichkeit auch seiner Partei für das, was in diesem Hause geschieht. Und der Speisegettel, den er vortrug, enthielt bis auf wenige Ausnahmen nicht spezifisch sozialdemokratische, sondern allgemein demokratische Forderungen. Wie sind denn nun die Erfolge der Sozialdemokratie zu erklären? Aus der Agitation allein sicher nicht; denn wenn es auf die ankäme, müÙte der Bund der Landwirte mit seiner Aufstachelung aller menschlichen Leidenschaften die größten Erfolge haben. (Sehr wahr! links.) Durchschlagend für die Stimmung der Massen sind die mit jedem Jahr steigenden Preise alles dessen, was der Mensch zum Lebensunterhalt notwendig hat. (Sehr richtig! links.) Man würde sich dem fügen, wenn man diese Preissteigerung als die Folge einer natürlichen Entwicklung ansehen müÙte. Aber jeder weiß, daß das nicht der Fall ist, daß sie zurückzuführen ist auf die Geshchgebung, die seit Jahren unser Wirtschaftsleben beherrscht. Dazu kam die Empörung darüber, daß die einzig gerechte Steuer, die Nachlasssteuer, von den Konfessionslosen und dem Zentrum verworfen wurde und die Sorge, wie das weitergehen soll angesichts der Wahlparole des Herrn v. Heydebrand vom „ludenlosen Jollitaris“. (Sehr wahr! links.) Wenn selbst Freiherr v. Beldt und seine Gefolgschaft im preussischen Landtage betonten, wie unheilvoll die Ablehnung der Erbanfallsteuer und die Bewerigung der Liebesgabe gewirkt haben, brauche ich dazu gewiß nichts mehr sagen. Schon wesentlich belastet ist auch das Schulkonto des Reiches durch Maßnahmen von Einzelstaaten, ich erinnere nur an die wendenburgische und braunschweigische Verfassung. Die Reichsfinanzreform ist vom Reichsfinanzsekretär verteidigt worden mit dem Hinweis leblich, daß auch schlechte Steuern Geld bringen. Die Bevölkerung will auf keinen Fall weitere ungerechte Steuern. Der Redner des Zentrums hat jetzt schon erklärt, die Nachlasssteuer würden sie als Bräutierung empfinden; nun, die Regierung wird es sich noch überlegen, ob sie den Parteien, die „in schwerer Zeit die Reichsfinanzreform durchgeführt haben“, dies Verzeihen anjutun. Das Zentrum hat aber durch seinen Redner gleichzeitig seine Abneigung gegen jede neue Steuer erklären lassen. Nun, die Nachlasssteuer halten wir für eine gerechte Steuer, und wir sind bereit, sie zu bewilligen, um mit ihrem Ertrage eine Reihe ungerechter und unwirtschaftlicher Steuern abzuschaffen. (Sehr richtig! links.) Soll Vertrauen zur Regierung wiederkehren, so muß unsere Wirtschaftspolitik auf eine andere Basis gestellt werden, so daß auch die Interessen des Handels und der Konsumenten gewahrt werden. Der Reichsfinanzsekretär möge zu der Politik zurückkehren, die er beim Reichsvereinsgesetz

und bei der elsah-lothringischen Frage getrieben hat; das wird zur Beruhigung beitragen. Sonst kann die Regierung mit Engagements den Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente prädisigen — bei der nächsten Gelegenheit kommt dann doch

eine weitere Million sozialdemokratischer Stimmzettel

hinzu. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) — Wegen unserer Stichwahlparole sind wir angegriffen und die Schrittmacher der Sozialdemokratie genannt worden. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind dadurch, daß wir eine gerechte Politik treiben, vielmehr das letzte Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. (Schallende Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Die Parteien, die den Jollitaris gemacht haben, sind nicht die Schrittmacher der Sozialdemokratie, sondern haben sie künstlich erzeugt und gezüchtet. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Unsere Stichwahlparole war lediglich die ehrliche Konsequenz aus unserem gegen den schwarz-blauen Block gerichteten Wahlkampf. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.) Welche Partei und welcher Abgeordnete kann denn behaupten, daß seine Anhänger noch nie versucht haben, den Sozialdemokraten in den Sattel zu heben! Ich will doch mal sehen, wer sich meldet. (GroÙe Heiterkeit links.) Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat uns wegen unserer Stichwahlparole des Verrats an der Sache des Bürgerturns bezichtigt. (Sehr richtig! rechts.) In Wahlflußblättern scheint ja ein starker Ton nicht verwerfbar; aber hier handelt es sich nicht um ein Wahlflußblatt, sondern um eine Zeitung, und da sollte der Reichskanzler seinen Einfluß geltend machen, den Redakteur in die Schranken zurückzuweisen, auf deren Einhaltung zu dringen wir berechtigt sind. (Zustimmung b. d. Sp.) Deutschland krankt an dem Zwiespalt, daß in dem Lande des allgemeinen Stimmrechts und der allgemeinen Wählerpflicht die Regierung und die Rechte an einer Politik festhalten wollen, die von der Mehrheit der Wähler gemißbilligt wird. Das ist unmöglich und unmöglich. Die Verfassung und das allgemeine Stimmrecht besteht, und nur ganz kleine Minoritäten haben die Fribolität, daran mit Gewalt rütteln zu wollen. Man muß eben mit dem allgemeinen Stimmrecht regieren. (Lebhafte Zustimmung links.) Dann einige Worte zur

Auswärtige Politik.

Unsere wichtigsten Posten im Ausland sollten endlich ohne Ansehen der Person, ohne Haß und Günst, nur nach dem Grundsatze der Auswärtigen Politik nach seiner Befähigung tüchtigsten besetzt werden. (Bravo! links.) Ueberhaupt muß in unsere ganze Diplomatie mehr Licht und Luft hinein. Es geht nicht länger, daß nur einige wenige Wissende, Informierte sich für befugt erachten, mit den Geschäften des Volkes zu spielen. (Sehr richtig! links.) Was gestern der Herr Reichskanzler über unser Verhältnis zu England mitteilte, kam mir vor wie ein Sonnenstrahl nach langen, trübem Tagen. Wir können nur wünschen und hoffen, daß die Verhandlungen mit England von bestem Erfolge begleitet sein werden. (Bravo! links.) Sehr dringend ist weiter die

Neueinteilung der Wahlkreise.

Sie hätte nach der Verfassung längst entsprechend der Vermehrung der Bevölkerung erfolgen müssen. Man hat sie bisher lediglich unterlassen, um auf diese Weise die Resultate des allgemeinen Wahlrechts zugunsten bestimmter Richtungen zu korrigieren. (Sehr wahr! links.) Kommt es zur Neueinteilung der Wahlkreise, so wird man auch nicht vorübergehen können an der Verhältniswahl. Am meisten würde es zur Gesundung des politischen Lebens beitragen, wenn das Stichwahlverfahren ganz beseitigt werden könnte. (Sehr richtig! links.) Für die

Fortführung der sozialen Gesetzgebung

werden wir natürlich alle Kraft einsehen. Was uns sonst am Herzen liegt, ergibt sich aus den Initiativanträgen. Vor allem möchten wir, daß in der Reichsversicherungsordnung die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt wird. Das ist notwendig, nachdem inzwischen die Regierung selbst zugegeben hat, daß unsere Finanzlage weit günstiger ist, als der Herr Reichsfinanzsekretär es bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung hinstellte. (Sehr gut! links.)

Was wird nun aus diesem Reichstag werden? Besonders empfohlen hat sich ja der Reichstag durch seine Tätigkeit in den ersten acht Tagen nach außen nicht. (Heiterkeit.) Wir wollen diese Vorgänge als

eine Kinderkrankheit ansehen. (Sehr gut! links.) Da kommt die äußerste Linke des Reichstages und erklärt sich zur pflichtgetreuen Mitarbeit bereit und eine Reihe anderer Parteien lehnen das ab, einmal weil sie nicht auf monarchischer Grundlage stehen, und das andere Mal, weil sie sich nicht ausdrücklich auf vollständige Erfüllung aller höflichen Verpflichtungen einzulassen lassen will. Das sind doch eigentlich im Lichte betrachtet, keine sachlichen Gründe, das ist einfach die Unmöglichkeit, sich rechtzeitig innerlich in eine neue Situation einzulassen, die nun einmal geschaffen ist und noch lange Jahre nach menschlichem Ermessen unser politisches Sein beherrschen wird. Bis jetzt ist ja alles glatt gegangen. Es hat zu allen Zeiten Parlamente gegeben, die über keine feste Mehrheit an der einen oder anderen Seite verfügten, und das waren gar nicht mal die schlimmsten Parlamente. Gewandte Regierungen arbeiten gar nicht ungern mit solchen Parlamenten und erzielen oft recht große Erfolge durch die kluge Ausnutzung dieser taktischen Situation. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Darum habe ich keine Besorgnis für das Schicksal dieses Reichstages. Teils mit banger Sorge, teils mit froher Hoffnung haben viele geglaubt, dem neugewählten Reichstag gleich den Totenschein mit in die Wiege legen zu dürfen. (Heiterkeit.) Aber hier ist kein Platz für laichende Erben noch für trauernde Verwandte, die Dinge werden ganz normal verlaufen. Dazu ist nur nötig, der eheliche Wille von allen Seiten zum Zusammenarbeiten. Die Herren vom Zentrum haben sich ja gestern dazu bereit erklärt, ruhig und sachlich mitzuarbeiten. Wir erklären uns darüber hinaus auch bereit zur vorurteilslosen Mitarbeit. Wir haben im Gegensatz zum Zentrum in den letzten Tagen gezeigt, daß es uns mit diesem Vollen auch ernst ist und so wird es auch bleiben. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Mit kommt es darauf an, die Stellung der Verbündeten Regierungen zu den Wahlen und ihrem Ergebnis darzulegen. Die rüdwärts gerichteten Vorwürfe gegen die Regierung, die wir gestern gehört haben, halte ich für ungerecht, vor allem den Vorwurf, die Regierung hätte nichts zur Aufklärung über die Finanzreform getan oder nicht zur rechten Zeit. Darüber hat sich eine Legende gebildet. Wenn die Herren die Güte haben wollten, die erste Rede nachzulesen, die ich im Winter 1909 vor dem Reichstage gehalten habe, so werden Sie finden, daß ich die Notwendigkeit des Zustandekommens der damaligen Finanzgesetzgebung und ihre Annahme durch die Verbündeten Regierungen von vornherein scharf betont habe. Ich habe damals und auch später wieder darauf hingewiesen, daß das Zustandekommen der Finanzreform eine notwendige Voraussetzung der Gesundung unserer Finanzen ist! Und durch eine große Anzahl von Pressemitteilungen ist Front gemacht worden gegen die unrichtige Darstellung des Verhältnisses der einzelnen Steuern gegeneinander. Des näheren können Sie sich ja darüber beim Herrn Schatzsekretär erkundigen. Eins habe ich nicht getan:

Ich habe die Ablehnung der Erbanfallsteuer nicht verteidigt!

(Lebhaftes Bravo! links), oder schärfer gesagt: Ich habe die Art und Weise nicht verteidigt, wie sich die Konservativen und das Zentrum damals gegen die Erbanfallsteuer festgelegt haben. (Wiederholter Beifall links.) Wie hätte ich das machen sollen, nachdem die Verbündeten Regierungen gerade diese Steuer mit besonderem Nachdruck gefordert hatten und angesichts der Möglichkeit, daß das Reich auf diese Steuer zurückkommen muß. (Zustimmung links.) Der Abgeordnete Sped hat gestern für den Fall, daß die Regierung diese Art von Besitzsteuer doch wieder einbringen sollte, das als eine Bräutierung der Parteien bezeichnet, welche den damaligen Entwurf abgelehnt haben. Das ist ein sehr starkes Wort (Hört! hört! links), hinter dem sich Nachansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann. Die Regierung bringt ihre Vorlagen nach sachlichen Gesichtspunkten ein. Da sollte von Bräutierung nicht gesprochen werden. (Sehr richtig! links.)

Die Bemerkung des Abg. Sped hat mir aber zu gleicher Zeit gezeigt, wie die Erbschaftsteuer weit über ihre wirkliche Bedeutung hinaus zu einer hochpolitischen Frage erhoben worden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und was ist das Ergebnis gewesen?

Dort auf der Linken sitzen die lachenden Erben.

(Heiterkeit.) Daß das so kommen mußte, war von Anfang an mit doch, daß die einen wie die andere sich manche Gelegenheiten entgegen liegen, mit kräftiger Farbe und abwechslungsreicher Wärme ins Zeug zu gehen.

Dazwischen brachte der Konzertmeister K. Bittenberg einige fast gar nicht vollkommene Violinstücken zu Gehör, rein und genau, und mit Temperament, wenn's Virtuositentum galt — etwas eintöniger, wo's schlichte Lyrik galt.

Humor und Satire.

Notenzensur in Königsberg.

Die hiesige Garnisonverwaltung — (wir sind schon weit in der Kultur!) die brauchte zwecks Toilettegestaltung Papier- und zwar Kafalatur. Doch darf kein Blatt von jener Sorte, so rot, so rot und so verderbt darunter sein — In solchem Orte kann man nie wissen, ob das färbt. Ertappt man etwa die Refruten, und lesen sie sich ein Traktat, und grad, wenn sie — Beweile tun: das wäre glatter Hochverrat! Wir dürfen dieses nicht beklagen! — „Kreuzzeitung“... „Post“ — nun — weg ist weg! Und sie erreichen loszulassen den eigentlichen Bestimmungszweck.

Kurt.

Jenseits von Gut und Böse.

Was ist's eigentlich mit dem „wirklichen“ Liberalismus? Eine Anbellererei zwischen dem „Reichsbote“ und der „Täglichen Rundschau“ gab vor einigen Tagen die Antwort. Wir empfehlen den Dialog jedem Rationalliberalen zum Studium. Der „Reichsbote“ nannte die „Tägliche Rundschau“ alle Tage liberal. Die „Tägliche Rundschau“ protestierte und erklärte derlei Bemerkungen für eine Denunziation. Der „Reichsbote“ fragte in seiner nächsten Nummer ganz verblüfft: Ist denn liberal sein eine Schande? Die „Tägliche Rundschau“ antwortete prompt: An sich ist nichts weder gut noch böse. Das Denken macht es dazu! So diskutierten die „Tägliche Rundschau“ und der „Reichsbote“ in der Präsidentenwahlwoche.

Notizen.

— Folgen der Luftkältesteuer. Die Madrider Theaterdirektoren haben in Einverständnis mit den Autoren und Schauspielern beschlossen, von Sonnabend ab alle Theater so lange geschlossen zu halten, bis ihren Klagen über zu hohe Besteuerung des Theatergewerbes durch Steuerermäßigung abgeholfen wird. (Dem Berliner Magistrat zur dringenden Beachtung empfohlen!)

Kleines feuilleton.

Luzusblumen. Am Donnerstag feierte die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft ihr neunzigstes Stiftungsfest durch eine Blumenausstellung, die in den Räumen des Landwirts-Offizierskasinos abgehalten und deren Besuch weiteren Volksschichten durch einen übertrieben hohen Eintrittspreis vereitelt wurde. Ob die verdienstvolle Gartenbau-Gesellschaft ihre doch recht weite Kreise interessierenden Bestrebungen nicht in anderer Weise hätte demonstrieren können, soll hier nicht untersucht werden. Man muß sogar zugeben, daß Räume, Eintrittspreis und Blumen insofern gut zusammenpäßten, als die Blumen und ihre Aufmachungen hier durchwegs Luzusweden angepaßt waren. Damit soll gleichwohl keine herabsetzende Bezeichnung gegeben sein, denn der hier gebotene Blütenluxus war trotz alledem geschmackvoll und weit entfernt von prophaner Aufdringlichkeit, die nicht mit Luzus zu verwechselt ist. Aus dem grauen Wintertage kam man zwischen Beete voll blühender Gazanthen, Acolus, Schneeglöckchen, Maiblumen und Alpenveilchen, über die Schneeball- und Fliedersträucher ihre frischen Blütenballen neigten. Wie der Eingang eines Festhauses bei feierlichen Anlässen zu schmücken sei, sollte damit gezeigt werden. Wieder anders waren die Treppen geschmückt, die zu den blumenerfüllten Festjalen führten. Wie immer wurden hier die Tische mit den Orchideen am meisten befüllt, mit jenen exotischen Wunderpflanzen, in denen die Natur sich selber zum Luzus der Farben und Formen hinaufsteigert. Am augenfälligsten wurde der Charakter der Ausstellung als einer Schau für bezahlungsfähige Luzusblumen im Festjale, wo zwischen den langen Reihen dicht gedrängter Bedede Blumensträuße die Tafeln zierte. Tulpen und prächtige Rosen spielten hier eine Hauptrolle, und anheimelnd schaute der märkische Frühling in Gestalt blühender Hofestädchen aus den Vasen heraus. Diese wurden untereinander durch die langhinstreckten, feinlaubigen Sprosse einer Asparagusart mit einander verbunden.

Fröhlich trat man aus dieser farbenfrohen Welt wieder in den sinkenden Tag hinaus. Nur wenige Stunden hat diese Ausstellungen gedauert, und nur ein lächerlich kleiner Bruchteil einer Dreimillionen-Bevölkerung hat sie gesehen oder richtig, hat sie sehen dürfen. Luzus! Wie wäre es nun, wenn die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft einmal zeigte, daß sie auch anders kann? Wenn sie zu günstiger Jahreszeit Rahmen und Eintrittspreis für eine Blumen- und Gartenbau-Ausstellung so wählte, daß große Scharen sich daran erfreuen und Nutzen daraus ziehen könnten? Lo.

Politik im Konzertsaal. Eine ganz ungläubliche Begebenheit wird in einem vom „Berl. Tagebl.“ wiedergegebenen offenen Brief behandelt. Danach hat Richard Strauß, als er im Sinfonie-Konzert der kgl. Kapelle Wagner's Kaisermarsch dirigierte, beim Einzug des Chors sich zum Publikum umgewendet und „es mit einer unwiderstehlichen Gebärde aufgefordert, sich von den Plätzen zu erheben.“ Wit Recht weist der Einseher diese Kapellmeisterherrlichkeit und (was schlimmer ist) furchtbare Geschmacklosigkeit mit den Worten zurück:

„Künstlerische Gesichtspunkte können hierfür nicht in Betracht kommen. Eine politische Kundgebung aber war weder im Programm

vorgeesehen noch verlangte das Publikum spontan nach ihr. Ihr Verhalten war eine Heberumpelung, ein Zwang.“

Vielleicht hat Herr Strauß Gründe, sich bei den Hohenzollern anzubiedern. Er veranlaßte also „patriotische Wiederabende“ mit Militärmusik, bringe Hoch aus, lasse Lufsch blasen, in Sektionen antreten, stramm stehen usw. Zweifellos wird er zahlende Teilnehmer dafür finden. Geht sein politischer Ehrgeiz höher, nun so steige er in die Arena der Volkversammlung, wo freilich mit solchen Wägchen nichts anzufangen ist und dem kgl. Generalmusikdirektor ein anderer Marsch gelassen werden könnte. — „Will der Herr Strauß ein Tänzkchen wagen?“ Wir wollen ihm gerne aufspielen.

Musik.

Die Typographia, der Gesangsverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, gab am Mittwoch (im Konzertsaal der Hochschule) einen Volksliederabend. Das Konzert war erfolgreich und verdienstvoll und würde wohl noch verdienstvoller gewesen sein, wenn die Veranstalter es lähn als „Koncert der Beispiele und Gegenbeispiele“ bezeichnet hätten. Man kennt ja die glückliche Methode der „Altbetenden Kritik“, dem Guten das Schlechte in schlagenden Gegenbeispielen gegenüberzustellen; und das Stuttgarter Landesgewerbe-museum enthält auch ein Museum von Geschmacksverirrungen.

Längst schon vor mehr als zwei Jahrtausenden, kannte man die Wertverteilung vollstimmlicher in kunstmäßiger Musik. Dabei ist eine „Bearbeitung“ nötig; und da trägt nun jede Zeit ihren Kunstgeschmack in die Vorlagen hinein. Was wir diesmal hörten, waren also nicht schlechtweg Volkslieder aus dem sechzehnten oder sonst einem Jahrhundert, sondern Inventionen, von denen es sich nun fragt, wie weit sie unermesslich sind und den alten Grundcharakter wahren. Da wird vielleicht manchem Zuhörer aufgefallen sein, wie so anders das von H. Keimann bearbeitete „Wächterlied“ von 1553 und etwa drei von J. F. Reichardt komponierte „WeiÙe Fische“ oder auch Giesners „Hüte dich“ klangen, als das meiste übrige, einschließliche anderer Kenntnischer Bearbeitungen und besonders derer von J. S. Bach. Dort eine mehr dem Text folgende und rhythmisch freiere Musik, hier eine rhythmisch einformigere mit marsch- oder tanzmäßigem Singang, eine Tafelmusik, eintönig bis herab zur Langweile, unnatürlich nicht nur durch solche Betonungen wie „Zeit in die Welt hinaus“.

Wir werden wohl nicht zu den Modernisten oder Straußenfarmern gerechnet werden; aber den Dunst, nicht allzuweit hinter dem zurückzulieken, was heute an Einsicht in frühere Geschmackslosigkeiten erreicht ist, dürfen wir doch aussprechen, und eine Programmnummer wie „Hüttelein, hüß und klein“, dürfen wir doch wegwünschen. Und dann die Verderbungen, wie das für Solostimme mit charakteristischer Klavierbegleitung komponierte „Wiegeliel“ von Brahms, in Bearbeitung von A. Zander (dem 1843 geborenen Liedertafeldirigenten)! Da hatte 1807 ein Jemand „Wanderers Nachtlied“ von Goethe ganz glücklich umgedichtet, und der sonst geschmackvolle H. Kublan es komponiert — nicht eben sehr vollkändig. Soll uns etwas Derartiges gar als künstlerisches Recht gelten?!

Der Chor, gegen 190 Mann stark, unter Alexander Weinbaums Direktion, und in Sololiedern Paula Weinbaum, leisteten stimmtechnisch recht Gutes, wie immer. Auffallen kann aber

Händen zu greifen. Deshalb habe ich immer wieder die bürgerlichen Parteien gemahnt, sich nicht bis auf die Knochen zu zerfleischen. Der Sammelruf ist verspottet worden; er ist begehrt worden als unzeitgemäß, als veraltet. Die Zeit wird kommen, wo der Sammelruf nicht bloß von der Regierungskasse aus, sondern aus der Mitte des Volkes ertönt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was ist die Zeit, die Sie sich wünschen? (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber ich habe meine Pflicht getan. (Mit erhobener Stimme:) Und meine Pflicht gegenüber der Monarchie und gegenüber dem Lande war es, darauf hinzuweisen, welche Verwirrung im Volke entstehen muß, wenn die Scheidelinien zwischen den Grundanschauungen über Staat und Gesellschaft, die in den bürgerlichen Parteien und in der Sozialdemokratie herrschen, von den bürgerlichen Parteien selbst ins Ungeheuerliche vermischt werden. (Lebhaftige Zustimmung rechts. Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben da merkwürdige Dinge erlebt. Als es 1907 gelang, die sozialdemokratische Fraktion auf die Hälfte ihrer Sitze zu reduzieren, da ging ein Jubel durch das konservative und liberale Bürgertum. Und heute? Der Feind von vor 5 Jahren hat 110 Mandate errungen, und wieder jubelt der Liberalismus. (Große Heiterkeit.) Ich begreife ja, daß die Liberalen eine Genugtuung darüber empfinden, daß die Konservativen und das Zentrum geschwächt wurden; aber der Schade, der dem politischen Gegner zugefügt wurde, ist lange nicht so groß, zumal ein tertius gaudens (der lachende Dritte) vorhanden ist wie die Sozialdemokratie. Warum haben Sie denn da jubelt? Ueber den Sieg einer Partei, deren Niederlage Sie vor 5 Jahren ebenso laut begrüßt haben? Was hat sich denn in der Zwischenzeit ereignet? (Sehr richtig! rechts. Große Unruhe links.) Wie erklärt sich Ihre Freude und was hat sich in der Zwischenzeit geändert? (Sehr richtig! rechts.) Ja, die Herren würden es mir sehr übel nehmen, wenn ich sie für fähig halten würde, auch nur ein Fittchen von ihrem Dogma abzulassen, von ihren Dogmen des Klassenkampfes, der Todfeindschaft gegen diese Gesellschaft und gegen den monarchischen Staat. Und wie sich

der Revisionismus

entwickeln wird? Nun, das müssen wir zunächst abwarten. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn unter den 110 Sozialdemokraten noch gewiß eine große Anzahl von Revisionisten vorhanden ist, und diese auch nicht den monarchischen Staat mit Gewalt durch die Republik und die bestehende bürgerliche Gesellschaft durch die sozialdemokratische ersetzen können; eines können auch die Revisionisten nicht lassen: auch sie arbeiten daran, den monarchischen Sinn des Volkes zu untergraben. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Sie diskreditieren das Wesen des Staates und predigen den erbitterten Klassenkampf. Ich enthalte mich, wie vor einigen Jahren der Abg. Heine, der ja wohl auch zu den Revisionisten gehört, dem Abg. Hund gegenüber das bekannte Wort aus der „Antigone“ dahin unrichtig: „Nicht mitzulieben, mitzuhassen bin ich da.“ Was durch einen solchen Terrorismus, was durch die Revolutionierung der Köpfe angereizt wird, ich brauche es Ihnen nicht zu schildern. Sie, stehen aus dem Wahlkampf zurückgezogen, werden es besser wissen als ich. (Sehr richtig! rechts.) Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, daß auf so vermisstem Boden die Früchte wachsen können, die der bürgerliche Liberalismus geistlich zu sehen wünscht? Ich glaube es nicht. Ich kann also den Entschluß der Fortschrittspartei, Großbaldpolitik zu treiben, und die letzten Vorgänge in der nationalliberalen Partei, deren Reigen wir gewesen sind, nicht darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie sich gewandelt hat.

Was sich gewandelt hat, ist der Liberalismus. (Sehr richtig! rechts.) Der ist weiter nach links gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Ich teile ja den Eindruck, dem Abgeordneter v. Payer seinen Ausdruck gegeben hat, daß gestern und heute es hier im Hause ruhig zugegangen ist, und ich habe den dringenden Wunsch, daß die Arbeiten des Reichstages sich in derselben Weise weiterentwickeln mögen. Trotzdem, meine Herren, hier im hohen Hause sitzen viele alte und erfahrene Parlamentarier, aber ich glaube, es gibt keinen unter ihnen, der schon einer derartigen unsicheren politischen Lage gegenübergestanden hat, wie die war, unter deren Auspicien sich der Reichstag zusammengesetzt hat. Ich komme auf den Punkt zurück, von dem Herr v. Payer zuletzt gesprochen hat: von der einst v. Bennigsen geführten liberalen Fraktion haben zahlreiche Abgeordnete sich bereit gezeigt, Herrn Webel, dem Urheber des Wortes von der Todfeindschaft gegen die Gesellschaft, das höchste Amt zu übertragen, das der Deutsche Reichstag vergeben hat. (Bravo! bei den Soz. Lachen rechts.) Und dann ist zum

Vizepräsidenten

ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt worden, der Worte gegen unser Kaiserhaus gebraucht hat, die ... (die folgenden Worte des Reichskanzlers gehen unter den stürmischen Unterbrechungen der Linken verloren). Soll das die Antwort sein auf die ruhige, vertrauensvolle Sprache der Throne? Und soll damit die Begriffsverwirrung der Mittläufer der Sozialdemokratie sanktioniert werden? (Bravo! rechts.) Und nun verlangen Sie, daß wegen des Ausfalls der Wahl die Regierungspolitik neu orientiert werden soll? Herr v. Payer meinte, die Wahlen seien ein Verdikt über die Politik, die die verhängenen Regierungen in den letzten Jahren mit der bisherigen Mehrheit getrieben hätten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun, nennen Sie mir ein großes Gesetz von den zahlreichen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, an denen Herr v. Payer und seine Freunde nicht mitgearbeitet haben. Das Verdikt würde sich dann auch gegen Sie richten. Soll ich nun die Politik neu orientieren wegen der

110 sozialdemokratischen Mandate?

Nein, es hat sehr viel Uneinigkeit im Bürgertum dazu geführt, daß diese gewählt worden sind. — Oder etwa wegen der 14 Millionen Wahlstimmen? Nun, in dem Stimmzettelhaufen, auf den Sie so stolz sind, steht sehr viel Glaube an die Angehörigkeit der Sozialdemokratie. Sofern die Sozialdemokratie einmal von großen Worten zu gefährlichen Taten schreiten wird, dann wird das Prüfen mit der großen Stimmzettelzahl schon ausreichen. Jede große, das Volk bewegende Frage stellt Sie vor die Alternative, entweder auf einen Teil Ihrer Wahlstimmen oder einen Teil Ihres ausschweifenden Programms zu verzichten. (Sehr richtig! rechts. Große Heiterkeit bei den Soz.) Warum erregt das Ihre Heiterkeit so? Seien Sie doch einmal ganz offen: Auf Ihrem letzten Parteitag und während der letzten Wahlen sind Sie sehr vorsichtig gewesen. Ihre antinationalen Tendenzen nicht in den Vordergrund zu stellen (Widerspruch bei den Soz.), daß das deutsche Volk antinationalen Tendenzen nicht verdrägt (erneute stürmische Unterbrechungen bei den Soz.), dann will ich also sagen, Ihre internationalen Tendenzen, dann werden Sie mir zugeben, daß bei der Stimmung, in der das deutsche Volk sich befand, Sie damit nicht auf Erfolg rechnen konnten. Und der Glaube, daß Ihre 14 Millionen Wähler mit Ihnen Todfeinde dieses Staates und dieser Gesellschaft seien, das ist ein Zweifel an der gesunden Kraft unseres Volkes, der nicht gerechtfertigt wird durch die Fortschritte auf allen Gebieten, die unsere Nation gemacht hat, und der keinem beikommen kann, der unser Volk liebt und achtet. (Weißfall im Zentrum.)

Ich kann aus den gegenwärtigen Zuständen nur die Konsequenzen ziehen, daß die Regierung fest auf ihren eigenen Füßen stehen muß

(Stürmische Heiterkeit bei den Soz.), und daß es da kein Schwanken gibt. Die Sozialdemokraten und ihre nächsten Nachbarn (Heiterkeit rechts) halten die unsichere politische allgemeine Lage für den richtigen Zeitpunkt, um unser demokratisches Wahlrecht noch weiter zu demokratisieren und durch eine Er-

weiterung der sogenannten konstitutionellen Garantien unsere Reichsverfassung von Grund aus zu ändern.

Zu einer weiteren Demokratisierung unseres Wahlrechts und zu einem Angriff auf die Grundlagen der Reichsverfassung werde ich die Hand nicht bieten.

(Lebhafter Beifall rechts.) Unser Wahlrecht leidet an diesen Mängeln. Das wird von allen Seiten zugegeben. Die Wahlenwahlkreise, die mit dem Durchschnitt nicht mehr im Verhältnis stehen, mögen ein solcher Mangel sein. Aber es gibt auch noch andere Mängel (Sehr richtig! rechts); z. B. die Moral oder vielmehr die Unmoral der Stichwahl. (Sehr richtig!) Wir haben es so oft erlebt, daß eine bürgerliche Partei bei Stichwahlen in den meisten Wahlkreisen verträglich mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machte (Hört! hört! rechts), und daß dieselbe bürgerliche Partei in anderen Kreisen es als einen Betrat im Vaterland und am Staat brandmarkte, für den Sozialdemokraten zu stimmen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Herr v. Payer ist so sehr böse gewesen über die „Nordd. Allg. Ztg.“, nun, die Wahlleitung im ersten Berliner Wahlkreis ist gar nicht bestrahlt gewesen, dieses „Wahlflugblatt“ geheim zu halten, aber hat sich gar der Ausdruck im Artikel der „Norddeutschen“ gekümmert. Ich war selbst Wähler in diesem Wahlkreis (Heiterkeit und Hört! hört!) und jeden Tag bekam ich an meine eigene Person adressierte und verschlossene Kuverts mit 5 Pf. beklebt, darin waren diese Wahlflugblätter zu Gemüte ziehen. (Heiterkeit.) Was hatte seine Zweifel an meiner Gesinnungsgültigkeit bei der Wahl zwischen dem Fortschrittswahlmann und einem Sozialdemokraten. (Große Heiterkeit.)

Nach dieser kurzen Abschweifung — ich sagte, unser Wahlrecht hat seine Mängel, ich nenne die Stichwahlen, nenne die mangelnde Vertretung der Minoritäten, überhaupt alle die Schäden, die aus einer

Uebertreibung des nackten Sozialprinzips

herdorgehen. (Hört! links.) Ja, wenn Sie alle diese Schäden mitheilen wollen, dann läßt sich ja über die Sache reden. Aber ich glaube, wer an diesem Wahlrecht andere Mängel als die der zahlenmäßigen Ungleichheit entdeckt und offen bekennet, der wird als Staatsverbrecher verurteilt. Und nur wer dem Götzen der reinen Zahl huldigt, der ist ein Volkstreu. (Hört! links.)

Sie wollen dann weiter die verfassungsmäßig bestehende politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unter einer rechtlich wirkamen Aufsicht des Reichstages stellen. Ich habe bisher nicht gewagt, daß in der Geschichte des Deutschen Reichstages je ein Fall vorkommen wäre, wo das Fehlen der Befugnis des Reichstages als ein schwerer politischer Mangel empfunden worden wäre. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag ist

eine Geburt der Doktrin.

(Sehr richtig! rechts.) Er ist gewissermaßen die Bewilligung von Parlamentarismen auf Vorrat. Von praktischem Wert könnte die Sache nur sein als Etappe auf dem Wege zur Parlamentarismus. Nur ein allein vom Kaiser und vom König von Preußen abhängiger Kanzler ist das notwendige Gegengewicht gegen das freieste aller Wahlrechte, das seinerzeit vom Fürsten Bismarck nur unter der Voraussetzung gegeben wurde, daß Bundesrat und Reichskanzler ihre Selbständigkeit behaupten. (Sehr richtig! rechts.) Der Wahltag der Sozialdemokraten und die Unklarheit der Orientierung der bürgerlichen Parteien untereinander ist kein Grund für, sondern nur ein Grund mehr (Lebhafter Beifall rechts), gegen alle Versuche Front zu machen, die Kompetenzen zwischen Kaiser und Reich, zwischen Bundesrat und Parlament zu verschleppen. (Weißfall rechts. Ruf von den Soz.: Nun gerade nicht!) Nun gerade nicht — ist ein Ausdruck, den ich auf diese Beweisführung nicht anwenden wollte; aber ich will Ihnen einen anderen Grund sagen, weshalb ich mich auch dagegen ausspreche. Mit solchen Experimenten, mit solchen

theoretischen Demonstrationen

heilen Sie nicht die Schäden unsers politischen Lebens. (Ruf v. d. Soz.: Die werden Sie gerade heilen!) In allen Schichten unseres Volkes und wie ich glaube, in allen Parteien, steht tief die Sehnsucht danach, unser Staatsleben mit großen Aufgaben zu erfüllen. Ziele zu setzen, um deren Erreichung sich der Kampf lohnt, die uns zwingen, unsere Kräfte abzulassen von den widerwärtigen Zankereien der letzten Jahre. (Sehr richtig! rechts.) Sie werden nach vorwärts zu rücken. (Stürmische Rufe v. d. Soz.: Vorwärts! Vorwärts! und lautes Lachen.)

Diese Aufgaben liegen aber nicht in der Richtung einer weiteren Demokratisierung. (Weißfall rechts. Gelächter auf der Linken.) Und noch eins möchte ich den Theoretikern zurufen: Deutschlands Lage in der Welt ist nicht unangenehm genug, als daß wir auf eine straffe Organisation verzichten könnten. (Sehr richtig! im Zentrum), der Friede in Europa ist niemals mehr gefährdet gewesen als dann, wenn Deutschland in Desorganisation verfiel. (Sehr richtig! im Zentrum) und das Vaterland war es, das dann mit einer Einbuße an Macht, an Ansehen und an Kultur büßen mußte. Wir brauchen eine Festigkeit und Stetigkeit in unserer Politik, ohne Spitzwagungen nach rechts und nach links. (Unruhe links. Rufe rechts: Ruhe!) Wir haben auch keinen Mangel an Aufgaben. Western ist von verschiedenen Rednern den Söhnen der Throne über die Sozialpolitik eine weite Interpretation gegeben worden. Mit vollem Recht! Es ist hingewiesen worden auf die Notwendigkeit, die selbständigen wirtschaftlichen Existenzen des Mittelstandes zu erhalten und zu vermehren. (Weißfall rechts und im Zentrum und auf den Banken der Nationalliberalen.) Es ist berührt worden die Wohnungsfrage, die Frage der inneren Kolonisation. Es ist hingewiesen worden auf den großen Komplex von Fragen, die mit dem Koalitionsrecht der industriellen Arbeiter in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben in Zusammenhang stehen. Es ist hingewiesen worden auf eine Verbesserung unseres Steuerwesens durch Monopole. Nicht alle diese Aufgaben gehören zur Kompetenz des Reiches, aber sie alle sind von gewaltiger Wichtigkeit für die Zukunft unseres Volkes, und wenn ein großer Teil von diesen Aufgaben auch noch nicht reif genug ist, um die Lösung sofort in die Hand zu nehmen, so wird einem arbeitsfrohen Reichstag doch nicht bange zu sein brauchen um Arbeitslosigkeit und um Stagnation; auch dann nicht, wenn diesem Reichstag gegenwärtig nur ein Pensum vorliegt, das in den zu gewärtigenden Gesetzesvorlagen und dem Staatsangehörigen-gesetz besteht und in der Wirtschaftspolitik nichts wesentlich Neues bringt. Aber das eine muß ich wiederholen: Wir werden diese große Aufgabe nur lösen können, wenn das Bürgertum den alten Hader vergißt, wenn es bereit ist, an die Erreichung großer Aufgaben auch große Mittel zu wenden, wenn es entschlossen ist, zur Verteidigung der hohen Güter, die wir in unserer bestehenden Staatsordnung besitzen, und wenn es sich bemüht bleibt, daß das ganze Bürgertum zugleich die Interessen vertritt, das mit denen die Millionen deutscher Arbeiter an das Vaterland geknüpft sind. (Weißfall im Zentrum.) Das Deutsche Reich kann weder reaktionär noch radikal regiert werden. (Unruhe rechts und links.) Wer das versuchen wollte, der würde den besten Teil des Volkes von der Mitarbeit ausschließen. Wenn von der einen oder anderen Seite die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien höher bewertet werden als die Gegensätze zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie, dann wird der Gegensatz konservativ und liberal vernichtet. Dieser Gegensatz ist notwendig und heilsam. Unheilvoll aber wäre es, wenn wir unsere Politik nach den Gegenpolen: Sozialdemokrat oder Reaktionär orientieren wollten. Ich würde gegen diesen Gegensatz mich stets mit aller Entschiedenheit aussprechen, ob es den Ultras recht ist oder nicht. Inner wirtschaftliches und geistiges Leben erfordert die Anpassung aller Kräfte unserer Nation! In früheren Epochen unserer Geschichte mag Zeit gewesen sein für querelle allemands (deutsche armselige Streitigkeiten), heute nicht mehr. Ein Staat, der seine

Tüchtigkeit durch Uneinigkeit lähmt, den wird die Weltgeschichte erbarmungslos zu Boden treten. (Lebhafter Beifall im Zentrum, schwacher Beifall rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Polen): Unser Programm beschränkt sich auf die Verteidigung der vitalen Interessen der polnischen Bevölkerung, die weder von den anderen Parteien noch von der Regierung verstanden und gewürdigt werden. Unser Volk ist ein tief religiöses, es zeichnet sich aus durch Arbeitsfreudigkeit und Unabhängigkeit an seine angestammte Scholle, es ist erfüllt von tiefem Selbstbewußtsein seiner nationalen Eigentümlichkeiten und verlangt von seinen Vertretern, daß die tief gefühlten Schäden, die seit Jahrzehnten auf ihm lasten, von ihm genommen werden. Im führenden Bundesstaat genügt es, daß jemand Pole ist, um für ihn ein Verbot auszusprechen, auf eigenem Grund und Boden ein Haus zu bauen. Ich brauche so etwas nur auszusprechen, um in der ganzen zivilisierten Welt einen Schrei der Entrüstung hervorzurufen. (Bravo! bei den Polen.) — Den Etat und die anderen Vorlagen werden wir unbefangenen prüfen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Die bedeutungsvolle Rede des Herrn Reichskanzlers hat erfreulichweise gezeigt, daß die Regierung mit aller Kraft gewillt ist, der Demokratisierung Deutschlands entgegenzutreten. Wir werden mit ihm für die

Aufrechterhaltung der kaiserlichen Macht

und der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Reichskanzlers und des Bundesrats eintreten. (Bravo! rechts.) Seinen Ausführungen stimmen wir vollständig bei und hoffen, daß sie auch im Volke großen Eindruck machen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Gegenüber den Ausführungen des Vordruckers möchte ich nur die feste Hoffnung aussprechen, daß auch bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages die Osmarke-zulage angenommen werden wird. Es wäre ein unglücklicher Zustand, wenn die preussischen Beamten in den Ostmarken die Zulage bekommen, aber die Reichsbeamten nicht. (Sehr richtig! rechts.) — Sehr bedeutungsvoll waren auch die geistigen kurzen Worte des Reichskanzlers über unser Verhältnis zu England. Die Voraussetzung einer wirklichen und dauernden Verständigung mit England ist aber, daß die Engländer begreifen, daß die Welt Raum genug bietet für Engländer und Deutsche. (Bravo! rechts.) Die Empörung über die Ablehnung der Erbschaftsteuer ist nur entstanden, weil man im Volke glaubt, wir hätten noch gar keine Erbschaftsteuer, während es sich doch nur um die Ausdehnung der schon bestehenden Steuer handelte. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts. Gelächter links.) Wir haben für diese Ausdehnung der Erbschaftsteuer getimmt, weil wir die unheilvollen Folgen ihrer Ablehnung voraussehen. Ohne diese Ablehnung wäre es nie zu 110 Sozialdemokraten im Reichstage gekommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Auch Herr Hund klagte über die unsoziale Finanzreform. Aber als wir seinerzeit die Nationalliberalen wissen ließen, wir und die Konservativen legen großen Wert auf ihre Mitarbeit und seien bereit, zu diesem Zweck die Liebesgabe herabzusetzen, sind die Nationalliberalen nicht darauf eingegangen. — Herr Payer betonte, daß der Wahlkampf dem schwarzen Blau Wohl galt. Das Resultat aber ist eine Stärkung des Einflusses des Zentrums, denn ein Block zwischen uns und den Liberalen, wie im vorigen Reichstag, ist in diesem nicht möglich; positive Arbeit ist jetzt nur noch mit dem Zentrum möglich. — Das ist das Resultat des liberalen Kampfes gegen den schwarzen Blau. (Sehr gut! rechts.) — Für die Haltung der Sozialdemokratie nach den Wahlen ist ja bezeichnend, daß an Stelle des Abg. Webel der Abg. Frank Staatsredner wurde; aber nach ihm kommt noch Herr Ledebour, bei dem die Illusionisten und Mittläufer wohl nicht so auf ihre Rechnung kommen werden. (Heiterkeit rechts.) — Die Sozialreform darf nicht bei den Arbeitern Halt machen, sondern sie soll sich auch auf den Mittelstand erstrecken. (Zustimmung rechts.) — Unsere Wirtschaftspolitik muß den Reuten wohl mehr Vorteile bringen, als Herr v. Payer hier wahr haben wollte; denn in den Wählerzusammensetzungen sprach die Liberalen keineswegs von einer Herabsetzung der Wirtschaftspolitik. (Widerspruch bei der Volkspartei.) Wir werden unbedingt an der Bismarckschen Wirtschaftspolitik festhalten, der wir den ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands verdanken. (Bravo! rechts.)

Den Ausführungen des Abg. Grafen Bismarck über den Terrorismus der Sozialdemokratie stimme ich durchaus zu. Es ist eine unverzeihliche Schwäche, daß dagegen nicht früher eingeschritten worden ist. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Für und Recht die Sozialdemokratie außerhalb des Staates.

(Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Ruf: Aber wir sind da!) Deshalb können wir ihr ein Recht auf Vertretung im Präsidium nicht zuerkennen. Die Freisinnigen erinnere ich daran, daß sie 1907 über den Anspruch der stärksten Partei — damals war es das Zentrum — auf den Präsidenten anders dachten. (Sehr gut! rechts.) Wir müssen und werden mit der Zeit doch zur Sammlung der bürgerlichen Parteien kommen. Bisher hat die Staatsberatung den Mut und die Hoffnung nach dieser Richtung nicht verliert. Hoffentlich wird es gelingen (Ruf bei den Sozialdemokraten: Hoffen und Harren!), nachdem wir die Wirkung der Worte des Herrn Reichskanzlers in der Öffentlichkeit wahrnehmen werden. Die Zukunft wird uns recht geben. Auch unser Wahlanspruch ist der Fortschritt. (Große Heiterkeit links.) Wir sind eine Partei des Fortschritts auf konservativer Grundlage. (Erneute große Heiterkeit links. Bravo! rechts.)

Abg. Eigentat Mumm (Wirtsch. Vg.): Die Wahlen haben die Konservativen und die Wirtschaftliche Vereinigung nicht zertrümmert. (Heiterkeit links.) Wir müssen im Parlament praktische Arbeit treiben. Die Stunde fordert von uns den Kampf gegen die soziale Revolution und für die soziale Reform, nicht mit Ausnahmegeboten, sondern mit Geist und Kraft. (Heltig gestikulierend, ruft der Redner:) Es gilt den Kampf gegen die äußerste Rechte. (Schallende Heiterkeit.) Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat eine einigende Kraft. Männer wie Lehrens, Giesberts, Weder (Ironische Rufe links und rechts) sind Ihnen (zu den Sozialdemokraten) sehr unbekannt. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und ihr Kuffrig beweist, daß die Sozialdemokratie nur

eine vorübergehende Erscheinung

ist. Kann man mit einer Partei zusammenarbeiten, deren Vertreter Scheidemann die konservative Politik eine Scherbenliste gedrohter Ehrenworte nannte, der sagte, vom preussischen Wappentier seien nur heil geblieben die Krallen und der große preussische Schnabel. (Große Heiterkeit), der vom Kaiser als Wilh. sprach und ihn dem Erschütterer des Hauses preisgab. (Erneute große Heiterkeit.) und die bekannte Äußerung über die Hohenzollern hinausfügte. Zu einer solchen Partei kann auch die beste Drehscheibenpolitik keine Brücke schlagen. Die Revisionisten haben nur eine andere Taktik als die Radikalen, nicht ein anderes Ziel. Wir ist ein christlicher Radikaler lieber als ein Revisionist, der seine Versammlungen mit einem Choral eröffnet. (Schallende Heiterkeit links und rechts: Wo?) Das geschah von dem früheren Abgeordneten Sebering. Aber trotzdem ist in seinem Wahlkreis die rote Fahne niedergeholt. — Wir treten ein für den Ausbau der Sozialpolitik und für die innere Kolonisation. Vodenständig macht nicht rückständig, wie die Sozialdemokratie meint, sondern selbständig. Ebenso notwendig ist eine wirksame Mittelstandspolitik. Das Gerichtsverfahren muß überall nach dem Muster der Gewerbegerichts beschleunigt werden. Sehr viel zur Erwitterung des Volkes trägt auch eine gewisse Pressefreiheit bei. Das Berliner Tageblatt sollte auf den Bahnhöfen verboten werden. (Große Heiterkeit links.) Von innen heraus muß die Sozialdemokratie enturzelt werden; in diesem Sinne begrüße ich die Rede des Reichskanzlers. Und sehen

am höchsten die unabweigbaren Kräfte des Volkes. In diesem Zusammenhang möchte ich fragen, wie es mit dem internationalen Kampf gegen den Schmutz in Wort und Bild steht. „Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderb.“ (Sprachwörterbuch.)

Hr. Abgeordneter v. Schele (Welfe): Ich bin mit dem Staatssekretär einverstanden, daß Anleihen nur zu zweckmäßigen Zwecken aufgenommen werden dürfen. — Ueber die Reichsversicherungsordnung, speziell über die Festhaltung der Altersgrenze von 70 Jahren, sind nicht nur Sozialdemokraten enttäuscht. Gegen die Beschimpfungen und Verleumdungen durch den Reichsriegelverein muß ich meine Freunde in Schutz nehmen; wir verbiten es uns, als Reichsfeinde und Hochverräter hingestellt zu werden. Wenn wir verlangen, daß Hannover wieder als selbständiger Bundesstaat dem Reich eingegliedert werde, kann uns das niemand verbiten; natürlich muß dies auf gesetzlicher und verfassungsmäßiger Wege geschehen. Gegen den Umsturz der göttlichen Weltordnung, der 1866 von oben verübt worden ist, werden wir nie aufhören zu protestieren.

Hr. Graf Besadowsky (v. I. Fr.): Ich möchte meine kurzen Ausführungen mit dem Wunsch beginnen, daß alle Wahlaufrufe und Artikel des letzten Wahlkampfes vernichtet würden. Denn wenn einmal ein künftiger Tacitus der deutschen Geschichte Personen und Verhältnisse unseres Vaterlandes nach diesen Wahlaufrufen beurteilen würde, würden die leitenden politischen Männer etwa die Charakterrolle bekommen von gewissen römischen Kaisern (Sehr gut), und es würde sich ein völliges Berrbild ergeben. Wir brauchen mehr unabhängige Männer, die den Mut haben, der Menge die Wahrheit zu sagen. (Sprachwörterbuch.) Dies sozusagen die Umschreibung des Volkes, dies Rütteln mit Versprechungen, die nicht realisierbar sind, ist eine Gefahr für unser Volk. (Sprachwörterbuch.) Die von dem Herrn Reichssekretär aufgestellten Grundzüge kann ich mir mit Freuden begrüßen. Redner erörtert ausführlich die Ursachen des früheren Niedergangs der Finanzen. Nun werden neue Steuern verlangt zur Deckung einer neuen Militärvorlage. Ueber die Verdrängung einer Militärvorlage im einzelnen kann ein Laie unmöglich urteilen. Es gibt nur zwei Standpunkte einer solchen Vorlage gegenüber. Entweder man hat Vertrauen zur Militärverwaltung, dann muß man bewilligen, was die Sachverständigen verlangen, oder man hat kein Vertrauen zu ihr, dann muß man logischerweise die ganze Vorlage ablehnen.

Die Vorkammer bleibt das Rückgrat unserer Landesverteidigung; das Schicksal Deutschlands wird noch immer an den trockenen Grenzen im Osten und Westen entscheiden. Wenn nun neue Steuern notwendig werden, so werden wir jedenfalls neue Zugeständnisse bewilligen müssen. Es ist Tatsache, daß die Steuerbelastung in Deutschland schon recht hoch ist. (Sehr richtig! links.)

Die Militärvorlage ist eine Art Versicherung, und dabei muß nach meiner Meinung der weitaus größte Teil der Lasten zu verfahren werden, und das sind die besitzenden Klassen. (Lebhafte Zustimmung links.) Natürlich darf man der unheilvollen Waise nicht vorreden, daß etwa die besitzenden Klassen allein imstande wären, die Lasten des Reichs zu tragen. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb kann man nicht für alle Zukunft sagen, wir können keine indirekten Steuern mehr erheben. Aber wie jetzt die Sache liegt, ist das eine Anstandsfrage der besitzenden Klassen, nach dieser Belastung mit indirekten Steuern eine Vorleistung zu geben. (Sehr richtig! links.) Der englische Minister Churchill hat vor kurzem gesagt: Wenn es sich um die Landesverteidigung handelt, werden alle Klassen der englischen Gesellschaft bereit sein, die Mittel aufzubringen — selbst die reichsten. (Stürmische Heiterkeit.) Ich glaube, das deutsche Volk wird, wenn es darauf ankommt, hinter dem englischen Patriotismus nicht zurückbleiben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Selbst die Reichsteil! — Heiterkeit.)

Wenn etwas anderes, auf unsere diplomatischen Posten dürfen nur Männer kommen, die unzweifelhaft der Höhe ihrer Aufgabe entsprechen. (Lebhafte Zustimmung links — Rufe: Namen nennen! — Heiterkeit.) Nomina sunt odiosa! (Namen nennen ist verboten!) (Große Heiterkeit.) Allen politischen Fragen liegen wirtschaftliche Fragen zugrunde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir deshalb ganz egal, ob ein Diplomat weiß, welcher Vertrag irgendwo vor Jahrhunderten abgeschlossen ist, aber es ist sehr wichtig, daß niemand einen einflussreichen diplomatischen Posten bekommt, der nicht außer gründlicher Kenntnis des eigenen und fremden Staatsrechts auch ein gründlicher Kenner volkswirtschaftlicher Verhältnisse ist. (Sehr richtig! links.) Für unsere Handelsverträge wäre es sehr wichtig, wenn unsere Vertreter in den fremden Ländern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Länder so genau kennen würden, daß sie den dorthin kommenden deutschen Vertretern wirkliche Berater sein können. Die Repräsentation ist gegenüber den großen Fragen unserer Zeit vollkommen lebensfähig. (Sehr richtig! links.)

Ran zur Sozialdemokratie. Auch von ihr gilt: quod nullum est nullum producit effectum. (Was nichts ist, bringt keine Wirkung hervor.) Das ungeheure Wachstum der Sozialdemokratie ist nicht das Werk ihrer Führer, das würde eine Ueberhöhung der Persönlichkeiten dieser Führer sein. Die Sozialdemokratie ist in langen Zeiträumen allmählich unter der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft emporgewachsen, und wenn sie in Deutschland größere Bedeutung wie in irgendeinem anderen Lande erhalten hat, so tragen Regierung und bürgerliche Gesellschaft gleichzeitig ein erhebliches Teil der Schuld. (Hört! hört! links.) Man hat zu lange Zeit vergehen lassen, ehe man sich um das Los der ärmeren Volksklassen wirklich gründlich kümmerte. (Sehr wahr! links.) Zweifellos ist es eine unbedingte Aufgabe des Staates, Ruhe und Ordnung, sowie auch die Rechtsphäre jedes einzelnen Arbeiters zu schützen, ohne alle Sentimentalitäten. Aber eine Partei, die 4 1/2 Millionen Wähler zählt, kann man mit Gewalt allein nicht überwinden. Das ist eine Richtung, durch die wir jetzt hindurch müssen; Gedanken sperren man nicht ein, und Gedanken sperren man nicht aus. Die Gewaltpolitiker sind im großen Irrtum. Eine solche Bewegung heißt man nicht mit Solinger Klängen, sondern nur mit solonischer Weisheit. (Heiterkeit.) Der Revisionismus ist für die bürgerliche Gesellschaft und den monarchischen Staat gewiß ebenso gefährlich wie der Radikalismus, aber er hat doch seine Bedeutung in der Entwicklung. Als die bürgerlichen Sozialdemokraten für den Etat stimmten, schrieb eine konservative Zeitung, das wäre bedauerlich, denn dadurch würde die Sozialdemokratie für die bürgerlichen Parteien bündnisfähig. Ich halte diesen Standpunkt für unrichtig. Ich bedaure es immer, wenn die Sozialdemokratie sich gegenüber der Masse die Zeremonie erlaubt, gegen den Etat zu stimmen; denn würde er wirklich abgelehnt, so würden Millionen von Arbeitern dadurch schwer geschädigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie muß durch den Revisionismus hindurch, um sich wieder in der bürgerlichen Gesellschaft gleichzeitig einen erheblichen Entwicklungspunkt zu schaffen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine phantastische Ausgeburt der Bureaucratie, zu denken, daß an Stelle der vielen bürgerlichen Unternehmer der Staat als Generalunternehmer eintreten könnte. Es wäre die wichtigste Aufgabe der bürgerlichen Parteien, die Massen von der Unerfüllbarkeit dieses Programms zu überzeugen. Aber um Aufklärung muß es sich handeln, loskämpfen auf die Sozialdemokratie hat keinen Zweck, dadurch macht man aus Eisen nur Stahl.

Die liberale Partei scheint ja aus falschen Rücksichten Fühlung mit der Sozialdemokratie genommen zu haben. Ich glaube, sie hat hierbei auf das falsche Pferd gesetzt, denn die radikalere Partei überwindet stets die weniger radikale. Der liberale Ge-

danke in Deutschland hat an Schwere verloren, weil er auf dem Markt der öffentlichen Meinung von der Sozialdemokratie überboten wird und eine unheilvolle Menge diese Ueberbietungen glaubt. Die liberale Partei sollte sich mit den übrigen vereinen, um die sozialdemokratischen Massen über die Unmöglichkeit des wirtschaftlichen Programms der Sozialdemokratie aufzuklären.

Unter den Anträgen befindet sich auch einer auf Einführung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes. Ein solches Gesetz wäre nur geeignet, die Minister zu ausführenden Agenten der jeweiligen Mehrheit zu machen. Die Herren, die den Antrag einbringen, sollten doch genau beschreiben, was ein politisches Verbrechen ist. Wenn wir 1866 den böhmischen Feldzug verloren hätten, was wäre wohl aus Bismarck geworden, wenn wir damals ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gehabt hätten, und wäre Bismarck etwa bei unglücklichem Ausgang des böhmischen Feldzuges ein weniger großer Staatsmann gewesen? Die parlamentarische Macht einer gleichgebenden Versammlung beruht nicht auf geschriebenen Buchstaben, der Einfluß des Parlamentes beruht vielmehr auf dem politischen Augenmaß seiner Führer, auf ihrer politischen Weisheit und auf der Selbstbeschränkung von Forderungen, die mit dem Interesse des Staates vereinbar sind. (Lachen links.) In einem sozialdemokratischen Handbuch steht: Kaiser Bismarck war ein deutscher Ministerpräsident, der durch das deutsche Volk zum Heroen aufgepußt wurde. Ich wünschte, es möchten uns Männer erheben, die in unserer Zeit politischer Kraftigkeit zum „Heros aufgepußt“ werden könnten. (Zustimmung rechts.)

In Wahlversammlungen und in der Presse sind auch heftige Angriffe gegen das allgemeine Wahlrecht gerichtet. Wenn wir heute freie Hand hätten, würden wir wohl selbst in diesem Reichstag das allgemeine Wahlrecht kaum annehmen. Aber es ist politisch gefährlich, fortgesetzt Angriffe gegen das Wahlrecht zu richten, denn hinter diesen Angriffen steht keine Tat und kann keine stehen. Ich habe noch nie einen Antrag von irgend einer Seite des Reichstages gesehen, der eine Änderung des allgemeinen Wahlrechts verlangt. Zu den Anträgen über die Veränderung der Wahlkreisinteilung meine ich, daß die Vertretung großer politischer Interessen eines Landes nicht nach einem Divisionsexempel geschehen kann. Ich halte es für bedauerlich, daß in Deutschland jeder fünfte Mensch ein Großwähler ist. Würden wir bei der Vertretung nur ein Divisionsexempel machen, es würden die Interessen des Landes und der kleinen Städte aufs Schwerste leiden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Bei der Vertretung politischer Interessen kommt es nicht nur auf die Zahl an, sondern es muß auch die Fläche eine Rolle spielen.

Bei der Schwierigkeit unseres politischen Lebens, wo eine sichere Majorität nicht vorhanden ist, müssen wir unsere Aufgaben auf das Dringendste beschränken. Der Reichsanwalt sprach über die Anbahnung besserer Beziehungen zu England. Das ist sehr erfreulich. Aber England muß unserer sich fast vermehrenden und sehr arbeitstätigen Bevölkerung freien Raum geben. Wenn wir auf einem solchen Wege zu einer Verständigung mit England gelangen, dann kann vielleicht der Moment kommen, wo wir unsere Klümpchen einstellen, und die großen Summen dafür für Kulturausgaben auswenden können. (Beifall.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Sozialdemokratische Anträge im Reichstage.

I. Am Donnerstag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die zweite Serie Anträge eingebracht:

1. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Steuern und Verbrauchsalgaben auf Streichholz, Petroleum und Salz durch eine Reicheinkommensteuer auf Einkommen von über 8000 M. oder durch eine Steuer auf Nachlässe von über 20000 M. ersetzt.

2. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage mit großer Beschleunigung eine Novelle zum Gesetz betreffend die Schlachtrich- und Fleischbeschau vom 8. Juni 1910 vorzulegen, durch welche die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch, Wachsenfleisch und Wurst ermöglicht wird.

3. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den eine obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen durchgeführt wird.

4. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das gesamte Schulwesen des Deutschen Reiches auf der Grundlage der Einheitlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt.

5. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Arbeitsrecht der Privatangestellten (Handlungsgehilfen Bureauangestellten, Techniker, Werkmeister und anderer Angestellter) nach folgenden Grundzügen geregelt wird:

1. Sinnemäßige Ausdehnung aller für einzelne Kategorien vor Angestellten bereits durch Handelsgesetzbuch und Gewerbeordnung eingeführten Schutzvorschriften auf sämtliche Angestellte;
2. obligatorische Weiterzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle bis zum Ablauf der Kündigungsfrist und während militärischer Pflichtübungen bis zu acht Wochen; Erhöhung des pfändungsfreien Einkommens auf 2500 M.;
3. Verbot des Kost- und Logiswesens; monatliche Mindestfrist für Kündigung von Dienstwohnungen;
4. Sicherung der Dienstkonten;
5. Anspruch auf jederzeitige Ausstellung eines Zeugnisses über die Tätigkeit in einem Spezialfach;
6. Verbot und Nichtigkeit der Konkurrenzklausele;
7. Sicherung des Anspruches auf Statisfikationen, Lantimen usw. für den Fall der Kündigung vor dem gewöhnlichen Kündigungsfristtermin, Nichtigkeit solcher Vereinbarungen, durch die das Gehalt während der Kündigungsfrist gemindert oder ausgesetzt wird;
8. volle Koalitionsfreiheit;
9. Eigentumsrecht an Erfindungen und Sicherung eines angemessenen Anteils am Ertrage derselben;
10. Errichtung von Angestelltenausschüssen, deren Mitglieder in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl zu wählen sind, in Betrieben mit mindestens 10 Angestellten; Einführung von Arbeitsordnungen für diese Betriebe;
11. tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden, 24stündiger ununterbrochener Ruhetag in der Woche, der den Sonntag einschließt, sofern das die Aufrechterhaltung des Betriebes gestattet; Kantor- und Bureauabschluss um 7 Uhr abends; Schluß der offenen Verkaufsstellen um 8 Uhr abends; 12stündiger ununterbrochener Ruhetag von Arbeitende bis Arbeitsbeginn; zusammenhängender Sommerurlaub von 14 Tagen unter Gehaltsfortzahlung nach einjähriger Beschäftigung;

12. Hygienische Vorschriften für die Arbeitsräume;
13. Ausdehnung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte auf sämtliche Angestellte;
14. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Angestellten durch Anstellung besonderer Beamten unter Zugleichung der Angestellten.

6. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner dadurch möglichst bald zu regeln, daß diese Verkehrsbediensteten der Gewerbeordnung unterstellt werden. Im einzelnen wird für diese Regelung mindestens gefordert:

1. Der tägliche Achtstundentag;
2. eine regelmäßige 24stündige Ruhezeit in der Woche;
3. freies Koalitionsrecht und
4. staatliche Gewerbeaufsicht für das gesamte Fahrpersonal der Straßenbahnen.

7. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung eine Bundesratsverordnung zu erlassen, welche Bestimmungen zum Schutze der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter vorschreibt, vor allem Anordnungen trifft über:

1. Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages (§ 120f der Gewerbeordnung) für alle Betriebsabteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden;
2. Einschränkung der Ueberzeitarbeit und Verbot der überlangen Beschäftigungen;
3. Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Festtagen Beschäftigten;
4. Verbot der Ueberarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen zu hantieren haben;
5. Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Verarbeitung von giftigen, feuergefährlichen und explosionsfähigen Stoffen sowie über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter;
6. Normalvorschriften für sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speisräume;
7. ständige Untersuchung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Organe;
8. Zugewinnung von Arbeiterkontrolleuren zur Mitüberwachung der Arbeiterzahl- und Unfallverhütungsvorschriften.

Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher Bestimmungen zum Schutze der in Hochöfen-, Bessemer-, Thomas-, Martin-, Puddel-, Walz-, Hammer- und Presswerken sowie anderen Bessemerungsbetrieben der Hüttenindustrie beschäftigten Arbeiter enthält und insbesondere vorschreibt:

1. Eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag;
2. für Beschäftigten die Festsetzung einer ununterbrochenen Ruhezeit von 16 Stunden;
3. Einschränkung der Ueberarbeit; dieselbe ist in der Regel auf Arbeiten zur Fortsetzung des Betriebes oder zur Sicherung gegen Unfälle und zur Rettung von Menschenleben zu beschränken;
4. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften. Den mit der Aufsicht der Hüttenbetriebe betrauten Gewerbeaufsichtsbeamten ist polizeiliche Strafbefugnis zu gewähren. Verbot selbständiger Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Befehle an allen mit elementarer Kraft betriebenen Maschinen, die besondere Betriebsgefahren bieten; Verbot der besonders gesundheitsgefährlichen Frauenarbeit;
5. Bestimmungen über Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Trinkwasserzufuhr, Wasch- und Ankleideräume, Speise- und Aufenthaltsräume und Bedürfnisanstalten;
6. Sicherstellung des Arbeitslohnes bei Ueberarbeiten und Befreiung des Prämienrechts.

Das Reichsamt des Innern wird ersucht, bei der Ausarbeitung solcher Bestimmungen Hüttenarbeiter oder deren Vertreter gutachtlich zu hören.

8. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Reichsversicherungsoverordnung so geändert wird, daß

1. den Versicherten in den Ortskrankenkassen ein Selbstverwaltungsrecht in dem Umfang gegeben wird, wie es im Krankenversicherungsgesetz gegeben war;
2. die Versicherungsämter selbständige Behörden werden;
3. die Versicherungsvertreter und Beisitzer bei den Versicherungsbehörden von den Versicherten und den Unternehmern in getrennten Wahlgängen mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden;
4. die Krankenversicherung auf alle Angestellten mit einem Jahresgehalt von weniger als 5000 M. ausgedehnt wird;
5. in allen Versicherungszweigen der volle Arbeitsverdienst der Versicherten zugrunde gelegt wird;
6. allgemeine Ortskrankenkassen die alleinigen Träger der Krankenversicherung werden;
7. Erleichterung zur Erlangung und Erhöhung der Bezüge, insbesondere:
 - a) größere Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen;
 - b) Erklärung der sogenannten Gewerbekrankheiten einschließlich der klimatischen Krankheiten der Seeleute als Betriebsunfall;
 - c) Erleichterung zur Erlangung der Invalidenrente;
 - d) Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 65. Lebensjahres;
 - e) Erhöhung der Hinterbliebenenrente;
8. eine andere Verteilung der Lasten durch größere Beteiligung von Reichsmitteln herbeigeführt wird.

Eingegangene Druckschriften.

- Welche Rechte hat das uneheliche Kind und seine Mutter? Von H. Burgemeister. Seligverlag v. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, 1/10 B.
- Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Erläutert von Dr. H. Bergmann. 16 B. D. Verlag, Berlin SW. 29.
- Demokratie und Sozialismus. Von R. Grimm. 20 Bf. Bildungsanstalt der Arbeiterunion in Zürich.
- Genetische Fragen. Eine Erwiderung von F. Deltich. 75 Bf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
- Militärtribunal kontra Kammergerichtshof in der Wäre des Oberst Hüger. Von Dr. Lehmann-Döberberg. 50 Bf. Reichsfort-Verlag in Weimar.
- Sturm und Drang. Dichtungen aus der Geneszeit. Herausgegeben von Dr. H. Frede. Goldene Klassiker-Bibliothek. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57. Vier Teile in zwei Bänden 5 Bf.
- Der Handwerker. Nr. 6. Wochenchrift für den geistlichen Bereich mit Kindern. Herausgegeben von E. Otto. Viertel. 1/60 Bf. Verlag Gebhardt, Leipzig. 21.
- Der Kulturpiegel. Heft 4. Verlag des Kulturspiegels, München, 75 Bf.

Heute letzter Tag

urserer

39 Pf.-Woche

Artikel von hervorragender Preiswürdigkeit

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Wurstwaren

- Cervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.20**
- Schinkenwurst Pfund **1.20**
- Thüringer Knoblauchwurst Pfund **1.20**
- Teewurst Pfund **1.10**
- Hausmacher-Leberwurst Pfund **95 Pf.**
- Landleberwurst Pfund **75 Pf.**
- Rotwurst I Pfund **78 Pf.**
- Zwiebelleber- od. Rotwurst Pfund **48 Pf.**
- Nusschinken Pfund **1.10**
- Schinkenspeck Pfund **95 Pf.**

Kaffee Pfund **1.30, 1.40**

Obst u. Gemüse

- Apfelsinen Dutzend **18, 25, 35 Pf.**
- Blut-Äpfel Dutzend **25, 35 Pf.**
- Amerikaner Äpfel Pfund **18, 25 Pf.**
- Essäpfel Pfund **15 Pf.**
- Kochäpfel Pfund **15 Pf.**
- Blumenkohl Kopf **5, 10, 15 Pf.**
- Kohlrüben Pfund **4 Pf.**
- Rhabarber Bund **9 Pf.**
- Brat- o. Bismarckheringe Dose **42 Pf.**
- Lachs in Stücken Pfund **75 Pf.**

LEBENS-MITTEL

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusage ausgeschlossen

- * **Kassler** Pfund **72 Pf.**
- * **Hühner** **1.45, 1.95**
- * **Speck** fett Pfund **63** mager Pfund **73 Pf.**
- * **Mandarinen** Pfund **17, 25 Pf.**
- * **Bananen** Pfund **25 Pf.**

Frisches Fleisch

- | | |
|--|---|
| Schmorfleisch Pfund 80, 90 Pf. | Koteletts Pfund 80 Pf. |
| Fehrippe o. Querrippe Pfund 75 Pf. | Kamm o. Schuft Pfund 80 Pf. |
| Kamm oder Brust Pfund 70 Pf. | Bauch Pfund 65 Pf. |
| Roulade Pfund 95 Pf. | Kalbskeule im Ganzen Pfund 90 Pf. |
| Roastbeef mit Knochen Pfund 85 Pf. | Kalbsnierenbraten Pfund 90 Pf. |
| Goulasch Pfund 65 Pf. | Kamm o. Brust Pfund 85 Pf. |
| Schweineschinken im Ganzen Pfund 70 Pf. | Bug Pfund 75 Pf. |

Kolonialwaren

- Victoria-Erbisen Pfund **21 Pf.**
- Erbisen (geschält) Pfund **25 Pf.** (halbe) Pfund **23 Pf.**
- Linsen Pfund **20, 25, 30 Pf.**
- Bohnen (weisse) Pfund **22 Pf.**
- Reis Pfund **19, 23, 28 Pf.**
- Gries Pfund **20, 23 Pf.**
- Gemischte Marmelade Pfund **28 Pf.**
- Zucker-Honig in dekorierten Dosen ca. 2 Pfund **85 Pf.**
- Bienen-Honig garantiert rein, Glas ca. 1 Pfund **95 Pf.**

Kakao Pfund **75, 95 Pf.**
Haushaltschokolade Pfund **68 Pf.**

Käse

- Emmentaler Käse Pfund **1.15**
- Schweizer Käse Pfund **85 Pf.**
- Tilsiter Käse Pfund **80 Pf.**
- Brie-Käse Pfund **55 Pf.**
- Limburger Käse Pfund **50 Pf.**
- Romatour-Käse Stück **29 Pf.**
- Land- o. Kuhkäse 2 Stück **35 Pf.**
- Spitzkäse 3 Stück **25 Pf.**
- Camembert Stück **20 Pf.**
- Aale Bund **45 Pf.**
- Bücklinge 5 Stück **18 Pf.**

SIMPLI

FABRIKATE

HERGESTELLT VON DER FIRMA
SAROTAT BERLIN

SIMPLI-KAKAO

Pfund 1.30 Mark

SIMPLI-SCHOKOLADE

Rippel & Co., Total von 6 Rippen 40 Pf.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom Freitag, den 16. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Oberlandforstmeister Wesener.

Der Forstetat.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir meinen, daß sich eine Verpachtung der Staatsforsten in den Staatsforsten, auch durch die von der Regierung zugegebenen Holzschädigungen durch Bild nötig macht. Was wird doch für Gemeindeförderung bezahlt! Im Rheinland z. B. 5-10 M. pro Hektar.

Präsident v. Erffa: Das hätten Sie bei den Einnahmen vorbringen sollen.

Abg. Ströbel: Ich habe mich doch zur allgemeinen Besprechung des Forstetats gemeldet!

Präsident v. Erffa: Sie gibt nur beim Ministergehalt. Hören Sie bitte fort, aber beschränken Sie sich möglichst auf die Aufgaben.

Abg. Ströbel:

Wir wünschen Erhaltung der Wälder und ihren Schutz vor dem Wilde, nicht vor den Barbaren, die die Naturschönheiten nicht zu schätzen wissen. Barbarisch sind jene, die alles ihrem Jagdvergnügen unterordnen wollen. Ein Abschluß des Wildes ist also nötig, ich habe im Vorjahre eingehend darüber gesprochen. Die Forstbeamten sollten zum Abschluß des Wildes berechtigt und verpflichtet sein, hat es den herrschaftlichen Jagden vorzubehalten. Die gewaltigen Erträge des Wildschusses müssen restlos dem Fiskus zugute kommen. (Der Redner ist bei den lauten Unterhaltungen der Abgeordneten nur schwer verständlich.) Es handelt sich da um hunderttausende Mark. Selbst ein Sachverständiger in der „D. Tagesztg.“ erklärt, daß die Gutbesitzer usw. gern Hunderte Mark für Abschlußrechte in den Staatsforsten bezahlen würden. Man kann in der Tat von Millionen sprechen, die der preussische Staat hieraus gewinnen könnte — es handelt sich vielleicht um so viel, daß damit der Ausfall gedeckt würde, wenn die Einkommensteuer erst bei 1200 M. beginnen würde. Die preussische Regierung hat ja selbst schon 1882 diese Forderung erhoben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Rücksicht auf die Gemeinden, denen die Jagdpachtentnahmen entgehen würden, wird nur vorgeschoben, denn 83 Proz. aller Forsten sind nicht im Staats-, sondern im Privatbesitz. Selbst Fachleute erklären, so im „Forstwirtschaftl. Zentralblatt“, daß das heutige System auch forstwirtschaftlich unheilbar ist, so daß die Oberrechnungskammer sich schon zu Beanstandungen veranlaßt gesehen hat. Von Deuten, denen Sie (nach rechts) unmöglich Sachkunde abspreschen können, von aktiven Forstbeamten höheren Ranges, wird dem heutigen System nachgelagt, daß es zum Nachteil des Staates Privatpächtern hochgestellter Leute dient. Ein Oberförster schrieb in der „Frankfurter Ztg.“, daß heute die Beamten geradezu an einem hohen Wildstand interessiert seien, weil sie daraus Einnahmen ziehen können, die dem Staate verloren gehen. Er spricht da von einem

finanzpolitischen Verbrechen.

modurch es verhindert wird, daß aus den Staatsforsten die möglichen Erträge herausgeholt werden — ganz abgesehen von dem ungünstigen Einfluß dieses Systems auf die Beamten selbst. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Würden auf diese Art die Erträge der Forstverwaltung gesteigert, so könnte und müßte sie Gelände am Rande der Großstädte, wie Berlin, zu wichtigen Preisen den Gemeinden überlassen, um sie in die Lage zu versetzen, eine großzügige gemeinnützige Wohnungspolitik zu treiben. Meine vorjährige Anfrage, was mit den Geländen der Forstverwaltung in der nächsten Nachbarschaft Berlins geschehen soll, ist noch nicht beantwortet worden. Man spricht davon, daß diese Gelände nicht an die Stadt Berlin verkauft, sondern nur verpachtet werden sollen, und zwar für 3 Millionen Mark. Das wäre eine geradezu unerhörte Summe. Die Städte zahlen in Preußen 257 Millionen von den 397 Millionen, die die Einkommensteuer überhaupt trägt. Berlin allein bringt 63 Millionen Staatssteuer auf bei 80 Millionen, die von dem ganzen flachen Lande aufgebracht werden. Berlin muß jetzt den Gemeindefiskuszuschlag auf 110 Proz. erhöhen und es wird ihm infolge seiner Schulden usw. immer schwerer, sozialpolitische Maßnahmen zu treffen. Um so mehr sollte der Staat die Pflicht erfüllen, der Hauptstadt die Durchführung einer großzügigen Wohnungsreform zu erleichtern. (Sehr richtig! links.)

Ich möchte nun einige Ausführungen über die

Lage der Forstarbeiter

machen. Das, was für diese geschehen ist, ist trotz der Versicherungen des Landwirtschaftsministers äußerst wenig, denn die Löhne sind in der Tat sehr niedrig. Sie betragen für Männer 1,40 bis 1,80 M., für Frauen 1 M. bis 1,80 M. und der Höchstlohn für Männer, der aber nur einem winzigen Bruchteil der Forstarbeiter zugute kommt, beträgt 3,22 M. Die Besserung gegen 1910 ist keineswegs irgendwie nennenswert, und es ist so, daß sich die Männer bei dieser langen Arbeitszeit und schweren körperlichen Arbeit mit einem Stundenlohn von 19 bis 32 Pf., die Frauen sogar mit 10 bis 20 Pf. begnügen müssen. Auch die Akkordlöhne sind außerordentlich niedrig. Sie machen einen Tagesverdienst von 2,28 M. bis 2,78 M. aus und der höchste Akkordverdienst beträgt nur 3,99 M. Es beweist gar nichts, daß sie immer noch Arbeiter finden, die zu solchen Bedingungen arbeiten. Das kann höchstens ein Beweis dafür sein, wie kulturwidrig unsere ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne der in den preussischen Staatsforsten beschäftigten Arbeiter sind durchaus niedriger als in den anderen Bundesstaaten. In Sachsen werden Löhne von 2,00 bis 6 M., im rechtsrheinischen Bayern und in Oesterreich von 4,80 M. bezahlt, in Baden und Elßaß-Lothringen kommen Löhne bis 6 M. und 7 M. vor. Sowohl die Akkordlöhne, als die Tagelöhne sind überall höher als in Preußen. Trotz einer Verfüzung der Forstverwaltung werden den Forstarbeitern immer noch Lohnzuschläge von 2 bis 4 Proz. gemacht. Die Arbeiter beklagen sich darüber, daß sie bei der Lohnfestsetzung nicht gehört und daß sogar ihre Anfragen nach der Bezahlung bestimmter Arbeiten nicht beantwortet werden, sowie darüber, daß sie gar nicht wissen, wofür ihnen Zuschläge gemacht werden. Wir fordern ein

Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auf die Arbeitsbedingungen.

Man kann hier von Süddeutschland auherordentlich viel lernen. In Bayern gibt es Arbeiterausschüsse, dort haben die Arbeiter auch festes Koalitionsrecht. Wir wissen allerdings nicht, wie das jetzt beim Ministerium Dersching werden wird. Es ist ja möglich, daß das neue Zentrumministerium seine Hauptaufgabe darin erblicken wird, den Arbeitern die Organisationsfreiheit zu nehmen. Die Geschichte der Auflösung des bayerischen Landtages ist ja bezeichnend dafür. (Sehr wahr! links.) Bei uns in Preußen ist jedenfalls von der süddeutschen Koalitionsfreiheit keine Rede. Der Landwirtschaftsminister hat ja zumore erklärt, daß sozialdemokratische Agitationen und Stiftung von Unfrieden nicht geduldet werden. Wenn ein Arbeiter dafür eintritt, daß sein Lohn aufgebessert wird, daß die Arbeiter ihre Interessen gegenüber der Behörde vertreten können, dann wird das einfach als Störung von Unfrieden hingestellt! Die fortschreitende Entwicklung wird der preussischen Regierung schon das sozialpolitische Verständnis beibringen, daß wenn sie als Unternehmerr auftritt, sie auch den Arbeitern ihr Recht lassen muß. (Nach rechts.) Von Ihnen erwarten wir allerdings nicht, daß Sie hierbei behilflich sind, wir kennen ja Ihre Feindschaft gegen das Koalitions-

recht! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn, wie der Minister im Vorjahre erklärt hat, sich auch einzelne Arbeiter Verbesserungen ausfinden können lassen, so will ich das nicht bestreiten, aber je eher diese Arbeiter sich an der Arbeiterbewegung teilnehmen werden, desto eher werden sie einsehen, daß sie unsozialistisch vorgehen. Wenn aber die Agrarier „angemessenen“ Verdienst fordern, die Beamtenorganisationen Gehalts-erhöhungen, dann werden Sie doch anerkennen müssen, daß auch die Forstarbeiter das Recht dazu haben müssen. (Sehr richtig! links. Nach rechts.) Wir haben feinerzeit für die Besoldungs-erhöhungen der Förster und Oberförster gestimmt, weil wir eine angemessene Bezahlung dieser Beamten für richtig halten, wir verlangen aber auch, daß die Forstarbeiter anständig behandelt und angemessen entlohnt werden. Hier können Sie beweisen, daß Sie Verständnis für die Notlage und die Bedürfnisse der Arbeiter haben! Die Pachtverträge, die die staatliche Forstverwaltung mit den Waldarbeitern abschließt, scheinen dazu gemacht zu sein, die Arbeiter zu zerschlagen. (Präsident v. Erffa: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch!) In den allgemeinen Bedingungen für die

Verpachtung von Grundstücken an die Forstarbeiter heißt es, daß für richtige Größe und Beschaffenheit der Pachtgrundstücke von der Behörde keine Gewähr geleistet wird. Das ist doch ungläublich! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auherordentlich hart ist es auch, daß die Pächter keinen Anspruch auf Entschädigung von Wildschäden, sowie auf Meliorationen haben, selbst dann nicht, wenn das Grundstück ohne Verschulden des Pächters vor Ablauf der Pachtfrist geräumt werden muß. Für ein so illoyales Vorgehen gibt es gar keine Rechtfertigung. Wenn der Landwirtschaftsminister gestern gesagt hat, daß die Anpflanzungsverträge der Landarbeiter auch in einem sozialdemokratischen Bureau hätten abgeschlossen werden können, so ist es ja sehr nett, daß der Minister das von Verträgen sagt, die er für gut hält. (Sehr gut! d. d. Soz.) Aber wenn er annimmt, daß solche Verträge uns die Wähler auf dem Lande und die Sympathien der Landarbeiter rauben werden, so irt er. Die Öffentlichkeit wird mit mir übereinstimmen, daß solche Verträge, die geradezu gegen die guten Sitten verstoßen, in Preußen nicht möglich sein sollten. (Sehr wahr! links.) Wir fordern eine ernsthafte Verbesserung der Löhne, die Befestigung dieses Pachtsystems, ausreichende Bekämpfung der Arbeitsbedingungen, eine Arbeitsordnung etwa so wie die württembergische, die Schaffung von unabhängigen Arbeiterausschüssen und vor allen Dingen unbeschränktes freies Koalitionsrecht. Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, haben wir ein Recht, Preußen auch auf diesem Gebiete als den rückständigsten Staat in ganz Deutschland zu bezeichnen. (Wahol! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Busch (Z.) (beim Betreten der Rednertribüne von dem Abg. Reinert (Soz.) mit dem Ruf „Koalitionsfreiheit“ empfangen): Herr Reinert, wenn Sie die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung objektiv studieren, dann werden Sie finden, daß gerade das Zentrum stets für die volle Koalitionsfreiheit eintritt. Allerdings haben wir nie den Terrorismus der Gewerkschaften gebilligt. (Ausrufe bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Ströbel: „Und Ihre Bundesgenossenschaft mit den Konterrevolutionären?“) Der Abg. Ströbel ist hier für die Forstarbeiter eingetreten; der Vorwurf, daß andere Parteien nichts für die Forstarbeiter tun, ist unberechtigt. Denn gerade das Zentrum hat sich stets von dieser Stelle aus für die Forstarbeiter im Zeug gesetzt. Im Gegensatz zu den vom Abg. Ströbel angeführten niedrigen Lohnsätzen der Forstarbeiter weiß ich aus Erfahrung, daß viele Tagelöhner 3 bis 5 M. täglich verdienen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die Arbeiter zu der Forstarbeit geradezu drängen. Durch solche Agitationen, wie sie die Sozialdemokratie treibt, wird man niemals die Staatsbehörden auf dem Wege weiterer Fürsorge vorwärts treiben können. Die ruhigen Arbeiter auf dem Lande haben viele Vorteile gegenüber den Arbeitern in den Städten. Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) wollen die Unzufriedenheit in die Arbeiterkreise hineintragen und sängen bei den Staatsarbeitern an. Abg. Ströbel hat auf das neue Zentrumministerium in Bayern hingewiesen; dies neue Ministerium ist freizeittlicher gesinnt, als ein sozialdemokratisches Ministerium an seiner Stelle sein soll. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an die Sieben, die beim „Vorwärts“ fliegen mußten, um zu zeigen, wie es in den Kreisen der Sozialdemokratie mit der Freiheit bestellt ist. Ihre Parole lautet: „Wer nicht pariert, der fliegt“. Solche Worte hört man vom preussischen Staate nun doch nicht in dieser kraffen Form. Sorgen Sie (zu den Sozialdemokraten) dafür, daß der christlich organisierte Arbeiter ruhig seiner Arbeit nachgehen kann, auf den Sie jetzt den stärksten Druck ausüben. Wir vom Zentrum sind für die Freiheit der Organisationen, bekämpfen sie aber in den Auswärtigen, wie sie durch die Sozialdemokratie entstehen. Wir in der Zentrumspartei sind dafür, daß die Waldarbeiter sich auf christlich-nationaler Grundlage frei organisieren können und eine gerechte Entlohnung beziehen. Sie (zu den Sozialdemokraten) untergraben jede Autorität, wir dagegen wollen wahren Fortschritt. (Weiß! im Zentrum.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Die Lage der Waldarbeiter ist durchaus nicht so traurig, wie sie Abg. Ströbel darstellt. Die Arbeiter arbeiten nicht dauernd jeden Tag im Walde, sie haben fast sämtlich noch Nebenberuf. Die Akkordlöhne sind von 94 Pf. im Jahre 1889 auf 1,40 M. im Jahre 1909, die Tagelöhne für männliche Arbeiter von 1,40-2,40 M. im Jahre 1901 auf 1,90-3,22 M. im Jahre 1910 und die Löhne der weiblichen Arbeiter in dieser Zeit von 80 Pf. bis 1 M. auf 1 M. bis 2,02 M. gestiegen. An einzelnen Stellen sind die Löhne noch höher, z. B. in der Oberförsterei Schwertin, wo sie im Durchschnitt 4,60 M. betragen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Die Forstverwaltung gibt den Arbeitern auch Vettel für Besohls und für die Viehwende, sowie Land zu besonders billigen Pachtpreisen. (Erneutes Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Es werden auch immer mehr Arbeiterhäuser gebaut. Meine Ansicht über die Koalitionsfreiheit der Forstarbeiter hat sich seit dem vorigen Jahre nicht geändert, auch nicht durch die Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie will nur die Arbeiter terrorisieren. Die Staatsregierung will ihnen volle Freiheit gewähren, die aber durch das Koalitionsrecht nur gefährdet würde. (Weiß! bei der Mehrheit. Zuruf von den Sozialdemokraten: Freiheit die ich meine!)

Abg. Ströbel (Soz.):

Der Minister glaubt meine Zahlen damit zu widerlegen, daß er gleich dem Abg. Busch erklärt, es gibt Arbeiter, die auch mehr verdienen. Aber nach der amtlichen Statistik selbst haben nur ganze 900 Arbeiter einen Durchschnittsverdienst von 3,22 M. bei zehnständiger Arbeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So lange Sie mir keinen Gegenbeweis gegen die amtliche Statistik liefern können, behaupte ich, daß meine Darstellung richtig und die des warmen Arbeiterfreundes Busch und des Landwirtschaftsministers gefährlich und unrichtig ist. Auch wenn die Waldarbeit nur Nebenbeschäftigung ist, muß sie doch angemessen bezahlt werden. Die Nebeneinnahmen aus dem Beerenlesen, dem Sammeln von Nadelholz sowie die billige Landverpachtung habe ich schon besprochen, Sie spielen gar keine Rolle. Die Nebeneinnahmen der Förster und Oberförster sind außerordentlich viel höher. Des Landwirtschaftsminister Erklärung kann nur so gedeutet werden, daß nun erst recht

dem Volke Troy geboten

werden müsse und der gewaltige, in den Wahlen zum Ausdruck gebrachte Wille nach Freiheit geknebelt werden soll. (Nach rechts und im Zentrum.) Hören Sie nur so fort, dann wird zu

unseren vier Millionen Stimmen bald die fünfte Million kommen! Die Auffassung des Landwirtschaftsministers, daß die Freiheit der Arbeiter gerade dadurch geschädigt werden könne, daß die Freiheit der Organisation unterdrückt wird, ist wirklich wunderbar! Das ist Vogelfreiheit für die Arbeiter und die Freiheit, daß jeder Arbeiter, der nicht nach der Weise der Vorgelegten tanzt, gemahregelt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für diese famose Freiheit haben allerdings die Waldarbeiter kein Verständnis. Sehr bezeichnend ist es, daß Abg. Busch für die Forderung billiger Ueberlassung von forstwirtschaftlichem Gelände an Berlin zur Verbesserung der Volksgesundheit und Volkswirtschaft nichts als einige Wägen übrig gehabt hat! Wir fordern, daß den Millionen Groß-Berlin durch den Fiskus Gelegenheit gegeben wird, vernünftige Wohnungsverhältnisse zu erhalten, damit die Bevölkerung nicht degeneriert. Wer kann etwas gegen diese Forderung haben? (Sehr wahr! links.) Ich habe ausgeführt, daß der Ausfall gedeckt werden müßte durch die Jagdverpachtungen. Aber die Bevölkerung der Großstädte wird es sich merken, daß Herr Busch sich darüber entrüstete, daß ich gesagt habe, dem Zweverband Groß-Berlin müßten bei den Geländeverpachtungen möglichst günstige Bedingungen gestellt werden. Abg. Busch hat behauptet, Berlin sei durch die Arbeit des Landes groß geworden. Wollen Sie bestreiten, daß die Entwicklung der Industrie der Städte den Landbewohnern, die keine Ernährungsmöglichkeit mehr fanden, diese gegeben hat? (Widerspruch rechts.) Darum haben auch die Großstädte Anspruch auf das Entgegenkommen der Landesbehörden, denn die produktive Arbeit der Großstädte kommt dem ganzen Lande zugute. Wir meinen aber, daß die große Masse des Volkes anständig bezahlt werden muß und daß nicht nur immer ein Druck auf den Minister ausgeübt werden soll, doch die Lage der

strohhaufstapelnden Großgrundbesitzer

zu verbessern (Weiterheit), sondern daß mit aller Energie dafür eingetreten werden muß, daß die große Masse des Volkes gehoben wird und der staatliche Forstbetrieb ein Musterbetrieb wird. Ist es bei der ungeheuren Vermögensvermehrung um 1250 Millionen jährlich, die sich 8000 Personen in Preußen leisten können, etwa ungebührlich, wenn wir verlangen, daß den Staatsarbeitern ein paar Pfennig zugelegt werden? Das wird nicht schlecht dabei fahren, als einzige in diesem Hause die Interessen der Volksmassen zu vertreten, haben die Reichstagswahlen bewiesen.

Abg. Busch hat von den sechs „Vorwärts“-Redakteuren gesprochen. Am die Redaktion eines Blattes kann nicht leutenär von ein paar Redakteuren gemacht werden, sondern die Redaktionsführung kann nur im Sinne der Auftraggeber, hier also der Berliner Arbeitererschaft in ihrer Mehrheit, geschehen. (Nach rechts bei der Mehrheit; Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Pappenheim, wie bald würden Sie die „Deutsche Tageszeitung“ boykottieren und zu ruinieren versuchen, wenn Herr v. Jedlich die Leitartikel schreibt? (Große Weiterheit links.) Da die sechs „Vorwärts“-Redakteure den Wünschen der Preßkommission und der zuständigen Instanzen nicht Rechnung tragen wollten und daraus ein Konflikt entstand, reichten sie ihre Kündigung ein. (Präsident: Bitte doch zur Sache zu kommen.) Ein dicker Ankläger über diesen Fall erscheint mir erforderlich, damit nicht immer wieder derselbe Unsinn wiederholt wird. Wenn Abg. Busch uns vorgehalten hat, wir hätten es leicht, Gehaltszulagen zu fordern, wir stimmten ja doch gegen den Etat, dann sorgen Sie doch dafür, daß die stärkste Partei des Landes einen Einfluß auf die Gesetzgebung haben kann, daß der Volks-wille zum Ausdruck kommt. Geben Sie uns doch

das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht.

(Stärkisches Gelächter rechts und im Zentrum.) Sie werden es doch geben und wenn Sie sich auf den Kopf stellen. Wenn wir auf die Gestaltung des Etats den erforderlichen Einfluß ausüben können, während wir selbstverständlich auch die Einnahmen und Ausgaben bewilligen. (Zurufe im Zentrum: Reichstag!) So lange wir diese Sorte Militarismus, Marinismus und Weltpolitik haben, können wir dort einen derartigen Etat natürlich nicht bewilligen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Busch hat in gleichem Atemzuge erklärt, daß er für das freie Koalitionsrecht sei, daß aber die Arbeiter zur kristlichenationalen Organisation gebüttelt werden sollen. Das ist Ihre Freiheit! (Zuruf vom Zentrum; Terrorismus!) Einzelne Terrorismusfälle kommen überall vor, auch bei uns, aber noch viel zahlreicher bei Ihnen! Wir werden Ihnen das schon beweisen. Es haben eben noch nicht alle Arbeiter das geistige Niveau, um sich trotz der Mahnungen der Gewerkschaftspresse beherrschen zu können. Wir haben gar nichts dagegen, daß auch andere Organisationen als freigewerkschaftliche bestehen, wir haben nie verlangt und werden nie verlangen, daß von den Behörden irgend einer Organisation Schwierigkeiten bereit werden. Sie aber verlangen das, Herr Busch, fordern Sie den Minister auf, in die Organisationsverhältnisse der Arbeiter nicht einzugreifen — dann will ich Sie um Entschuldigung bitten. Wenn nicht, dann bleibt bestehen, daß sich der Vertreter des Zentrums gleich dem Minister als Gegner des freien Koalitionsrechts bekannt hat. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Busch (Z.): Der Staat hat für Berlin viel mehr als für das übrige Land. Was kostet nur der Groß-Berliner Verkehr? (Sehr wahr! rechts.) 3,20 M. Lohn auf dem Lande bedeutet so viel als 6 M. in Berlin. Der Waldarbeiter hat ein Häuschen, Vieh, er ist zufrieden, weil er nicht in den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist. Ihrem (zu den Sozialdemokraten) Auftreten und Hegen treten wir auf das Entschiedenste entgegen. Der christlich-monarchische Arbeiter sieht es ein, daß der Förster höhere Nebeneinnahmen haben muß als der Arbeiter und daß es Standesunterschiede geben muß. (Zurufe der Sozialdemokraten, die der Präsident rügt; gleich darauf ruft er den Abg. Dr. Vorwardt (Soz.) zur Ordnung, weil er wieder einen Zwischenruf gemacht habe. Abg. Hoffmann gratuliert dem Abgeordneten Vorwardt zum ersten Ordnungsruf.) Ach, Sie wollen ja nur Ordnungsrufe provozieren, um im Lande als die starken Männer dazustehen! (Weiß! bei der Mehrheit. — Zurufe der Sozialdemokraten: Ist das parlamentarisch! — Weiß. v. Erffa: Ich werde das Stenogramm einsehen.) Eine staatsbehaltende Partei kann nicht für die sozialdemokratischen Gewerkschaften eintreten, die bei den letzten Reichstagswahlen bewiesen haben, daß sie nichts sind, als ein Teil der Sozialdemokratie. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wie können Sie von dem Minister verlangen, daß er anders handle? Er sagt, ein sozialdemokratischer Arbeiter, der sich nicht auf seine Mitgliedschaft bei der Sozialdemokratie beschränkt, sondern agitatorisch wirksam für sie tätig ist, kann in einem Staatsbetriebe nicht beschäftigt werden. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ich könnte Ihnen genau nachweisen, wie die freien Gewerkschaften Beiträge für die Sozialdemokratie gezahlt haben. (Der Präsident mahnt den Redner zur Sache.) Die Zentrumspartei ist von jeher für gerechte Entlohnung der Waldarbeiter eingetreten, auch für Organisationsfreiheit, soweit der Bestand des Staates diese ertragen kann, auch für Arbeiterausschüsse. Aber was wir nicht mitmachen können, ist das, daß durch die Ausdehnung Ihrer Organisation die wohlgesinnten Arbeiter terrorisiert werden. (Weiß! im Zentrum und rechts.)

Ein Schlußantrag wird von der Mehrheit und dem Zentrum angenommen.

Abg. Waldstein (Sp., persönlich): Meine Partei ist verhindert, zu erklären, daß sie für volle Koalitionsfreiheit der Waldarbeiter ist. Abg. Busch will eine Koalitionsfreiheit, bei der die Arbeiter nur das Zentrum verstärken dürfen.

Abg. Ströbel (Soz.): Da mir durch den Schluß der Debatte das Wort abgehandelt ist, möchte ich nicht verfehlen, dem Abg. Busch unseren tiefgefühlten Dank für seine Rede auszusprechen, ich hoffe das im nächsten Jahre wieder tun zu können. (Heiterkeit links.)

Beim Mittel „Oberförster“ sagt Abg. Wenke (Sp.) über willkürliche Sperrung von Staatsforsten für den Touristenverkehr. Abg. Bichtmann (Sp.) wendet sich gegen die unaufgeklärten Nebenverdienste der Forstbeamten, die mitunter sehr erheblich sind. Präsident Dr. Frhr. v. Cessa: Aus dem Stenogramm geht hervor, daß der Abg. Busch die Bemerkung, die Sozialdemokraten gingen auf Ordnungsrufe aus, gemacht hat, nachdem der Abg. Hoffmann dem Abg. Vorwardt zu dem Ordnungsruf gratuliert hat. Danach habe ich keine Veranlassung, den Abg. Busch zu reifizieren. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Forstetat bewilligt.

Beim Domänenetat

Begründet Abg. Engelbrecht (fl.) einen Antrag, pachtfrei werdende Domänen in bäuerlichen Besitz überzuführen und bei der Bewirtschaftung der Domänen auf künftige Bestelung Rücksicht zu nehmen.

Abg. Heine (natl.) unterstützt den Antrag.

Abg. Leinert (Soz.)

Bespricht die Steigerung der Pachttragnisse der letzten Jahre. 1912 liegt der Ertrag pro Hektar von 61 auf 63 M., um 22 Proz. Das ist ein Beweis, daß kein Großgrundbesitz sicher eine Ertragssteigerung bezieht. Die Domänen werden keineswegs zu teuer, sondern eher noch zu niedrig verpachtet. Das ergab sich aus einem Versuch mit nicht feststehender Pachtsumme, über die der frühere Ministerialdirektor Thiel berichtet hat. Der Etat gibt kein Bild über die Erfolge der Selbstbewirtschaftung der acht Domänen, die in Selbstbewirtschaftung genommen wurden. Der Staat dürfte sich dabei besser sehen. Soviel wird wohl der Regierung auch dieses von ihr als quantitate negligible betrachtete Haus wert sein, daß sie über diese Frage Auskunft gibt. Wir meinen, der Staat soll seinen Grundbesitz erhalten, nicht verkaufen. Die heutige Spekulation mit Staatsdomänen ist unheilvoll. Nur mit dem Verkauf an Städte und Selbstverwaltungskörperschaften sind wir einverstanden. Die „nationalwirtschaftlichen“ Grundzüge in der Ost- und Nordmark führen dazu, daß

vertraute deutsche Gutbesitzer aus Staatsgeldern saniert werden. Eine Reihe Großgrundbesitzer machen mit diesen Grundbesitz Erpresserpolitik am Staat; sie sagen, wenn er ihre Güter nicht kauft, verkaufen sie sie den Polen oder Dänen. Dabei waren doch die Polen den Konserbativen als Bundesgenossen recht, als der Kanzler gefürchtet werden sollte, der sich selbst einen „agrarischen Kanzler“ hieß. Diese Politik führt zur Vereinerung der Großgrundbesitzer und zur Korruption. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß aus „nationalen“ Gründen vielmehr Güter deutschen Spekulanten, als Polen abgekauft wurden. Für den Osten wird ein Einhalten mit der Bauernebesiedelung von den Konserbativen gefordert, während dort der Großgrundbesitz ohnehin am stärksten verbreitet ist. Dort werden die größten Gewinne aus der Zollpolitik gemacht, und man will eben den kleinen Leuten nicht zeigen, was für Riesengewinne aus Liebesgaben, Einfuhrsteuern usw. fließen. (Heiterkeit rechts.) Ihr Rachen ist kein Gegenbeweis! Sie sind gegen die Veranschlagung der Domänen im Osten, um neue Herrensitze zu schaffen. Wir sind gegenentlicher Meinung und werden daher, trotzdem und der freikonserbative Antrag nicht weit genug geht, doch für ihn stimmen. Wir verlangen nicht nur bäuerlichen, sondern kleinhäuslichen Besitz. Sie (nach rechts) wollen

Belasten des abigen Großgrundbesitzes,

wir wollen, daß die Domänenbesitzer den Kleinbauern zu den gleichen Vorzugspreisen wie den Großgrundbesitzern verpachtet werden. Wir weisen darauf, daß das geschehen wird. — Die vom Minister gestern vorgetragenen Grundzüge für Pachtverträge mit Land-

arbeitern können wir im ganzen nur billigen. Sie haben dazu „Sehr richtig!“ gerufen; deshalb verlangen und erwarten wir, daß sie ein Gesetz aus diesen Grundzügen für alle Verpachtungen zu Bestelungszwecken! (Sehr gut links.) Die Ausführungen des Herrn v. Klinging im Landwirtschaftsrat, daß er unbotmäßigen Angestellten die zweite Hypothek und sicher auch die Landesversicherungsanstalt die erste kündigt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), widersprechen diesen Grundzügen und zeigen die Macht der Großgrundbesitzer. Wo bleibt das Vertrauen der Landarbeiter zu den Gutsherren, von dem v. Karborff sprach, nach den schreienden Ungerechtigkeiten der Reichsversicherungsordnung mit ihren Landtrankenkassen, ihrer Behandlung der Wöchnerinnen usw.? Heute verlangt man von den Ansiedlern, daß sie sich zu Hörgen des Domänenpächters machen. Wir wollen völlig gleiche Rechte für die Angestellten. (Zustimmung der Sozialdemokraten.) Einmütig fordert dieses Haus eine Etatisierung und Klarstellung der Verwendung der Summe von über 3 000 000 M. zu Bauten und Anlagen auf den Domänen. Die Staatsregierung hat nur der Budgetkommission einzelne Exemplare einer Nachweisung zur Kenntnisnahme vorgelegt. Angeblich befürchtet die Regierung Freistreiberereien der Bauunternehmer. Das müßte sie dann bei den von ihr spezialisierten Bauten der Eisenbahn- und Geschäfterverwaltung ebenso befürchten. Das Haus, das öffentlich gewählt wird, darf nicht öffentlich über die Ausgaben reden. Das kann man nur einem Dreiklassenhaus zumuten. (Sehr richtig! links.) Der Domänenetat ist überhaupt nicht zu entschleiern. Herr v. Pappenheim hat im vorigen Jahr behauptet, ich hätte keine Ahnung von all dem, die Rechnungskommission gebe genaue Nachweis. Das ist aber gar nicht wahr: das Parlament bekommt keinen Schimmer von Ahnung über all diese Ausgaben. Wie kann die Budgetkommission darauf eingehen, daß nur ihr, nicht dem Hause ein Nachweis über die Ausgaben, die immer in gleicher Höhe angefordert werden, vorgelegt wird? Das ist ein richtiger Dispositionsfonds von 3 Millionen. Wer garantiert dafür, daß die nicht Bedarfgungen einiger Pächter stattfinden? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen als gewissenhafte Abgeordnete wissen, wofür dieses Geld ausgegeben wird. Läßt sich dieses Dreiklassenhaus das auf die Dauer gefallen, so fordert es nur Spott und Hohn heraus. (Bravos! bei den Sozialdemokraten.)

Präs. Freiherr v. Cessa: Ich rufe Sie zur Ordnung! Abg. Dr. v. Woina (fl.): Wir überlassen es der Staatsregierung, auf diese Angriffe zu antworten. Abgeordneter Leinert versteht sehr wenig von diesen Dingen; mögen ihm seine Freunde bei der Durchsicht seines Stenogramms behilflich sein. (Heiterkeit rechts; Juras! der Sozialdemokraten.) Wir können die Sozialdemokraten nicht hindern, für unseren Antrag zu stimmen, aber wir gehen von völlig anderen Erwägungen aus. — Dann bespricht Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Anträge auf Strohverkauf sind nie abgelehnt worden. Dem Antrag Engelbrecht stehe ich sympathisch gegenüber, vorausgesetzt, daß es sich nicht um Massenabgabe von Domänen handelt, sondern um Aufteilung zur inneren Kolonisation nach Prüfung der Verhältnisse. Die Domänen sind nicht zu teuer verkauft worden; die Käufer haben schöne Gewinne erzielt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Erträge der selbstbewirtschafteten Domänen zeigen nicht zur Wiederholung an. Die Erträge der verpachteten Domänen entsprechen denen privater Verpachtungen. — Ehrlicher und deutlicher als ich in der Budgetkommission kann man nicht darstellen, daß die Domänenverwaltung nichts zu verschleiern hat. Die Budgetkommission hat unsere Gründe gebilligt. Nächstes Jahr soll die Nachweisung einige Tage früher gegeben werden. Die Nachweisung hat 20 Nummern. Aber ihre Prüfung wäre nur auf Grund der Einzelkostenanschläge möglich. Würden Sie das prüfen, würde der Etat kaum fertig. Sie wählen doch die Budgetkommission dazu! Könnte Abgeordneter Leinert das alles prüfen und würde er dann darüber sprechen, so würde das ein paar Tage dauern und das Ende wäre doch nur, daß Herr v. Pappenheim sagen würde: Herr Leinert, Sie haben von diesen Dingen keine Ahnung! (Große Heiterkeit rechts. — Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist doch unerschöpflich Unruhe rechts.) Die Uebertreibungen des Ab-

geordneten Leinert richten sich von selbst; mehr darüber zu sagen wäre Zeitverschwendung. (Stürmischer Beifall rechts.) Abg. Walstein (Sp.) schließt aus einigen Bemerkungen des Abgeordneten Pappenheim (fl.), daß zwischen der Sympathie der Liberalen und der der Freikonserbativen für die innere Kolonisation doch erhebliche Unterschiede bestehen. Unser Domänenbesitz ist eine enorme Belastung des Staatshaushalts. Was uns die Domänen kosten, ist glücklicherweise noch nie berechnet worden. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Die traurigen Zeiten, wo die Domänen für Kriegskosten haften mußten, können einmal wiederkommen, deshalb darf sich der Staat nicht der besten entäußern. Die Besprechung schließt.

Abg. Leinert (Soz. — persönlich):

Meine Statistik stammt aus einer Veröffentlichung des Deutschen Bauernbundes. (Lachen rechts.) Die Antwort des Ministers war eine sehr bequeme Art, einer sachlichen Auseinandersetzung auszuweichen. Wenn er meint, falls er mir sachlich antwortet, könnte Herr v. Pappenheim wieder erklären, ich habe keine Ahnung, so möchte ich nur antworten, daß ich denjenigen, der die faulen Witze des Herrn v. Pappenheim zur Erwiderung braucht, sehr bedaure! (Heiterkeit.)

Präs. Freiherr v. Cessa: Das war nicht persönlich. (Erneute Heiterkeit.)

Der Antrag Engelbrecht und der Domänenetat werden bewilligt, ebenso nach einer Debatte über Nordney usw. auch der Etat der Bäderverwaltung.

Das Haus vertagt sich. Der morgige Sonnabend bleibt für die Fraktionsberatungen über das Wasserrecht frei. Montag, 11 Uhr: Erste Lesung des Wassergesetzes. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Revolution in China.

Juanfiskai Präsident.

Schanghai, 15. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem amtlichen Telegramm aus Ranking haben sich der Präsident der Republik Sunyatsen und das Kabinett am Mittwoch in die Nationalversammlung begeben und dort in aller Form ihre Entlassung gegeben. Sie empfahlen dringend die Wahl Juanfiskais zum Präsidenten der Republik. Der Vorsitzende dankte unter dem Beifall der Versammlung dem Präsidenten für seine Tätigkeit und seine Selbstlosigkeit. Die Nationalversammlung nahm die Abdankung an unter der Bedingung, daß der Präsident und das Kabinett ihre Tätigkeit fortsetzen, bis der neu zu wählende Präsident sein Amt antritt.

London, 16. Februar. Wie der Times' aus Ranking gemeldet wird, hat die Nationalversammlung gestern Juanfiskai einstimmig zum Präsidenten der provisorischen Regierung gewählt. Die Nationalversammlung besteht darauf, daß Ranking der Sitz der provisorischen Regierung werde und daß Juanfiskai nach Ranking komme und vor der Nationalversammlung auf die Verfassung den Eid zu leisten.

Die Frage der Hauptstadt.

Peking, 15. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Republikaner in Ranking haben an Juanfiskai eine Depesche des Inhalts gerichtet, er nehme gleich nach George Washington den zweiten Rang ein, der allein außer ihm einstimmig zum Präsidenten der Republik gewählt worden sei. Liuanbung drängt darauf, Wuttschang zur Hauptstadt der Republik zu machen. Dieser Vorschlag ist dazu geeignet, unter den Republikanern des Südens Uneinigkeit herbeizuführen. Zahlreiche Städte feiern heute die Errichtung der Republik, darunter auch Tientsin, aber nicht Peking.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 15. Februar verstarb unser Genosse, der Schmied **Lorenz Gras** Koloniestr. 72. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf-West, Humboldtstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Nieder-Barnim. Bez. Reinickendorf-Ost. Am Donnerstag, den 15. Februar, verstarb unser Genosse **Robert Klingenberg** Kamekestr. 14. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt. Um rege Beteiligung bittet 240/10 Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Paul Herrmann** am 13. d. M. an Ohrenleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in Panow, Wollankstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 112/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Johann Wisniewski** Letzte Nr. 3, im Alter von 45 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Plus-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. 79/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Anna Riemer** geb. Arndt am 14. Februar nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist. **Wilhelm Riemer.** Die Beerdigung findet am 18. Februar um 12 1/2 Uhr vom Trauerbause Wagnitz, 13 E. aus auf dem Friedhof der Nazareth-Wermeinde, Sectr. 90, statt. 19922

Dauftagung. Für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines unergelichten Mannes, unseres lieben Vaters, des Zimmermannes **Karl Giebel**, sagen wir hiermit allen Beteiligten, insbesondere dem Vorstand der Riemer, dem sozialdemokr. Wahlverein des 4. Wahlkreises, den Genossen und Genossinnen vom 325. Stadtbezirk, dem Sängerkorps sowie dem Herrn Konrad Hinrichsen für seine treuerlichen Worte in der Leichenhalle auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank. Am Namen der trauernden Hinterbliebenen **Karoline Giebel Hermann Giebel Gustav Giebel.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todesanzeige. Am 13. Februar verstarb unser Genosse, der Arbeiter **Hermann Buchholz** Schivelbeiner Str. 25. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Rieder-Schönhausen, Nordend, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bader **Robert Klinkenberg** am 15. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Gemeindefriedhofes in der Humboldtstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 62/3 Die Bezirksverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zentrale Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Ernst Greulich** Altescher Str. 9, Bezirk 2 verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müserstraße, Ede See-straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 72/9 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergessenen Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Bahncorps und den Sängern des vierten Wahlkreises, dem Metallarbeiterverband und den lieben Kollegen des Verstorbenen meinen herzlichsten Dank. **Wwe. Luise Seifert** nebst Kindern. 19912

Dauftagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Sparverein „Denke dran“, dem Wahlverein Charlottenburg (Gruppe III) und dem Verbands der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands meinen tiefgefühltesten Dank. Die trauernde Witwe **Luise Großkopf** geb. Hönicks.

Haut- u. Harn-. leiden, Ehrlich-Hata, Schiden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. !! Teilzahlung gestattet!! **Dr. Romeyer & Co.** (Kons. Spez. Lab.) a.d. Hochb. Spr. 9-2-4-8, Sonn. 11-12.

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Otto Hudler** an Schlaganfall verstorben ist. Er ruhe sanft! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorf-West, Kögelstr. 8, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 76/5 Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Am 13. Februar verstarb unser Mitglied, Kollege **Albert Donath.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt. Rege Beteiligung erbittet Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe. (Deutscher Senefelder-Bund.) Am 14. Februar verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege und Mitglied, der Steindrucker **Paul Grütte** im Alter von 56 Jahren an einem Blutzug. 109/7 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Kirchhofes der Friedens-Gemeinde in Wieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. Die Verwaltung der Filiale 1.

3 günstige Kostümangebote

1. Angebot: **Blaue Kostüme 25.-** Kamms, Tuch, la. Ar., la. Full. (ausgez. Pr. b. M. 65)
2. Angebot: **Kostüme engl. Art 20.-** neueste Fasson, la. Verarb. (ausgez. Preis b. M. 54)
3. Angebot: **Modell-Kostüme 60.-** neueste Ausf. (ausgez. Preis b. M. 120)

Zwecks Ausrüstung des Winterlagers:
Plüschmäntel, Gesellschaftskleider, Abendmäntel, Röcke, Blusen, Ulster, Kostüme, Pelzmäntel, Pelzstolen zu jedem nur irgend annehmbaren Preise!

Sonntag geöffnet 12-2

Westmann Mohrenstrasse 37a — nahe Jerusalemstr. — Gr. Frankfurter Str. 115 — nahe Andreasstrasse.

Gratis 2 1/2 Mtr. doppelth. Stoff zu Bluse oder Rock passend auf Wunsch bei Einkauf von Mark 20.- an!

Abzuehungsgehaefte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getraenke Franz Abraham...

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk Hamburger Laden, Charl. W. J. Kastner...

Baekereien, Konditor.

Blottner's Groebbaekerei Geschaeft in Berlin, Charlottenburg, Schoneberg, Wilmersdorf.

Adlerhofer Baekerei, Max Backer, Roter Laden, Roter Laden...

Broetfabrik, Vorwaerks, Broetfabrik, Broetfabrik...

Buehl & Sohn, Willy Delor, Hermann Carl, Herm. Eder...

Engel's Landbrot, Helmsdorfer Muehle, L. Kierzkowski...

W. Engel, Max Giese, Neul, Alfred Graf...

Oskar Banke's Broetbaekerei 75 Geschaeft in allen Stadtteilen...

Berg, Paul, August Kassel, L. Kierzkowski...

Max Sander, Otto Szilart, Schuett, G., P. Springer...

C. Vogt, Wellenosen, Jos. Wagenknecht, Albert Wiese...

Heinrich Wittler, Endeanstalt, Arkona-Bad, Bad...

Bad, Bad, Bad, Bad, Bad, Bad, Bad, Bad...

Erscheint 2 mal woechentlich.

Kuranstalt M. Schult, Ost-Bad, Pallasadenstr. 76. Kuranstalt...

Passage-Bad, Reform-Bad, Roemer-Bad, Silesia-Bad...

Bad-Einrichtungen, Das gesuendste und billigste Bad ist das Ideal-Bad...

Bandagen, Gummw., R. Hauke, R. Hauke...

Wende, A., Reiche, A., Fritz Reibe, Fr. Schulte...

Zaremba, Beerdig.-Anst., Sargm., A. Buttl, H. Fischer...

Max Fuchs, Carl Imme jun., Schrammar, H., Vettin, H.

Berufsbekleidung, Keiner, Otto, Wecker, A., Bettfedern u. Betten...

Max Hausknecht, Copenick, Muehlengasse 3, Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann, Akt-Brauer, Berlin SW, Caramel-Weissbier...

Brauerei Koeningstadt, Brauerei Pfefferberg, Brauerei Tivoli...

Caramel-Weissbier, Groterjans, C. Habels Brauerei...

F. W. Hildebrandt, Lagerbier und Malzbier, H. Kahlenberg...

Goldbier, Berliner Unions-Brauerei, Muenchener Brauhaus Berlin...

Kolard, Schade, Vereins-Brauerei, Victoria-Brauerei...

Victoria-Sanzerbier, Weissbier, C. Breithaupt...

Blumen und Kraenze, Oskar Albertus, Fr. Ahrendt...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

S. Grossmann, Henkes, Otto Hinz, Alth. Hiltz, Janiszewski, Alb. Keil, C. Laurent...

Gustav Mai, Menzel, W. Penski, W. Rutschke, Th. Schirbel, C. Sommer...

Aug. Trothe, Th. Thiedtke, Aug. Wandelt, H. Zinke, Wagner, P., Westmann...

Damenkleiderstoffe, Adolf Dammann, Drogen u. Farben, Adler-Drogerie...

Apoll Paul Frank, Artelt, Arnold Ndl., Becke, Gustav Bersag...

Berger, B. Bortolus, Rch. Bortolus, Central-Drogerie, A. Dieprow...

Ebert, Max, Franz Fischer, Friedrich, Germania-Drogerie, Germania-Drog...

Alfr. Goetting, Guenther, Hansch, Haebelin, Hansa-Drogerie...

H. Hotop, K. Klahn, Knesebeck-Drog., K. Knesebeck...

K. Knesebeck, K. Knesebeck, K. Knesebeck, K. Knesebeck...

Wagner, P., Westmann, Damenkleiderstoffe, Adolf Dammann...

Drogen u. Farben, Adler-Drogerie, Apoll Paul Frank...

Artelt, Arnold Ndl., Becke, Gustav Bersag, Berger, B. Bortolus...

Rch. Bortolus, Central-Drogerie, A. Dieprow, Ebert, Max...

Franz Fischer, Friedrich, Germania-Drogerie, Germania-Drog., Alfr. Goetting...

Guenther, Hansch, Haebelin, Hansa-Drogerie, H. Hotop...

K. Klahn, Knesebeck-Drog., K. Knesebeck, K. Knesebeck...

K. Knesebeck, K. Knesebeck, K. Knesebeck, K. Knesebeck...

Koehler, Seefische vom Fangplatz, Hans Kunkel, Rich. Marks...

Werner, Winkler & Barthold, Fleischer u. Wurstw., Hermann Albrecht...

Jul. Amandowitz, A. Barthum, W. Becker, Rich. Becker...

Blumh., A. Bilser, August Birnsteln, August Bienenr., Wilhelm Behr...

Speck- und Schinkensalzerel., Best- und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkaeufer.

Brugrock, A., P. Buckwitz, Spez.-Gesch., Anton Buchheim...

A. Bentele, Darge, O., Daniel, J., Danziger Fleisch-Centrale...

Dannenberg, Rich. Deckert, P. Dreyer, Joh. Durzynski...

D. Duell, M., Drost, Arno Fischer, Wurst, Speck, Schinken...

Anton Feilau, Gonthardt, Franz Fritsch, Fleisch-u. Wurst-Centrale...

Friedel, Max, C. Gerlach, H. Gerndt, G. Gerlach...

Otto Grube, Gusinde, Rich., Gutschmann, O. Gleich...

Richard Reitze, Georg Heiter, Ernst Hano, W. Hoppe...

Ernst Ischer, Jakobik, Albert Jaehnert, Fritz Jentsch...

L. Jentzsch, Jul. Kempe, Fritz Klein, Willi Klewig...

Max Knaut, Ernst Kolbe, Ernst Kurth, G. Krause...

M. Kops, Fritz Lentz, Linke's Fleischzentrale, Wilhelm Liebherr...

Fr. Lindemann, L. Lochmann, Leubke, Aug. Maar...

H. Matzker, Ernst Maehler, Merker, P., G. Mueller...

R. Muller, K. Neubauer, Karl Petrich, Reinhold, O. Rosemann...

P. Riechel, Oscar Riech, Riedel, B., Rodewald...

W. Rodewald, R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar...

Otto Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

Unterstehende Geschaeft, empfohlen sich bei Einkuefen

Thaleiser, Wagner, Westheimer, W. Tauche, Fr. Thiel...

Th. Thiel, F. Sommermann, Karl Unte, Wilh. Vogel...

W. Vogel, E. Wetzel, Emil Wilhelm, Wiedmann & Wunke...

W. Wunke, F. Wunke, F. Wunke, F. Wunke...

Glas u. Porzellan, G. Krueger, A. Wilborn, Winkelmann...

O. Winkelmann, Zanke, Grammoph., Sprechm., Hoyer, A.

Haar-Artikel, E. Joel, Rob. Kortmann, F. Miller...

Alb. Albert, Haus- u. Koehengerichte, Gombowski...

Rammick, Rockstroh, Sandow, Herron-Artikel...

Magazin England, Dittmer, Torkel, Emil Jaeger...

Ad. Kuntze, Ad. Mahne, A. Nitschpan...

A. Samuel, Scholz, Osw., Sprengel, A., Rosner, Max...

Herron-u. Knabengard, Amerikan. Verkaufshallen, J. Baer...

Besser, Julius, Hamburg-Steghitz, Zielencki...

Leuke & Sipecki, Marcus, S., Reitzig, Ad., Rosner, Max...

Huete, Muetzen u. Pelzw., Bazar Norden, Huthaus Norden...

Chausseest. 55, Bette, Casper, Ed., M. Grund...

Hermann Haase, Hansen, Jacob, Kehr-Huete...

Hut-Engr., P. Riechel, Oscar Riech, Riedel, B.

Rodewald, R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

O. Schreiber, Riedel, B., Rodewald, R. Rothe...

R. Rothe, Rottstocker, Aug. Saar, O. Schreiber...

Kaffee-Surrogate, Otto Goetze, Kartoffeln, Gemuese...

Paul Henkel, Kaufhauser, Z. Alexander & Co., B. Hennig & Co.

C. Kurtzahn, Alfr. Kirschner, Eduard Rohn, H. Weib & Co.

Kohlen, Koks, Briketts, Paul Bieger, Aug. Braatz...

Ferd. Graening, P. Hante, J. Mannheim, Siemon, A. R.

Kolonialwaren, Abend, R., Heinrich Arndt, Theodor Antzinger...

Babel & Hauke, Gustav Behrens, Brunenwig, Fr., Bruno Block...

Alex. Bergmann, Brauns, H., Dudach, Fr., Gustav Burow...

Job. Cieclor, A. Durlin, R. Ehrig, Gustav Elgendorfer...

Arthur Enke, A. Flebach, A. Fiedler, L. Friedrich...

Fritz Gerull, W. Gehring, H. Goerlich, Hermann Gensch...

Goetsch, Ernst, Grabitz, Richard Grogger, Max Hasenlehner...

Albert Hauke, Heilmicke, W., Heinrich, R., Herrarth, Eng.

Kakao-Wuerfel, Willy Knober, Kohle, W., Kraatz, G., Kramer, H.

K. Kraatz, K. Kraatz, K. Kraatz, K. Kraatz...

Parlamentarisches.

Nationalliberale Anträge.

- Die Nationalliberalen haben bis jetzt 18 Initiativanträge im Reichstage eingebracht. Danach verlangen sie:
1. Reichsfänglerverantwortlichkeit, Errichtung eines Staatsgerichtshofes für Reichsfängleranlagen; Erweiterung des Interpellationsrechtes des Reichstages, insbesondere Ermöglichung einer Beschlußfassung im Anschluß an Interpellationen.
2. Einheitlichen Stichwahltermin, bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses (Abgrenzung der Wahlbezirke, Wahlurnen), Beseitigung der ungerechten Wahlkreiseinteilung, Uebertragung der Wahlprüfungen auf einen Gerichtshof.
3. Zweckmäßigere Organisation der Reichsämtler, um die ständige Vermehrung der Reichsbeamten zu verhüten.
4. Einheitliche Regelung der Zulassung und Vorbereitung zum auswärtigen Dienst durch Reichsgesetz.
5. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten, Gewährung der Koalitionsfreiheit usf. durch Ausbau des Beamtenrechtes; Ausgestaltung der Gehaltsordnung; Erhöhung der Pension für Altrentner.
6. Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts.
7. Errichtung eines Reichs-Rechnungshofes.
8. Abschaffung der Eisenbahntarife für deutsche Seefische.
9. Unfallfürsorge bei Arbeiten zur freiwilligen Rettung von Personen.
10. Errichtung eines Reichsbeiratsamtes als öffentlich-rechtliche Institution.
11. Reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals.
12. Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.
13. Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk; Berücksichtigung des Handwerks bei Vergütung von Reichsarbeiten; Sicherung, daß nicht die leistungsfähigsten Betriebe der Beitragspflicht für die Handwerkskammern entzogen werden; Aufhebung des § 100 q der Gewerbeordnung (Rechtswidrigkeit von Zwangsmahnahmen freiwilliger Innungen).
14. Erhöhung des Reichszuschusses für das „Deutsche Handwerksblatt“ auf 10.000 M.
15. Gesetzliche Regelung des Submissionswesens.
16. Regelung des Erfinderrechts der Angestellten und des Rechts der Konkurrenzklause; Zusammenfassung der sozialrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und anderer Einzelgesetze zu einem einheitlichen Privatbeamtenrecht.
17. Errichtung von besonderen Berufsgenossenschaften für Handelsgroßbetriebe und Warenlager.
18. Gesetzliche Regelung der Bekämpfung der Tuberkulose.

Aus der Partei.

In die Freiheit zurückgeführt

ist nach 1 1/2-jähriger Gefängnisstrafe im Landesgefängnis in Wolfenbüttel am 15. d. M. der Genosse August Besemeier, Redakteur am Braunschweiger „Volksfreund“. Genosse Besemeier war wegen verschiedener Artikel, von denen sich einer

gegen den damaligen Staatsminister v. Otto und einer gegen den braunschweigischen Landtag richtete, während die übrigen sich gegen die Polizei wandten, in zwei Prozessen zu zusammen 17 Monaten Gefängnis verurteilt worden, die nach Verwerfung der Revision durch das Reichsgericht zu 15 Monaten zusammengezogen worden waren.

Die Prozesse schlossen sich an jenen denkwürdigen 28. Januar 1910 an, an dem die braunschweigische Arbeiterkassette vor dem Ministerialgebäude für das gleiche Landtagswahlrecht demonstrierte und von der Polizei mit blanken Säbeln attackiert wurde. Die Polizei richtete damals ein förmliches Wirtshaus unter der wehrlosen Arbeiterkassette an, wobei sie auch Frauen, Mädchen und Kinder nicht schonte.

Für diese Attende hatte der „Volksfreund“ den verantwortlichen Staatsminister v. Otto verantwortlich gemacht. Der braunschweigische Minister, der nur politisch, nicht persönlich angegriffen worden war, sagte entgegen dem politischen Brauch wegen Beleidigung. Die Strafkammer, der der bekannte Landgerichtsdirektor Rohmann präsiidierte, ging noch zwei Monate über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Besemeier zu der unerhörten Strafe von acht Monaten Gefängnis. In dem zweiten Prozeß klagten der braunschweigische Landtag und die Polizei. Beim Landtag handelte es sich um einen Artikel, der dem braunschweigischen Musterparlament vorgeworfen hatte, den Genossen Jasper gegen die Verfassung aus dem Landtage entfernt zu haben. Der Landtag hatte nämlich vor der Eröffnung, also bevor er überhaupt verfassungsmäßig existierte, dem Genossen Jasper das Mandat abgesprochen. Die Polizei war, wie sich in den Verhandlungen herausstellte, im „Volksfreund“ noch viel zu milde behandelt worden. Es mißlang ihr vollständig, sich rein zu waschen. Dennoch verurteilte die Rohmannkammer Besemeier zu neun Monaten Gefängnis. Genosse Besemeier hatte die Strafe am 11. November 1910 angetreten. Ein kleiner Urlaub verlängerte den Entlassungstermin auf den 15. Februar 1912.

Um einen imposanten Empfang Besemeiers in Braunschweig zu verhindern, entließ man Besemeier statt um 8 1/2 Uhr, schon um 6 Uhr früh. Als sich um 8 Uhr eine zahlreiche Menschenmenge einfand und die Braunschweiger Partei- und Gewerkschaftsinstanzen in vier Autos vorführten, um Besemeier abzuholen, fanden sie das Reservoir. Besemeier hatte jedoch bei einem Genossen die Ankunft der Autos abgewartet und stellte sich wieder vor dem Gefängnis ein, von wo sich der Zug nach Braunschweig in Bewegung setzte. Die Autos waren mit roten Fahnen geschmückt. Trotz der frühen Stunde, die die Arbeiter in den Fabriken zurückhielt, bereitete eine zahlreiche Volksmenge, die sich den langsam fahrenden Autos anschloß, dem Genossen Besemeier einen überaus herzlichen Empfang. Die Polizei verhielt sich ganz zurückhaltend und ließ auch die roten Fahnen unbehelligt.

Die Milderung Besemeiers mit den sich darauf anschließenden Obationen kommt gerade recht zu dem bevorstehenden neuen Wahlrechtskampf, der jetzt dem reaktionären Nachwerk gilt, das die Regierung Wahlrechtsreform nennt und das sie bereits dem am 27. d. Mts. zusammentretenden Landtage hat zugehen lassen.

Jugendbewegung.

Die Gegner an der Arbeit.

Der erste Verbandstag der bürgerlichen Lehrlingsheime in Schleswig-Holstein fand am 10. d. M. in

Reudtsburg statt. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse waren von 44 im Bezirk bestehenden Heimen 25 durch etwa 70 Delegierte vertreten. Neben einigen „geheimen“ und „wirklichen“ Regierungsräten wohnten auch Leiter der Fortbildungsschulen den Verhandlungen bei, die in der Hauptsache durch zwei Vorträge ausgefüllt wurden, die der Vorsitzende des Verbandes, Fortbildungsschulrevisor Diercks, hielt. Der erste Vortrag beantwortete die Frage, auf welche Weise eine gegenseitige Förderung der Lehrlingsheime möglich sei. Dies könne geschehen: 1. durch jährliche Tagungen zwecks Austausch von Erfahrungen; 2. durch Schaffung eines Korrespondenzblattes und seine Ueberweisung an die Presse; 3. durch Austausch von Rednern und Vorlesern; 4. durch Anschaffung von Lichtbildapparaten; 5. durch Einsetzung einer Kommission zur Herstellung eines Verzeichnisses guter Bücher und Spiele. Es wurde beschlossen, die im Auftrage des Vereins für Jugendwohlfahrt in Schleswig-Holstein, auf dessen Anregung der Verband der Lehrlingsheime gegründet worden ist, verfaßte Denkschrift über die Lehrlingsheime an alle Interessenten zu versenden. Ein Regierungsrat wies darauf hin, daß die Lehrlingsheime eine besondere Förderung von einzelnen Fabrikanten und Sparkassen erfahren haben. Vorträge über „Ausrüstung und Einrichtung der Lehrlingsheime“ und über das Wandern der Fortbildungsschüler bildeten den Schluß der Konferenz.

Sie zeigt aufs neue, mit welcher erhöhten Kraftentfaltung das Bürgertum am Werke ist, die schulentlassene Jugend des Proletariats von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten.

Jugendpflege bis zur Badehose.

In verschiedenen Städten Bayerns hat der Münchener Wehrkraftverein Ortsgruppen errichtet, in denen noch schulpflichtige Jungen von Offizieren militärischen Unterricht genießen. Mit dieser für trefflichen Einrichtung ist zweifelsohne ein längst empfundenes dringendes Bedürfnis nach „kaiserhaltender“ und „kronstreuer“ Erziehung der Arbeiterjugend abgeholfen. Wie energisch und konsequent die Wehrkraftvereine ihr Bestreben durchzuführen eifrig bemüht sind, geht aus ihrem Organ, der „Wehrkraftzeitung“, hervor, die in einer ihrer letzten Nummern hochinteressant die wehrerschütternde Tatsache zu veröffentlichen weiß, daß die Schwimmabteilung des Münchener Wehrkraftvereins feierlich beschlossen hat, für die Mitglieder eine in den bayerischen Landesfarben (weiß-blau) gehaltene Badehose einzuführen. Und die übrigen bayerischen Ortsgruppen werden zur pflichtgemäßen Nachahmung dieser historischen Tatsache aufgefordert.

Daß diese neue bürgerliche Bewegung für den Arbeiterjugendfang bestimmte politische Tendenzen verfolgt, hat die „Wehrkraftzeitung“ unverblümt zum Ausdruck gebracht, indem sie in ihren ersten Nummern deutliche Ausfälle gegen die Sozialdemokratie richtete. Im Interesse einer klaren Situation ist es nur zu wünschen, daß die Tendenz dieses eigenartigen bürgerlichen Jugendfanges auch äußerlich gekennzeichnet wird. Doch warum muß ausgerechnet die Badehose es sein, mit der die Zeichnung begonnen wird?

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17, und Abend, Abendkassette: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von Herrn B. Trojan: „Über aus der Kultur- und Sittengeschichte des Volkes Israel“. II. - Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Allgemeine Kranen- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Eingeladene Kasse 29, Hamburg). Filiale Berlin 4. Sonntag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Reckowky, Andreasstr. 25: Versammlung.

Knaben = Bloß

Schluß morgen Sonntag - Sonntags nur von 12 bis 2 geöffnet

Gelegenheitsposten wesentlich unter regulären Verkaufspreisen

Ganz besonders billige Angebote von ca. 30.000 Knabensachen eigener und fremder Fabrikation

Table listing various clothing items for boys and their prices. Items include Cheviot-Anzüge, Sport- u. Blusen-Anzüge, Manchester-Anzüge, Prima Manchester-Anzüge, Blaue Kammgarn-Anzüge, Sport-Anzüge, Jackett-Anzüge, Blusen-Anzüge, Blusen-Wasch-Anzüge, Matrosen-Wasch-Anzüge, Ledersatin-Anzüge, Kieler Anzüge, Prinz-Heinrich-Wasch-Anzüge, Einzelne Waschblusen, and Satin-Sporthos.

Sämtliche Knaben- und Burschen-Ulster, Paletots und Pyjacks sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Pelerinen für Knaben und Mädchen nur imprägnierte Stoffe in grau oder grünlichen Strichlöden. Längen 70, 80, 90 cm. 4 50 M. Längen 100 und 110 cm durchweg 6 00 M.

Schulhosen aus gutem gewirkt. Stoff für 8-14 Jahre. 2 M.

Sämtliche Angebote gelten, so lange die Vorräte reichen

BaerSohn

An Wiederverkäufer werden obige Artikel während der Knaben- Woche nicht abgegeben.

Kleider-Werke - Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 - 11 Brückenstraße 11 - Gr. Frankfurter Straße 20 - Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 43 (Letzte Moden) auf Wunsch kostenfrei

Theater.

Compagnie, 17. Februar 1912.
Anfang 8 Uhr.
Zirkus Carraiani. Große Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner, Torquato Tasso.
Neues Schauspielhaus. Des Herzes und der Liebe Wehen.
Anfang 4 Uhr.
Urania, Taubentrafik 48/49.
Bon Meran zum Ortel.
Sulzen, Schneewesen und Rosenrot.
Rose, Im Zauberland Abbezahlt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sgt. Cyprianus, Der Kosenkavaller.
Kgl. Schauspielhaus. Der geübte Stegkrieger, Siegfrieds Tod, Deutsches, Das Carlos.
Zirkus Carraiani, Große Vorstellung.
Urania, Taubentrafik 48/49.
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Hörnsaal 8 Uhr; Prof. Donath: Die Elektrizität als wandelbare Energieform.
Zirkus A. Schumann
Sonnabend, 17. Febr., abds. 7 1/2 Uhr
Soiree High-life.
Frl. Dora Schumann — Gebr. Webb. — Dir. A. Schumann u. sämtliche Attraktionen. — Das neueste, größte, nicht zu übertreffende Ausstattungstück **Das Motorpferd** in 5 Akten.
Sonnabend, 3 Uhr und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: **Das Motorpferd.** Nachm. endet d. Ausstattungstück mit dem 4. Akt: Auf d. Trabrennb. in Weißensee. — Nachm. hat jeder Erwachsene 1 eig. Kind unt. 10 J. auf allen Sitzen frei. Jedes weitere Kind halben Preis.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnab. 8 1/2 Uhr: Der fidele Bauer
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonnab. 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwanz in 3 Akten von H. Hennequin und G. Rictsch. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Walter Hasencfer. Montag u. folg. Tage: Alles i. d. Firma. Sonntag, 24. u. 31. Der Prinzenmahl.
Luise-Theater.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot.
Abends 8 Uhr: Sommerput.
Belle-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr: Lentes Goldstück
Nerv. Sonn in d. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

HEUTE
BALL DER BERLINER KARIKATURISTEN IM ADMIRALSPALAST
ANFANG 10 UHR.
KOMMEN SIE ALS KARIKATUR ODER IN BALL-TOILETTE.
Eintrittskarten à M. 10 im Admiralspalast und an den Theaterkassen von A. Wertheim.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Sonnabend, den 25. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Bunter Abend. Margarete Walkotte.
Leitung:
Mitwirkende: Fritz Zander, Tenor. Grete Rote, Rezitation. Adolf Zatta, Trompete. Freiherr Hans von Wolzogen, Rezitation. Margarete Walkotte. Erwin Faustel am Flügel.
Vorverk. 50 Pf. bei Herrn Horsch, Engelufer 15. Abendkasse 60 Pf.

Luna-Park.
Ausschank von
„Triumphator“
aus dem Münchener Bürger-Bräu.
„Wintersportfest“
Orig.-Oberlander-Kapelle, Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle, Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger, Humoristische Szenen, Volkskomiker, Volksbelustigungen, sensat. Attraktionen.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Zillerthaler und Tegerauer S. Sänger, Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Täglich:
Bockbierfest in den bayer. Alpen
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Wunderbare Alpendekoration.
Dienstags, Mittwochs, Donnerstags: Elltags. Großer Ball.

Walhalla-Theater
am Rosenhäger Tor.
Abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte!
Größtes soziales Anhaltungs-Vollstück mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt v. Dir. James Klein.
1. Akt: Geheimnisse im Brivallentor. 2. Akt: Die große Protestversammlung. 3. Akt: Im Ballaal. Am Rande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt: Ein Gottesgericht.
Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr:
Die größte Sünde.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.
Waffenübung.
Mandelblüth's Polterabend.

Casino-Theater
Kollbringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr:
Der seltsame Höllegeist.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt u. Weydenstraße
Täglich Varieté und Theater.
Som 1.—16. Februar
Wiesensprogramm.
In jeder Vorstellung:
● Ein dunkler Punkt. ●
Dürteste mit Gelang in 2 Bildern.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Hippodrom-Palast.
Potsdamer Str. 72. Früher Sportpalast.
**!Größte Schau Berlins!
!Größte Schau der Welt!**
Eröffnung Mittwoch, 21. Februar, 8 Uhr abends.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Von Meran zum Ortel.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Hörnsaal 8 Uhr; Prof. Donath: Die Elektrizität als wandelbare Energieform.

Zirkus Busch
Sonnabend, den 17. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung.
Fortsetzung der japanischen Sportspiele Ju-Jitsu und Ringkämpfe.
Clown Armando mit d. boxenden Känguruh. Herr Georg Burkhardt-Footit, Schulreiter. Herr E. Schumann, Meisterdress. Clowns Petersen, Francois u. Gebr. Mariani usw. 3 Schwestern Blumenfeld, Reck zu Pferde.
Um 9 1/2 Uhr: **Die Hexe.**
Gr. Volks-Manege-Schauspiel.

Zirkus A. Schumann
Sonnabend, 17. Febr., abds. 7 1/2 Uhr
Soiree High-life.
Frl. Dora Schumann — Gebr. Webb. — Dir. A. Schumann u. sämtliche Attraktionen. — Das neueste, größte, nicht zu übertreffende Ausstattungstück **Das Motorpferd** in 5 Akten.
Sonnabend, 3 Uhr und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: **Das Motorpferd.** Nachm. endet d. Ausstattungstück mit dem 4. Akt: Auf d. Trabrennb. in Weißensee. — Nachm. hat jeder Erwachsene 1 eig. Kind unt. 10 J. auf allen Sitzen frei. Jedes weitere Kind halben Preis.

Voigt-Theater.
Schubbrunnen Badstr. 58.
Morgen Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Ein armer Edelmann.
Abends 7 Uhr:
Gelbblauer Hahn.
Ort: Volkshaus mit Gel. in 5 Bildern. Rosenstraße 10 Uhr. Anf. 8 u. 7 Uhr.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Sonnabend und Sonntag
2 Gala-Vorstellungen.
3 Uhr | 7 1/2 Uhr
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Wertheim.
Galerie 40 Pf., III. Platz 70 Pf., II. Platz 1.20 M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Loge 4 M.

Theater des Weddings
Müllerstr. 182/83
Ecke Sellenstr., am Weddingplatz
Spielefolge
vom 17. bis inkl. 20. Februar.
Mullt-Peer.
Anfichten von Brindis.
Erebnisse eines Wildbiches.
Gumorelle.
Stärker als der Tod.
Drama.
Leinze hat ein Automobil.
Gumorelle. 20/18
Weltspiegelbild.
Der weiße Kapitän Barnacle.
Komödie.
Das Cyfer. Drama.
Hergendbrecher. Gumorelle.
Den Wehen entrißen. Ein rausendes Drama der Gefahren des Meeres.
Eine in den Wind gegangene Hochzeit. Gumorelle.
Papa Martin. Dramatisch.

Passage-Theater.
Schneider-Duncker
Carl and Loty
die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schlenkerbrett-Akrob. und d. Febr.-Glanzprogr. 14 erstkl. Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stättiner Sanger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Dürteste u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Für den Inhalt der Juletare übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; Billard 20 Pf. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Schiller-Theater O.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Montag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr, zum 50. Male:
Große Rosinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

ROSE-THEATER
George Brunschweiler Str. 132.
Nachm. 4 Uhr: Im Zauberland Abbezahlt.
Abends 8 Uhr:
Der Spielteufel.
Vollstück in 4 Akten von Julius Knopf.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Raub der Geier.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von H. Goldländer. In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz. Morgen nachm. 3 Uhr: **Witz Gelicht.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg des neuen komisch. Programms 8 für Berlin neue Debüt mit dem Tagesgespräch von Berlin:
Paul Beckers
Großst. Komiker.

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrfeld mit den Klacces in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrob.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen in ihren religiösen Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4—7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Einsegnungs-Kleider
schwarz und weiss
aus prima Stoffen, reinwollen Popeline, Wellbattist und Velle, kloidsame Passons
15. 18.50 21. 24. 28.50 33. M.
Prüfungs-Kleider in allen Farben, hell und dunkel aus allerbesten Stoffen
16.50 21. 27. 36. M.
Backfisch-Paletots 12. 15. 18. M.
Backfisch-Jackenkleider 18. 27. M.
Kostüm-Röcke Kammergarn-Cheviot blau und schwarz
7.50 9. 12. 15. 18. M.
aus regeordneten Stoffen erstklassiger Art
3. 5. 8.50 11. 13.50 16.50 M.
Enorm billig:
Elegante französische Kleider aus feinem Popeline, alle Farb. Wo's hatia, 18. 25. 33. 45. 58 M.
Trauerkleider von 20 M. an
Stelmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr. 2 Häuser vom Dönhofsplatz.
Sonnabends von 12 bis 2 Uhr geöffnet

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnangelegenheiten sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei früherer Anzahlung u. geringeren monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Vorkaufkarte 35, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 20000*

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)
Soeben erschien:
Reichsversicherungsordnung
nebst Einführungsgesetz mit Anmerkungen und Sachregister.
Herausgegeben von Gustav Hoch, Hanau (M. & B.). — Preis gebunden 5 M. —
Kleine Bibliothek Nr. 14:
Kann die Erde untergehen?
Von Felix Linke.
Preis geb. 1 M., brosch. 0,75. Vereinsausgabe 50 Pf.

Bekanntmachung.
Es wird empfohlen zu kochen:
Febr. 18. Knorr Weibertreusuppe
" 19. " Eierriebelesuppe
" 20. Knorr Pilzsuppe
" 21. " Hausmacher Suppe
" 22. Knorr Reissuppe
" 23. " Grünkernsuppe
Jeden Tag eine andere Suppe mit
Knorr Suppenwürfel
jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe
nur mit **Knorr Suppenwürfel.**

Kommunalwähler Neuköllns!

Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Drei öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen

in den Lokalen:

Bartschs Festsäle
Hermannstraße 49

Petrie
Kneesebeckstraße 113

Passage-Festsäle
Bergstraße 152

Tagesordnung:

296/14

1. Bürgertum und Sozialdemokratie im Rathause.
2. Freie Diskussion.

Referenten: Genossen **Groger, Dr. Silberstein und Wutzky.**

== Anhänger aller Parteirichtungen sind hiermit eingeladen. ==
Rassenbefuch erwartet **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.

Die für Sonntag, den 18. Februar, in Schmidt's Festsäle, Prinzen-Allee 33, in Aussicht genommene **Versammlung findet nicht statt.**

143/4 Der Vorstand.

Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter

Verwaltungsstelle Berlin.

Geschäftsstelle: O. 54, Malackstr. 10 I. Fernsprecher: Emil Norden, 4518

Sonntag, den 18. Februar 1912, nachmittags 2 Uhr:

Gruppenversammlung der Mühlenarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, Saal 5.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen durchaus nötig.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Bureau: Sebaltsstr. 37/38. Telefon Amt Westplatz 9797.

Achtung! Herrenmaßschneider! Achtung!

Sonntag, den 18. Februar 1912, mittags 12 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.

Tagesordnung:

Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe oder mit mehr als 8 reitierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

A. B. KOCH

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.

Telephon: Amt 7, 3040 und 3090.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt Ostb.).

Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

	pr. Ztr.		pr. Ztr.
In Seantenh. Marienglück Salon 84 Pf.		In Hise Salon	1.00 M.
In Seantenh. Gotthold Salon	07 Pf.	In Hainsteine	04 Pf.
In Diamant Salon	1.00 M.	In Anthracit Cadé	2.25 M.
(Geh. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)		In Hays-Hainsteine	90 Pf.
		Holz, zerkleinert, per Zentner	3.00 M.

Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 5-10 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung.

Von Friedrich Kleeis, Arbeiterskretär in Halle a. S.

(Heft 13 der Sozialdemokratischen Gemeindepublik.)

Preis 1 M. (Vereinsausgabe 40 Pf.)

Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen.

Von Hannah Lewin-Dorsch.

Herausgegeben von Heinrich Cunow.

(Band 18 der Kleinen Bibliothek.)

Preis brosch. 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

Gemeinsame Orts-Frankenkasse für St.-Wilmerdorf und Umgebung.

Bekanntmachung.

Während der Sitzung des Regierungspräsidenten vom 21. Dezember 1911 sowie Verlauf der Generalversammlung vom 15. Januar 1912 und Verhandlung des Bezirksausschusses vom 6. d. Mts. werden die Rassenbeiträge bis auf weiteres wie folgt festgelegt und bitten wir hierzu gef. Kenntnis nehmen zu wollen.

Die wöchentlichen Rassenbeiträge betragen:

für die 1. Klasse	99	1.00
" " 2. "	99	0.90
" " 3. "	99	0.78
" " 4. "	99	0.63
" " 5. "	99	0.51
" " 6. "	99	0.39

Obige Verfügung tritt am Sonntag, den 19. Februar d. J. in Kraft. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß Landesversicherungsstellen zu finden sind:

für Besizer der 1. Klasse	48 Pf.
" " 2. "	40 "
" " 3. "	40 "
" " 4. "	32 "
" " 5. "	29 "
" " 6. "	24 "

Wilmerdorf-Berlin, den 16. Februar 1912.

Der Vorstand.
O. H.
Otto Raben, Vorsitzender.
Ludermann, Schriftführer.

Stoffe

Reste, Coupons sind aus den Fabriken eingetroffen. „Neuhäuten“ Nr. 2, 3, 4 M. Endlager Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21. vis-à-vis der Gertrudenstr. 20-21. Gertrudenstr.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

L: Neue Friedrichstr. 33 neben Zentral-Haushalle

H: Turmstr. 67

Belegt an jedermann elegante

Herren-Garderoben

fertig und nach Maß

unter Garantie für tabellolose Sitz

gegen wöchentliche Teilzahlung

von 1 M. an.

Zuschneiderei u. Beschnitt im Hause.

Auf Wunsch Besuch des Neuesten mit neuesten Stoffmustern.

Einsparungsbüchlein sehr billig.

Sonntags geöffnet.

Kartoffeln!!!

Winter rote, 10 Pfd. 55 Pf., per

Stk. 5.25 M. — In Daberide

10 Pfd. 65 Pf., per Stk. 6.25 M.

Herings, 3 Stk. von 10 Pf. an.

Artur Schuler, Schliemannstr. 8.

Buchhandlung Vorwärts

SW. 68, Lindenstr. 69

(Laden).

Zu empfehlen ist: 946/8

Der Kleingarten,

seine Anlage,

Einteilung und Bewirtschaftung

von

Max Heschdörfer.

Preis brosch. 60 Pf.

Praktisches

Taschenbuch

für Gartenfreunde.

Ein Ratgeber für die Pflege und

sachgemäße Bewirtschaftung des

häuslichen Gartens, Gemüse- und

Obstgartens.

Von

Max Heschdörfer.

Mit 137 Textabbildungen.

Preis geb. 3.50 M.



In nächster Zeit ganz besonders bitte auf unsere Firma — wo Sie sie auch gedruckt sehen, denn es kann sich daraus für Sie bis 16. März unter Umständen eine reizende Ueberraschung ergeben.

Sammeln Sie bitte von heute ab alle Zeitungsausschnitte mit unsern Inseraten, alle Einschlagpapiere und Kassenzettel, auf welchen unsere Firma steht, und sortieren Sie die gesammelten Namen etc. je 100 Stück gebunden. Am 16. März geben Sie alle gesammelten und gezählten Ausschnitte in einem Kuvert bei uns ab, die Aufschrift darf nur Namen, Stand und Wohnung des Sammlers, sowie die Anzahl der Ausschnitte enthalten! Auch Kinder dürfen sich mit Genehmigung der Eltern daran beteiligen. Wer bis 16. März die größte Anzahl Ausschnitte gesammelt hat, erhält eine Sammler-Prämie

20 Zentner Kartoffeln gratis oder **100 Mark bar**
der zweitbeste Sammler erhält

10 Zentner Kartoffeln gratis oder **50 Mark bar**
der drittbeste Sammler erhält

5 Zentner Kartoffeln gratis oder **25 Mark bar**

Bauern-Leber- und Rotwurst Pfund 42 Pf.

1a Speisekartoffeln 10 Pfund 50 Pf.

Fortsetzung

unserer

35

Pf.

Tage

Bauern-Leber- und Rotwurst Pfund 42 Pf.

1a Speisekartoffeln 10 Pfund 50 Pf.

Von heute bis Dienstag, d. 20. Febr.

große volkstümliche

FASCHINGS-MESSE!

Ab 3 Uhr nachm. erhalten Sie beim Einkauf schon von 1 M. an

Gratis! — 1 Tasse Schokolade — Gratis!

Greifenhagen

Nachfolger

Brunnenstrasse 17-18

Ecke Veteranenstrasse

Die elegantesten Herren-Moden

fertig und nach Mass

erhalten Sie in der modernen

Herren-

Schneiderei

J. Kurzberg

Rosenthaler Str. 40

(am Hackeschen Markt)

Frankfurter Allee 104

(Ecke Friedenstraße)

Reinickendorfer Str. 4

(am Wedding-Platz)

gegen Teilzahlung in

Wochen-Raten

von M. 1⁰⁰ an

Möbel-Lechner

Brunnenstr. 7. Am Rosenthaler Tor.
Spezial-Möbel-Haus
 auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art.
 Stube und Küche: Anzahlung schon von M. 15.— an.
 Liefere auch nach auswärts.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5.— Mark gutgeschrieben.
Sonntags nur von 12—2 Uhr geöffnet.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Monats-Garderobe!
 Die besten Winter- Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Erde), für jede Figur passend, in grösster Auswahl zu unübertroffenen **billigen Preisen.**
 1 Tr., deshalb billiger als im Laden.
 Hirsch Kieferbaum, Wasserort, straße 12/13 I

Greift zu!

jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
 Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
 Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.
Ulster, sehr billig.
 Große Abteilung neue Garderobe.
 Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
 (Nähe Strausberger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Glumen- und Franzbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.

Buchhandlung Vorwärts

SW. 68, Lindenstraße 69.
 Neuerscheinung:
Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage.
 Von Paul Hirsch und Bruno Borchardt.
 Mit einer farbigen Uebersichtskarte.
 Preis: **1 Mark.** 247/5



MAGGI'S Würze

ist einzig!

Wenige Tropfen geben schwachen Suppen, Bouillon, Saucen, Gemüsen usw. augenblicklich einen überraschenden, kräftigen Wohlgeschmack.

Achtung vor Nachahmungen!

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vormärtsletern.
Teppiche. Farbentwiler, fest abelhaft billig. Nieren-Fabriklager. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vormärtsletern noch etwa 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.
Gardinen. Radierstoffe, Fenster 1,65, 2,25, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.
Totalverkauf von angelegentlich Gardinen, Stores, Teppichen, ferner billig. Große Frankfurterstraße 125.
Tuch- und Blaudruckwaren. Garnitur 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.
Teppichdecken billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.
Tuch- und Blaudruckwaren mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.
Möbelstoff-Lieferer. Linoleumreste, abelhaft billig.
Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 931R*
Permanenplatz 6. Wandbildhaus. Nebemanns allerbilligster Warenverkauf. Kiefern- und Eichen-Belegungen. Derrn- und Damen-Belegungen. Damen-Belegungen. Extrabiliger Bettdeckenverkauf. Kuchentische. Bettmöbel. Reichhaltige Gardinenauswahl. Vorhänge. Teppich-Lieferer. Blaudruckdecken. Teppich- und Bandwaren. Wandbilder. Schmuckstücke. Tischdecken. Kissen- und Kissen-Belegungen. Ringel- und Ringel-Belegungen. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. 750*
Teppiche: (Jedleherste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppich-Lieferer. Brunn, Haderich, Prinzenstr. 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Damen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*
Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen laufen man am billigsten bei Nag, Mühlstraße 14.
Vormärtsletern erhalten fünf Prozent Rabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomson, Drantenstraße 160, Drantenplatz; Kolonialstraße 54. 926R*
Sommerliche Betten! zwei Dreibecken, zwei Betten, zweifach, 15,00, große Laten 90 Pfennig. Sammetbezüge 3,80, Kuchentische, Teppichdecken, Vorhänge, Teppiche, Gardinen. Handliche, Bringenstraße 34. 997R*
4,25, Prachtbild 10,00, ganzer Stand, rotbraun gestreift. Bringenstraße 34. 997R*
Frauentischen, ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Handliche Bringenstraße 34. Jahrgeld wird vergütet.

Gardinen! Teppiche! Vorhänge! Teppiche! außergewöhnlich billig! Vormärtsletern 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Haderich, Prinzenstr. 4 (Bahnhofstraße). Sonntags geöffnet.
Räumungshalber Seifenbänke, Beiden, Spottbligg, Schreiber, Brunnenstraße 145. 2946R*
Teppiche (Farbentwiler), Teppichdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Liebergardinen, Sofa-Kostelle, Spottbligg, Färbelager, Haderich, Große Frankfurterstraße 9, Räumungshalber, Vormärtsletern zehn Prozent Sonntags geöffnet. 2488R*
In freien Stunden. Wochen- und Erholungs. Abends von 7 bis 10 Uhr, nehmen alle Ausgabestellen des "Vormärts" entgegen. Probefahrt gratis.
Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Reichhaus "Rosenthaler Tor", Prinzenstraße 203/4, Ode Rosenholzerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Vorhänge, Kuchentische, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, von letzten Auktionen zurückgekauft, sowie neue Waren. Alles Spottbligg. Anzüge werden versehen. Sonntags geöffnet. Hohe Bekleidung.
Wäsche-Dringmaschinen, prima, billig, Abwaschung, gänzlich, Wellmann, Gollnowstraße 25. 2000R*
Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smoking-Anzüge, laufen man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Glühwein.
Gardinen, Vorhänge, Teppiche etc., außerordentlich günstige Gelegenheiten! Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13.
Monatsanzüge, Paletots, große Auswahl, speziell für starke Figuren, sowie elegante neue Garderobe, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Färthens, Rosenbalerstraße 10.
Es lohnt nur bei Nag Weis, 87, Große Frankfurterstraße 87, allebekannte Firma, zu kaufen. Man wird am reichsten und billigsten bedient. Wenig getragene, teilweise aus Seide, von Kavaliere nur kurze Zeit getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smokingen werden zu billigen Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch teilweise sehr billig zu haben. 87, Große Frankfurterstraße 87. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten. 252R*

Räumungshalber Kamariendübel Spottbligg Räumungstraße 65a, Seitenflügel. 713R*
Monatsanzüge, Winterpaletots, Ulster, Joppen, Gehrockanzüge, Rodanzüge, Smokinganzüge, Spottbligg, Rosenbalerstraße 48, eine Treppe.
Billigste Bezugswäsche! Monatsanzüge, Paletots von 5 Mark, neue Garderoben, meist aus Handarbeiten verfertigte Sachen. Garderoben-Reinigung Friedländer, Auguststraße 64. 758R*
Recht Berlin. Obst- und Gemüsegarten mit Laube, sehr preiswert zu verkaufen. Mäheres Lichtbergerstraße 20, Barbierkeller. 713R*
Umkleehäuser Hertha-Becken 13,00, zwei Einzelbetten, Sofa, Kleider-Schrank Nordstraße 17 II. 713R*

Geschäftsverkäufe.

Gutgehendes Restaurant mit Garten wegen Krankheit veräußert. Auskunst Jüliche "Vorwärts" in Weihenfeld. 7150
Zigarrengeschäft, all, große Rohstoffe der freien Volkshändeln, verkauft billig wegen Krankheit. K. Volkman 43. 7137
Wäschegeschäft, 4 Rog, und Kolonialwaren, krankheitsbedingt. Charlottenburg, Leonhardtstraße 11. 738
Materialgeschäft, Reinleiderdorf, West, Preis 1200, erforderlich 800, verkauft Königs, Berlin, Drontheimerstraße 12. 703*

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Tischchen und einzelne Stühle auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kuchenschmied u. Co., Kopperstraße 4. (Schlesischer Bahnhof).
Auf Teilzahlung! Einzelne Möbel, komplette Wohnungseinrichtungen in einjähriger und besserer Ausführung liefert unter hülfreichen Zahlungsbedingungen die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Kelle, Tischlermeister, Nollstraße 39. *
Sofa 25,00, Kleiderbänk 26,00, Tisch 6,00, Stühle, Bilder, ganze Verkauf verlässig Waldemarstraße 76, vorn II links. 241R*
Rehfeld, Badstraße 49, Wohnungseinrichtungen 165,— an, auch anverhohlt.
Rehfeld, Badstraße 49, Umbau, Blüchhof 45,—.
Rehfeld, Badstraße 49, englische Bettstellen, Matrassen 39,—, gebrauchte 12,—, 15,—, 18,— usw.
Rehfeld, Badstraße 49, Kleider- schränke 25,—, gebrauchte, große Auswahl. 2621R*
Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl: einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Wänette, Schreib- tische 45, Sofa 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikals 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenschüssel, Klavier, Ledersofa, Umbau, Lederhülle usw. Spottbligg. Cennerts Möbelgeschäft, Lothringers- straße 55, Rosenbaler Tor. Die Möbel sind in vier Tagen aufgelistet. 924R*

Maedel - Voebel, Dranten- straße (Moritzplatz) 98, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Stagen in 2 Fabrik- gebäuden. Billige Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 498,—, 566,—, 655,— bis 1000,—, 2 Zimmer und Küche 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2500,—, Schlaf- zimmer 194,—, 270,—, eßt Etage 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Eßzimmers, eßt Etage, 343,—, 373,—, 402,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matrassen 48,—, Trumeau, ge- schlossen 36,—, Blüchhof 58,—, Um- bau 10,—, Beschäftigung ohne Kauf- anzahlung erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungsverlehtungen. Geöffnet 8-8, Sonntags 12-2. Rein Laden. Verkauf im Fabrik- gebäude. 952R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. In jedem Stück deutlicher Preis. Ueberbortierung dabei ausgeschlossen. Bei Krankeits- fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft P. Goldhaus, Joffenerstraße 38, Ede Gneisenaustraße. Rein Waren- Ab- zahlungsgeschäft! 2901R*
Möbel-Cohn, Große Frank- furter 98, Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Verlehen gewesene Möbel Spottbligg. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. 971R*
Gelegenheitskauf verzugslos, passend für Brautleute, noch neue Stube mit prachtvoller Küche, Küchengehört, Teppich, Gasfornen, zusammen 195,—. Neue Königstraße 66 I, Ter- walter. 214/5
Herrenzimmer eiche, erstklassige Arbeit, mit dreifacher Stuhlreihe mit Kristallfacettenscheiben, komplett 520,—, enorm preiswert. Fabrik Stallger- straße 25, an der Hochbahn! 655R*
Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbel- haus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Verlehen dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Musikinstrumente.
Piano 250,—, Gelegenheitskauf. Reußhain, Juliusstraße 59, Wert.
Piano, gutes, kreuzsaitig 120,— (eventuell Teilzahlung). Jander, Turmstraße 8. 251R*

Bilder.
Meine Inventarpreise, nur bis 15. Februar, erregen allgemeines Aufsehen, und bitte ganz besonders zu beachten Bilder-Togman, Wein- meisterstraße 2. 912R*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,60, Gold, Silber, Zahngelbte, Stanniol, Queck- silber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Tüchtiger Monteur als Hauswart für ein vornehmes Geschäftshaus Berlins gesucht.
 Derselbe muß mit allen Installationsarbeiten an der Heizungs-, Ent- wässerungs-, Hofkühl-, und elektrischen Lichtanlage durchaus vertraut sein. Komplette eingerichtete Werkstätte vorhanden. Gute Wohnung im Hause. Nur bekennende Gewerbetreibende wollen unter Angabe der Gehalts- ansprüche und unter Aufgäbe von Referenzen Offerten unter B. 1 bei der Expedition des "Vorwärts" einreichen.

Heuerbureau 287/1*
 des Verbandes Deutscher Küstenschiffer.
Kostenloser Arbeitsnachweis für Schiffsjungen, Leichtmatrosen, Matrosen, Kochs- jungen, Bestleute und Steuerleute.
Altona, Hafenstraße 79.

Platina, alte Goldschmied, Lind- gold, Silber, Gefäße, Redgold, Gold- watten, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rück- stände kauft Edelmetall-Schmelze, Scheideanstalt Treib, Rosenbaler- straße 29, Telefon Moritzplatz 8968. *
Zahngelbte, Goldschmied, Silber, Platin, Stanniol, Quecksilber, höchst- zahlend, Edelmetall-Schmelze, Scheideanstalt Treib, Rosenbaler- straße 29 (Reichendammerbrücke). *
Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold-, Silber-, Gefäße, kauft höchstzahlend Goldschmied Reußhain, Mühlstraße 22, nahe Rosen- balerstraße. 2966R*
Kupfer, Messing, Platinabfälle Silberabfälle. Goldschmelze Reppel Rosenbalerstraße 20a (gegenüber Wan- teuffelstraße). 205R*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Privat- wesen englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Smitenly, Liebsteich Charlottenburg, Stutigartenplatz 9 Gartenstraße III. 44R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütshiner- straße 94a.
Patentanwalt Müller, Gütshiner- straße 81.
Kunstkopferer von Frau Kolofsky Schlichtentee, Kurstraße 8 III.
Bereine, passende Räume, Stagen, Bergammlungen, Hochzeiten, Anna-Lindenstraße 146, "Bereinshaus".
Patentanwalt Bolters, Pots- damerstraße 33, Anmeldung billig.
"Friedrich-Wilhelm" General- agentur-Zahlstelle: O. 112, Räumungs- straße 24 (Frankfurter Allee), Lebens- versicherung, Sterbefälle, Rentenver- sicherung, Aufnahme bis 60. Lebens- jahr. Steuer abgabefähig. 928R*
Wer leiht verheiratetem Name 150,00, mit Hinsen zurück. Offerten E. Z. 35, "Vorwärts"-Expedition, All- borchhaus 56, 765
Bereinszimmer noch frei. Böttger- straße 22. 793

Vermietungen.

Restaurants-Räume und kleine Wohnungen billig. Reußhain, Pannier- straße 53. 251I
Wohnungen.
Kreuzbergstraße 4, Gartenhaus: 2 Wohnungen sofort zu vermieten, eine Stube und Küche parterre, über Stube und Küche 2 Treppen. *
Preiswert! sind Potsdamerstraße 65 kleine Wohnungen zu vermieten. *
Uhlenstraße 2/3, Seitenflügel, schöne 2 Zimmerwohnungen. 733*
Stube und Küche 25 Mark, Stube 15 Mark zu vermieten Dranten- straße 2A. 71*

Zimmer.

Zwei Herren finden sauberes Logis bei Bedarf, Haderichstraße 65. 756
Vorzimmer, leer, zwei- zimmerig, zu vermieten Holzstraße 48 II links. 135*

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet Reußhain- straße 20, vorn II links. 77
Schlafstelle, 2 Herren, Vorder- zimmer, Haderichstraße 65, Stettiner- straße 4. 790*
Möblierte Schlafstelle zu ver- mieten, Weinmeister, Landsberger Allee 130. 772
Möblierte Schlafstelle bei Reußhain, Rantenstraße 62, Hof III. 77

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Warenverkäufer verlangt Wil- helm Reich, Drantenstraße 23. 118
Federarbeiter auf seine Zigarren- fabriken außer dem Hause verlangt Ederg, Brandenburgstraße 61. 253
Koch-Mantel im Hause, 2.— bis 4.— Mark sofort. B. Dols, Dranten- straße 10/11. 71*
Jacken-Mantel im Hause, 3.— bis 7.— Mark sofort. B. Dols, Drantenstraße 10/11. 71*
Blätterin auf Umgefragen ver- langt H. Thomas, Haderichstraße 67. *
Flügelkletterinnen und Stube- rinnen, nur im Hause, auf bessere Sachen, finden bei letztem Monats- gehalt dauernde und lohnende Stellung. Wilhelm Reußhain, Roman- banienstraße 80/81, Luergebäude III links. 2996R*

Wir suchen zu sofortigen Eintritt mehrere 26/10*
tüchtige militärfreie Feinmechaniker
 für bessere Arbeiten gegen hohen Lohn bei dauernder Stellung. Offerten unter J. W. 7401 be- liebig Rudolf Messe, Berlin SW.

Partei - Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 18. Februar, findet eine Urnenvorstellung statt. Zum Vortrag gelangt: „Von Moran bis zum Ortler“.

Groß-Lichterfelde. Sonntag früh 8 Uhr „Vorwärts“-Agitation. Die Genossen im Osten treffen sich in ihrem Bezirkslokal, im Westen bei Brotnicki, Ringstr. 17.

Writschow. Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Raadag, Chausseestr. 39: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die kommende Gemeindevahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Massenbesuch erwartet. Der Einberufer.

Rudow. Am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal von Rolke: Öffentliche Gemeindevahlversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. Referent: Stadtv. Groger. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Wahlisdorf (U-Bahn). Am Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung in dem am jetzt zur Verfügung stehenden Gesellschaftsraum von E. Anders, Bahnhofstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Weill-Strahburg über: Demokratische Aufgaben. 2. Freie Diskussion. Am Sonntag, den 18. Februar, früh 8 Uhr: Flugblatt- und Handzettelverbreitung. Die Genossen von „Süd“ treffen sich bei Nader, Köpenicker Allee, von der Kolonie bei Ecker, Brunowstraße, und von „Nord“ bei Dräger, Wahnhoffstraße. Agitiere jeder Genosse für regen Besuch der Versammlung. Die Bezirksleitung.

Groß-Westen. Am 25. Februar, nachmittags 8 Uhr, im Lokal von Schmidt, Al.-Westen: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einlassierung der Beiträge. 2. Berichterstattung der Gemeindevorteiler von Groß-Westen, Klein-Westen und Jeesen. 3. Innere Gemeindevahlen und die Aufstellung der Kandidaten. 4. Anträge zur Generalversammlung. 5. Verschiedenes und Vereinsangelegenheiten. 6. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung.

Französisch-Buchholz. Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, Handzettelverbreitung von den Bezirkslokals aus für die am Mittwoch, den 21. Februar, stattfindende öffentlichen Versammlung.

Berliner Nachrichten.

In den Vorhallen des Reichstages.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete, wenn er sein hohes Amt mit dem nötigen Ernst auffaßt, ist ein vielgeplagter Mann. Neben der gesetzgeberischen Arbeit hat er eine tüchtige Portion Repräsentationspflichten, von denen die Öffentlichkeit wenig erfährt, zu erfüllen. An jedem Sitzungstage finden sich Hunderte ein, die „ihren“ Abgeordneten sprechen wollen und in ihren Anliegen durchaus nicht bescheiden sind. Die einen kommen mit Dringlichkeiten, die eine Besprechung womöglich noch zur Tagesordnung erheischen, andere — und das sind nicht wenige — suchen irgendeinen billigen Vorwand, damit ein bißchen parlamentarischer Höhepunkt auf sie ausstrahlt. Es gehört eine starke Dosis Ruhe und Geduld dazu, allen diesen Wunschbesessenen, die oft nur ein Tribünenbillet ergattert hätten, mit gleichmäßiger pflichtdurchdrungener Freundlichkeit entgegenzukommen und niemanden vor den Kopf zu stoßen. Die gegenwärtige Konstellation des Reichstages hat das Interesse an diesen Besuchen ganz gewaltig gesteigert. Alle Feinschmecker des Sozialtreibens wollen lange nicht einen so starken Andrang zu den Abgeordneten aller Parteien bemerkt haben. So leicht, wie mancher denkt, wird es aber nicht gemacht, um zu dem Mann seines politischen Herzens zu gelangen. Man fortiert und sieht sehr aufmerksam. Durch Portal V geht es an dem rotbekragten Herberus hinter den dicken Säulen vorbei, meist ungehindert, nach der geräumigen Wartehalle, wo Kopf an Kopf schon die Neugierigen stehen und auf den günstigen Augenblick warten, wo irgendein ihnen dem Ansehen nach bekannter Volksvertreter sichtbar wird. In der massigen Flügeltür zu den oberen Sälen hält ein Diener mit ganz besonders feiner Witterung für Berufene und Unerbessene fürchterlich venible Musterung. „Ach möchte Herr Abgeordneter S. sprechen“ — das genügt ebenso wenig wie immer eine Bittenskarte mit einem Titelchen. Selbst Laa und Claque passiert nicht ohne weiteres. Aber ein geschriebenes Wort, womöglich mit der blauen Siegelmarke „Reichstagsabgeordneter“ besetzt, ist ein unerschließbares Sesam. Wir steigen die große Marmortreppe hinauf und sind hinter einer weiteren Flügeltür fest gebündelt von der Innenpracht des „alten Raftens“. Die riesigen Raumbhältnisse scheinen zu erdrücken, wie Iwerges muten uns die Menschen an. In der Mitte ein breiter, tiefer Teppich, links drei prächtige Ruhebänke und der Lichthof mit der Reichstagskammer, rechts die Post und der Lesesaal, im Hintergrunde ein mächtiges Kuppelkuppel mit einem pompösen elektrischen Kronleuchter und Dutzenden von schwellenden Klubesseln. „Bitte, meine Herrschaften, den Mittelgang freibalten“, mahnt der Diener. Aber die Herren drängen immer wieder vor, sobald eine Rednergröße sich blicken läßt. Und es kommt einem beinahe so vor, als ob mancher Parlamentarier, der im Plenum ein konsequenter „Molke“ ist, sich hier von dem wartenden Publikum gar zu gern bewundern läßt. Wir geben dem „Melbediener“ unsere Karte, und nun heißt es warten, bis der gesuchte Mann in den weiten Räumen glücklich gefunden ist und für uns — vielleicht! — Zeit hat. Minister, Generale, Bundesratsbevollmächtigte hutschen vorüber. Der da mit dem Monocle und der Bügelfalte ist sicher ein Hendebbrandhölzling, und die Pentriemer erkennt man auch unfehlbar an den bis zum Hals hinauf gewachsenen schwarzen Federn, dem runden Bäuchlein und der leuchtenden Tonkur. Das größere Interesse findet aber doch der Sonntagsanzug der Genossen, die sich so ungeniert bewegen, als hätte im Wallotbau die Proletariatwiege gestanden. Endlich kommt der Melbediener zurück. Ein paar Namen werden aufgerufen. Wir sind wieder nicht dabei. Also weiter warten und beobachten. Kaleidoskopartig wechseln die Bilder. Wer sich einigermaßen auskennt auf dem politischen Parkett, kommt auf die Kosten. Was ein Fort-uniformierter hier auf dem Herzen hat, sieht man ihm an der Nasenspitze an: Gehaltsaufbesserung! Und ein behäbiges Bäuerlein gestikuliert so bestig vor dem gönnerhaft zuhörenden Oberhirt, als ob die Bündlerparade bei Busch in vollem Gange wäre. Da wird unser Name gerufen... endlich! Aber nur unsere Karte erhalten wir noch mehr als ein-

stündigem Warten zurück: „Herr Abgeordneter S. ist schon nach Hause gegangen.“ Und morgen warten wir vielleicht zwei Stunden... die Pflicht der hohen Politik geht vor.

Vorfrühling im Zoo.

Der große, weitangelegte Park hat sein Wintergewand noch nicht ganz ausgezogen. Auf den Dächern der Volieren, auf den Kuppeln des Elefantenhauses blinkt hier und da eine dünne Schicht frisch gefallenen Schnees. Sie nimmt sich fremd und kalt inmitten der farbenfrohen Buntheit der indischen Bauformen aus. Er ist es, der äußerlich noch die Macht der rauhen Jahreszeit aufrechterhält. Aber es ist doch kein rechter Winter mehr. Der ausgeweidete Erdboden neben den gepflasterten Wegen, in den das Wasser nicht recht einziehen will, erzählt davon. Und auch sonst trägt eine erste Vorfrühlingsstimmung einen weichen Uebergangston in die winterliche Herbheit hinein. Noch steht das Rotengewirr der Bäume starr und dunkel. Und die Hecken strecken dürr und dünn ihr tausend Zweiglein. Grau hängt der Himmel. Nicht Flocken und nicht Regentropfen fallen. Und doch steht alles durchkället und durchnäßt. Aber aus dem Winterbilde beginnt sich schüchtern etwas herauszuschälen, das die milden Tage und die lauen Lüfte vorbereiten will. Knospen sind da, aber sie glänzen noch nicht. Räschen sind an Hasel und Weide in der Entwicklung begriffen, aber sie hängen in gedrunghenen Formen und in stumpfen Farben unbewegt an dunklen Zweigruten.

Winterliche Müdigkeit hält auch noch die Tierwelt umfassen. Teilnahmslos und faul liegen die Vierfüßler in ihren Prachtställen, lauen sorgsam ausgewähltes Heu oder harken mit leise großem Knurren der Fleischnahrung. Vielfach haben ihre feinsten und prallen Formen etwas Sehniges und Eitiges angenommen. Der Winter hat an ihnen gezehrt, hat ihre Glieder müde, ihre Augen matt gemacht. Doch in den Vogelvolieren hat der Frühling bereits seine Vorboten geschickt. Farbenprächtiger beginnt das Gefieder der Männchen zu schillern. Bald werden die ersten Walzlaute klingen und ein lockendes Werben wird um die unscheinbaren Weibchen beginnen.

Früh sinkt noch immer der Tag und verhältnismäßig lange spinnt die Dämmerung ihre grauen Fäden. Und zeitig werden deshalb auch noch immer die Tierhäuser geschlossen. Wo aber Stall und Auslauf sich im Freien befinden, da ist noch mancher Einblick in das Tierleben des Abends zu erhaschen. Die großen Raubvögel mit ihren massigen, plumpen Körpern haben noch nicht die rechte Ruhestellung für die Nacht gefunden. Ein mit vielästigem Geweih gekrönter Hirsch äugt starr und unbewegt in das Weidloch hinaus. Ein schwerfälliger Büffel mißt mit gesenktem, hörnerschwerem Haupt die Entfernung vom Stall zur Barriere. Auch für den Fischbären, der mit weichen, schlurfenden Sohlen durch seinen Käfig tappt, ist noch nicht die richtige Müdigkeit gekommen. Und still wie er gekommen, versichert der Februartag. Nur das Stampfen und Hauden der unablässig gleitenden Bahndüse hämmert herüber. Aber auch dieses Geräusch wird übertönt von einem feinen Stimmchen, das stärker und stärker zu lockenden Tönen schwillt und von der höchsten Spitze eines Ahornbaumes herunter sich über Baumkronen und Dächer des im Dunkel versinkenden Tierparks breitet. Eine Drossel ist es. Ein dunkler, kleiner Fleck hebt sich ihr Körperchen gegen den verdämmernden Himmel. Etwas Siegesgewisses und Sieghaftes hat ihr Schmetter. Wohl liegt ein nachkaltes Frösteln noch in der Luft. Und doch will der Vorfrühling seinen Einzug halten...

Der Wettbewerb für Arbeitermöbel, den die Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel im Berliner Gewerkschaftshause zusammen mit dem Verbande Deutscher Kunstgewerbezeichner veranstaltet, ist jetzt ausgetragen worden. Die Jury hat folgende Preise verteilt: 1. Preis: Motto „Gusti“, Verfasser Herr G. Ruchewegh, Berlin. 2. Preis: Motto „Germisch“, Verfasser Herr R. Koepsel, Weidorf-Verlin. 3. Preis: Motto „Suum cuique“, Verfasser Herr Max Lehmann, Südende.

Kußerdem wurden noch die folgenden Arbeiten zum Anlauf bestimmt: Motto „1912a“, Herr Otto Morgenroth, München. Motto „Makadstraße“, Herr E. Jwaalgun, Berlin. Motto „Annie“, Herr Friedrich Dieß, Dessau. Motto „Erholung“, Herr Albert Stauffer, Leipzig.

Die eingegangenen Arbeiten der mehr als 60 Bewerber werden von Sonntag, den 17. Februar, bis Sonntag, den 24. Februar, im Berliner Gewerkschaftshause (Engelauer, Eingang B) ausgestellt. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Die Ausstellung ist geöffnet wochentags von 1-9 Uhr, Sonntags von 11-5 Uhr. Sie verdient die Beachtung aller, die sich für eine Förderung des modernen Arbeitermöbels interessieren.

Schließung zweier Gemeindefschulen. Auf Beschluß des Provinzialschulkollegiums sind am Donnerstags nachmittags die 126. Knaben- und die 143. Mädchen-schule in der Culmstraße wegen der in den beiden Anstalten grassierenden Diphtheritis- und Scharlachepidemie bis zum 1. März geschlossen worden. Die Maßnahme ist hauptsächlich deshalb getroffen worden, weil der gesamte Schulbezirk in ungewöhnlich hohem Grade verunreinigt ist. In manchen Häusern der Culm-, Köpenicker- und Alvenslebenstraße sind 5 bis 6 Kinder an Diphtheritis und Scharlach erkrankt, in einer Familie sind sogar drei Todesfälle zu verzeichnen.

Besonders schlimm tritt die tödliche Krankheit in der 143. Gemeindef-Mädchen-schule auf. Seit Weihnachten vorigen Jahres sind dort ununterbrochen derartige Krankheitsfälle aufgetreten und trotz aller sofort getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen war es bisher nicht möglich, ein weiteres Umsichgreifen der Epidemie zu verhindern. In den benachbarten Schulbezirken sind zwar auch vereinzelt derartige Krankheitsfälle aufgetreten, jedoch in so geringem Umfange, daß eine Schließung der Lehranstalten nicht notwendig erscheint.

Die neuen Fahrtrichtungs-Anzeiger, die für Kraftfahrzeuge eingeführt werden sollen, beschäftigen gegenwärtig die Verkehrs-polizei. Es liegen nicht weniger als sechs verschiedene Muster vor, die nacheinander geprüft werden. Bei drei derselben sind die Signale an der A u d w a n d des Wagens angebracht, so daß sie der direkten Kontrolle des Wagenführers selbst entzogen sind. Sie bestehen aus einem bogenförmigen, zwei rotgezeichneten Signalen, die dem Führer ausgestellt werden, und zwar a. B. nach links, wodurch den Hintermännern angezeigt werden soll, daß der Wagen nach links einbiegen will usw. Bei dem dritten System soll die beabsichtigte Ablenkung die Langsamfahrt, das Anhalten usw. durch entsprechende Aufschriften, die bei Dunkelheit beleuchtet sind, angedeutet werden. Diese Art der Signalgebung hat aber den weiteren Nachteil, daß der folgende Wagen sie leicht verdecken und damit unsichtbar machen kann. Praktischer erscheinen am Vorderdeck angebrachte Signalarme, die der Führer automatisch einstellen und selbst kontrollieren kann. Sie stehen seitlich hervor und können daher von den folgenden Wagen nicht verdeckt werden. Einer dieser Apparate soll

dadurch wirksamer werden, daß der Signalarm nach seiner Einstellung noch schwingende Bewegungen macht und dadurch die Aufmerksamkeit mehr auf sich zieht. Bei Dunkelheit würden wohl auch diese Signale zu beleuchten sein. Demnach soll das eine oder das andere System der Fahrtrichtungs-Anzeiger im Verleht praktisch versucht werden.

Seinen Verletzungen erlegen ist der in Oberschönau am Donnerstag abgestürzte Flieger Albert Schmidt. Schmidt war Berliner und wohnte in der Schröderstr. 1. Er besaß eine, bevor er sich der Aviation zuwandte, eine Stellung als Geschäftsführer in einem Berliner Café. Wie die Untersuchung ergeben hat, dürfte die Schuld an dem Unfall weniger an dem Verlegen des Seitenfliegers, als in der mangelnden Kenntnis des jungen Fliegers zu suchen sein. Die Monteure der Deutschland-Gesellschaft behaupten, daß die doppelten Führungsröhre des Höhen- und Seitenfliegers nach dem Sturz noch intakt gewesen wären. Das Unglück sei dadurch entstanden, daß Schmidt angefaßt der plötzlich vor ihm aufragenden Fabriksteinen den Kopf verlor und sich nicht zu helfen wußte. So wahrscheinlich diese Annahme auch klingt, ist es doch zu bedauern, daß die Fliegerlehrer Schmidt selbständig fliegen ließen, ohne die Gewähr zu haben, daß ihr Schüler mit der Maschine bereits so weit vertraut sei, daß er allen Zufälligkeiten gegenüber die Ruhe bewahrte.

Ein Schülerelbstmord wird aus der Corneliusstraße 6 gemeldet. Der 11 1/2 Jahre alte Sohn Heinrich des Försters Ruhe dort besuchte die 4. Klasse der Gemeindefschule in der Derflingerstraße und gab zu wiederholten Malen Anlaß. Vor 14 Tagen ließ der Lehrer seinen Vater durch einen anderen Schüler erfragen, mehr auf seinen Sohn zu achten. Der Junge belam darüber, wie schon öfter, wieder Vorkhaltungen. Gestern spielte der Knabe abends vor dem Hause. Hierbei sah er, wie ein Mitschüler seinem Vater einen Brief überbrachte. Er überhäute sofort den Zusammenhang ahnte wohl auch ungefähr den Inhalt des Briefes, ließ nach der Corneliusstraße und sprang von dort in den Landwehrkanal. Bevor man ihm Hilfe bringen konnte, ging er unter und ertrank. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. In dem Briefe teilte der Lehrer dem Vater mit, daß er ihn wegen des Betragens seines Sohnes sprechen müsse. Die Eltern des Knaben glauben, daß der Knabe geistig schwach gewesen sei.

Wenn diese Annahme zutreffen sollte, so hätte zuerst der Schul- arzt vom Lehrer um Auskunft angegangen werden sollen, ob der Knabe nicht infolge Krankheit zu Tadel Veranlassung gegeben hat.

Zu turbulenten Szenen kam es in einer von der Schu- macher-Zwangsinnung einberufenen Versammlung, die am Montag, den 12. Februar, in den „Corona-Sälen“ abgehalten worden ist. Die Tagesordnung enthält den Hauptzweck mancher Zwangsinnung: Belastung der Mitglieder und gute Speisen für die Verwaltung! Dabei hatte sie noch den häßlichen Beigeschmack, daß für die Leute im Fettnäpfchen die Sitzungsgelder auf Kosten der Gesellen erhöht werden sollten. Den Anlaß zu dem Vorstoß der Verwaltung hatte wohl die Erkenntnis gegeben, daß in den Kreisen der Schuhmachermeister die Mißstimmung gegen die Wirtschaft in der Innung wachse. Bisher hatte der Vorstand ziemlich leichtes Spiel, weil die Abneigung gegen die Innung nur durch Fernbleiben von den Versammlungen zum Ausdruck kam. So konnte man nach Herzenslust beschließen. Die sich in letzter Zeit bemerkbar machende Gegnerschaft ließ aber befürchten, daß die sichere Majorität für den Vorstand in den Versammlungen bald gefährdet sein könne. Dabei sollte das erforderlich erachtete „Neu“ noch schleunigt eingefahren werden. Man berief eine außerordentliche Versammlung ein, deren Tagesordnung folgende Punkte zierten: Erhöhung der Beiträge um 40 Pf. für die Handwerksmeister, Erhöhung der Speisen für die Mitglieder des Hauptauschusses um 50 Pf. pro Sitzung auf 1,50 R. Die Reichsmittelglieder anderer Ausschüsse, die früher eine Jahrespauschale von 25 R. erhielten, sollten nun auch 1,50 R. pro Sitzung bekommen, was ebenfalls eine Zulage von circa 50 Proz. ausmachen dürfte. Dagegen sollte die Entschädigung für den Abgesellen von 100 R. pro Jahr auf 50 R. für die übrigen Gesellen im Ausmaß von 25 R. auf 16 R. ermäßigt werden. Diese vom sozialen Geiste nicht vergifteten Anträge wollte der Vorstand dann auch noch ohne Debatte, durch eine En bloc-Akklamation, in Sicherheit bringen. Daß das ganze Gebaren Erbitterung hervorrief, läßt sich denken. Und es kam noch schlimmer! Die Absicht des Vorstandes entsetzte eine Geschäftsordnungsdebatte, in der die Geister aufeinanderprallten. Weil aber die Debatte nicht gut abschnitt, erfolgte sogar die Androhung der Anzeige wegen Hausfriedensbruch — in der Zwangsinnung! Das mag selbst bisher noch Getreue der Ehrenmeistergruppe rebellisch gemacht haben, denn als endlich eine Abstimmung über die Anträge herbeigeführt worden war, fehlte sehr viel an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Daraufhin schloß der Vorsitzende kurzerhand die Versammlung, die auch einem Regierungsdirektor Gelegenheit gab, sich von der harmonischen und segenssprudelnden Arbeit einer Zwangsinnung zu überzeugen.

Die Opposition hielt aber dann doch noch eine Versammlung ab, in der zum Ausdruck kam, daß man in Zukunft stamm auf dem Posten sein werde, damit der Vorstand nicht durch eine zusammengetrommelte Versammlung die gewünschten Abänderungen beschließen läßt.

Wie die Banditen hausten Einbrecher gestern Abend auf dem Grundstück Rantzeinstr. 1. Hier betreibt im Erdgeschoß die Zigarrenhandlung von Thomas ein Ladengeschäft. Darunter liegen im ersten Stock die Büroräume des Rechtsanwalts Justizrat Rattenbach. Dessen Bureauvorsteher Siwert verließ gestern Abend um 8 1/2 Uhr die Räume und schloß sie ab. Schon eine Stunde später sah die Förstnerfrau in dem Bureau Licht, dachte sich aber weiter nichts dabei, weil sie annahm, daß der Vorsteher länger arbeite, wie es ja öfter vorkommt. Heute morgen aber entdeckte man, daß nicht er das Licht benutzt hatte, sondern Einbrecher. Diese hatten die Bureautür aufgeknüpft und Schreiberische und Pulle mit Gewalt aufgebrochen und die ganze neue Einrichtung zerstört. Ihre Beute war nicht groß. Sie fanden nur wenig Geld in der Portokasse und einige Stempelmarken. Außerdem nahmen sie eine Blüschdecke und eine lederen Brieftasche mit, die die Zeugnisse des Bureauvorstehers Siwert enthielt. Wahrscheinlich werden sie die Dürze zu irgendwelchen Schwindelstücken zu benutzen versuchen. Vom Bureau des Justizrats aus drangen die Einbrecher durch die Decke nach unten vor. Mit Zentrums- und Schlangendrehern stellten sie ein 150 mal 75 Zentimeter großes Loch her, durch das sie sich dann wahrscheinlich an einer Gardinenstange, die im Bureau stand, in den Zigarrenladen hinabließen. Hier erbeuteten sie für 300 M. Zigarren, einiges Geld und mehrere Feuerzeuge. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Ein Kleinstbiss. Auf den Armen seiner wohnungslosen Mutter gestorben ist gestern ein acht Wochen alter Knabe Martin Kolbow. Die Mutter, eine Arbeiterin von ungefähr 30 Jahren, kam gestern vormittags um 10 Uhr mit dem Kleinen, der stark fieberte, nach der Poliklinik von Dr. Hans Neumann in der Blumenstr. 97. Weil der Arzt dort nur von 1 bis 3 Uhr Sprechstunden hat, so rief ihr die diensttunende Schwester, nicht länger zu warten, sondern gleich einen Arznenarzt in der Nähe aufzusuchen. Eine Verabredung war aber sehr schwer, weil das Mädchen nur polnisch sprach. Wahrscheinlich hat es den Rat nicht verstanden, aber sich nicht zurechtgefunden. Um 1 Uhr kam es mit dem Knaben wieder,

Jetzt aber war er schon tot. Der Arzt schickte sie nach der Polizeiwache in der Holzmarktstraße. Diese ließ die Leiche des Kindes nach dem Schauhaus bringen und sorgte für ein Unterkommen der Mutter.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Freitag im Norden Berlins. Vor dem Hause Seestraße 29 lief der 43jährige Alfred Niim, der Sohn eines in der Malplaquetstraße 23 wohnhaften Fabrikarbeiters vor einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 42 auf das Gleis und wurde, obwohl der Führer sofort die Bremsen anwandte, umgestoßen. Der Kleine geriet unter den Vorderperren und wurde unter dem Schuttrahmen eingeklemmt. Mittels mitgeführter Winden wurde der Wagon angehoben und der Knabe aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Das verunglückte Kind erlitt schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Paul-Gerhardt-Stift übergeführt werden.

Arbeitslosigkeit hat den 29 Jahre alten Maurer Wilhelm Müller aus der Kasanien-Allee 21 in den Tod getrieben. Der Mann hatte seit 2 1/2 Monaten keine Beschäftigung mehr und konnte auch keine neue finden. Gestern vormittag schloß er sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Bei der Rückkehr der Frau, die nur eine halbe Stunde fortgewesen war, lag er entsett da. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Dichter und Mittmeister a. D. Eine Uebereilung, die leicht un- absehbare Folgen hätte zeitigen können, hat unser Amtsvorsteher Nuhrow glücklicherweise noch rechtzeitig wieder gutgemacht. Als das Terrain um den Kastatter Platz, der in naher Zukunft einen Bahnhof der Untergrundbahn Wilmerdorf-Dahlem aufweisen wird, erschlossen wurde und Straßen angelegt werden waren, erwachte die Notwendigkeit, diesen Straßen auch Namen zu geben. Das wichtige Amt, die Straßen zu "taufen", obliegt bei uns dem Amts- und Gemeindevorsteher, der dies Amt denn auch in so gewohnter Weise verrichtet, daß sich schon mancher alte Steglitzer bei dem Entwurf eines neuen Straßennamens vergebens gekümmert hat, wer eigentlich der Träger des betreffenden Namens war, oder welche Verdienste sich dieser und jener der also Verechtigten um Steglitz, unser Vaterland oder um die gesamte Menschheit erworben habe. Nach der Namensgebung der neuen Straßen um den Kastatter Platz waren keine Mittel zu finden, die Namen Meißel, Müller, Gellert, Grünparzer, Ganghofer, Hornum, Tschol, Sachs in Gemeinschaft mit den schon vertretenen Namen Herder, Uhlend, Krndt sind fast jedem Kinde geläufig. Mit Genugtuung begrüßte man diesen glücklichen Griff des Amtsvorstehers, der hier offenbar eine Dichter-Erregung engros beobachtete. Daß in diese Erregung auch der von den Gemalthabern seines Heimatlandes verbannte und von der Kirche exkommunizierte Russe Tscholoi einbezogen war, fand wohl nur darin seine Erklärung, daß der große Dichter kurz vorher verstorben und deshalb sein Name in aller Runde war. Wie hätte bei ruhiger Ueberlegung unser hochpatriotischer, umsatzbelustigender Bürgermeister diesen "Revolutionär-Tscholoi" abschließend ehren können? Vermuthlich stellten sich denn auch bald die haiderhaltenden Gewissensbisse ein mit dem löblichen Vorhage, bei Gelegenheit diesen Tip vom patriotischen Herzen zu wälzen. Da starb zum Glück vor kurzem der Mittmeister a. D. Dugge, von dem die Weltgeschichte allerdings nichts meldet, der aber einige Jahre Gemeindevorsteher der ersten Klasse und kurze Zeit Schöffe war, außerdem die "verdienstvolle" Stellung als Aufsichtsratsmitglied einer Terranngesellschaft bekleidete, auf deren Grund und Boden die Tscholoistraße liegt. Das war eine durch und durch patriotische Tätigkeit und viel höher zu bewerten als die Lebensarbeit eines Tscholoi, der doch nur Philanthrop und Dichter war. Wer das nicht glaubt, der lese die amtliche Bekanntmachung unseres Amtsvorstehers, durch die bestimmt wird, daß die bisherige Tscholoi-straße von jetzt ab Duggestraße heißt. — Nur Duggestraße? Wer war Dugge? werden sich viele fragen. Deshalb möchte es mindestens heißen: Mittmeister-a.-D.-Dugge-Straße. Das wäre nicht nur deutlicher, sondern auch — echt preussisch.

Eine Studienanstalt für Mädchen wird Ostern d. J. in Verbindung mit der hiesigen höheren Mädchenschule eröffnet, und zwar auf realgymnasialer Grundlage. Das Schulgeld beträgt für einheimische Schülerinnen 100, für auswärtige 200 M.

Neukölln (Nizdorf).

Das rätselhaft verschwinden eines Mädchens hat jetzt eine traurige Aufklärung gefunden. Am 7. Dezember v. J. verschwand, wie wir mitteilten, die 17 Jahre alte Arbeiterin Charlotte Kottwitz aus der elterlichen Wohnung in der Steinmetzstraße 77. Das Mädchen trat sich, wie festgestellt werden konnte, an diesem Abend, nachdem es seine Arbeitsstelle in der Rittergutsstraße zu Nichtenberg verlassen hatte, mit zwei bekannnten jungen Männern und besuchte mit diesen ein Lokal in der Frankfurter Allee. Am Abend des folgenden Tages wurde nun im Flur des Hauses Ranbachufer 84 sein Hut und seine Pelzboa aufgefunden. Daß das Mädchen ins Wasser gegangen sei, glaubten die Eltern nicht, sie nahmen vielmehr an, daß sie verschleppt oder das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Da die Nachforschungen nach diesen Richtungen hin aber erfolglos blieben, wurde es immer wahrscheinlicher, daß das Mädchen seinen Tod im Wasser gesucht hat. Dies bestätigte sich denn auch jetzt. Gestern landete man seine Leiche am Weigandufer aus dem Südanal. Nach dem Zustand der Leiche ist das Mädchen schon am selben Tage ins Wasser gegangen.

In der am Sonntag stattfindenden Theatervorstellung sind noch Wünsche in den Partiepetitionen und bei den Genossen Meier, Brinz-Gombjerscht, 3. Pfeiffer, Hermannstr. 49 und Fischer, Weisestraße 14, zu haben. Zur Aufführung gelangt das Schuldrama: „Der Probekandidat“ von Max Dreher.

Lichtenberg.

Das Thema: Zweck und Nutzen der Arbeitergesangsvereine bildet den Gegenstand einer am morgigen Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr, nach dem Lokal von Getzell, Wriezstr. 74, abgeraumten Morgenpraxis, zu welcher nicht nur die Sangesbrüder Lichtenbergs, sondern alle Sangesfreunde um ihr Erscheinen ersucht werden.

Ober-Schöneweide.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern Abend gegen 6 Uhr vor der Villa Weihenburg, Köpenicker Str. 23. Die dort wohnhafte Witwe Sanger hatte Einkäufe besorgt und wollte gerade über die Weide ihrer Wohnung zurückgehen, als sie plötzlich von einem herankommenden Motorwagen erfasst und überfahren wurde. Wie man uns mitteilt, ist die Stelle, an der sich der Unfall ereignete, nur spärlich beleuchtet, ein Uebelstand, der hoffentlich jetzt von der Direktion der Ostbahn-Gesellschaft behoben wird. Die Verunglückte erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Antrag zum Ortsstatut betreffend die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten hat die Genehmigung des Kreislandtages nicht gefunden, da den auf Kündigung angeestellten Beamten nicht die gleichen Rechte gewährt wurden, wie den auf Lebenszeit angestellten Gemeindebeamten. Dem Antrag auf Änderung der betreffenden Paragraphen wurde zugestimmt. Wegen die Wichtigkeit der Gemeindevorstellungen sind verschiedene Einsprüche erhoben worden. Der Einspruch eines Herrn Gustav Wolf wurde zurückgewiesen; derselbe macht geltend, daß er am 27. Januar 1911 zugesagt sei, somit ein Jahr hier wohnen. Demgegenüber wurde angeführt, daß der Bezug vor Auslegung der Wählerliste haltgefunden haben müßte, also vor dem 15. Januar. Zwei weitere Einsprüche der Genossen Dietrich und Rißmann, die die Lorenzen betreffen (Grundstückbesitzer, die angeschlossen wurden) wurden zurückgewiesen. Da bis jetzt in dieser

Frage ein endgültiges Urteil vom Oberverwaltungsgericht noch nicht gefällt ist, so sollen wiederum alle Besitzer eines Grundstücks von 40 Quadratrußen zur Wahl zugelassen werden. Die Wahlerschaft der dritten Abteilung muß also wiederum den Luftzug, der mit diesen Papierstimmen getrieben wird, über sich ergehen lassen; in Frage kommen circa 270 Lorenzen. Hierzu wurden die Bedingungen festgesetzt für die Benutzung des Kaiserweges zwischen Platanenstraße und der Gemeindegrenze zwecks Weiterführung der Straßenbahn Mittelstraße-Niederschönhausen nach Rosenhal. Die Baukommission hat beschlossen, daß die Erlaubnis gegeben werden soll, wenn die Hälfte der Summe von 20 000 M., die damals von der hiesigen Gemeinde an Pankow für die Durchlassung bezahlt werden mußten, zurückerstattet werden. Niederschönhausen sollte für die Verlängerung der Bahn feinerzeit insgesamt 70 000 M. zu zahlen. Außerdem wurden Bedingungen bezüglich der Unterhaltung des Pflanzens und Schaffung einer besseren Verkehrsverhältnisse gestellt. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag der Baukommission angenommen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Mit großem Tamtam wird für ein während der Pfingstfeiertage hier stattfindendes Heimatsfest Klamm gemacht. Im Lokalblättern wird aufgefordert, daß alle, selbst in fremden Dörfern wohnende, die sich für den Kamm interessieren, ihre Adressen dem Komitee zugänglich machen. Dann werden wieder 120 Pferde und Reiter gelockt, die dem Festzug erst das richtige Gepräge geben und die nötigen Zuschauer heranziehen sollen. Der Arrangeur dieses Kammes ist ein hiesiger Pastor. Die Mittel für diesen Kamm sollen von der Allgemeinheit zusammengekauert werden. So ist die Stadt in neun Sammelbezirke eingeteilt, in denen nun halb eine große Verteile von Haus zu Haus beginnen wird. Man wird sich nicht scheuen, auch die Arbeiterklasse, der man jeden Pfennig Lohnerschöpfung hartnäckig vertweigert, zur Beitragsleistung und zur Beteiligung an dem Kamm zu bewegen. Jedem Arbeiter kann nur zugerufen werden: Die Taschen zu!

Notwasser.

Der Wahlverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung hauptsächlich mit den bevorstehenden Ersatzwahlen zur Gemeindevorstellung. Da der angelegte Vortrag wegen Verhinderung des Referenten, des Genossen Silberstein, ausfallen mußte, so nahm der Vorsitzende Gelegenheit, sich über die Gemeindevorstellung des nächsten Jahres zu verbreiten. Zu wählen sei in jeder Abteilung je ein Vertreter. Für die Sozialdemokratie komme jedoch nur die Wahl für die dritte Abteilung, in der ein Mandat im vorigen Jahre durch das Hinscheiden des Genossen Grubel frei geworden sei, in Betracht. Sowie bis jetzt bekannt sei, wollen sich die bürgerlichen Parteien auch diesmal an der Wahl für diese Abteilung beteiligen und einen sog. „Arbeiter“ als Kandidaten aufstellen. Die Wählerliste der dritten Abteilung weise diesmal 4788 Wahlberechtigte auf gegen 4188 bei der Wahl im vorigen Jahre. Eine Beteiligung an der Wahl für die zweite Abteilung erweise zwecklos, da die verschiedenen bürgerlichen Parteien sich wahrscheinlich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen werden. Sollen jedoch noch in letzter Stunde mehrere Kandidaten aufgestellt werden, so werde die Sozialdemokratie natürlich versuchen, einem von ihnen, der als minder reaktionär bekannt ist, unter gewissen Bedingungen zum Siege zu verhelfen. Pflicht der Arbeiterschaft sei es nun, für einen Wahlausfall zu sorgen, der sich dem Siege der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen würdig an die Seite stellen könne. Am Schlusse seiner Ausführungen teilte Genosse Kroschke mit, daß die Fraktion sowohl wie die funktionäre beschlossen haben, als Kandidaten für die dritte Abteilung den Gastwirt Genossen Hermann Uebel, Stahndorfer Straße, in Vorschlag zu bringen. Die Versammlung akzeptierte diesen Vorschlag einstimmig. — In der Diskussion teilte Genosse Singer mit, daß das von der sozialdemokratischen Fraktion an den Bürgermeister gerichtete Ersuchen, in Anbetracht der gestiegenen Wählerzahl die Wahl diesmal in drei Bezirken vornehmen zu lassen, aus wahltechnischen Gründen abschlägig beschieden worden sei; jedoch werde die Erfüllung dieses Wunsches sowie die gleichfalls angelegte Forderung des Wahltermins auf einen Sonntag für spätere Wahlen in Aussicht gestellt. Genosse Gomoll sprach den Wunsch aus, daß diejenigen Wähler, denen es die Zeit erlaubt, bereits am Vor- oder Nachmittag ihr Wahlrecht ausüben möchten, um so den Wahltag in den Abendstunden zu erleichtern. — Nach der Wahl der Delegierten für die Kreisgeneralversammlung am Sonntag, den 8. März, in Charlottenburg wurden zu Mitgliedsmitgliedern der Lokalmission die Genossen Fütterer und Karl Steffen gewählt. — Genosse Schulz machte auf das in bürgerlichen Kreisen sich zurzeit besonders bemerkbar machende Bestreben aufmerksam, die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen. Er bat daher die Genossen, mehr als bisher für die Stärkung der freien Jugendorganisation zu wirken, vor allem auch deren Veranstaltungen mehr Interesse entgegenzubringen. — Zum Schluß fand noch nach einem Rückblick des Vorsitzenden auf die verfloffenen Reichstagswahlen eine äußerst anregende Debatte statt, die hauptsächlich die jüngsten Vorgänge im Reichstag zum Gegenstand hatte. Nach Mitteilung des Vorsitzenden waren dem Wahlverein von Gewerkschaften und Vereinen insgesamt 885 M. für die Zwecke der Reichstagswahl zugewandert.

Neu-Zittau (Kreis Westst.).

Zu unserem Bericht über die Gemeindevorstellung in Bernsdorf, in der die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Gemeindevorstellung vorgenommen wurde, teilt uns der in der zweiten Wählerklasse aufgestellte Herr Rothsch, Neu-Zittau, Waldstraße 9, mit, daß er bisher noch nie Parteigenosse gewesen sei. Wir nehmen ohne weiteres an, daß unsere Genossen nur solche Personen als Kandidaten für die Gemeindevahl aufstellen, die organisierte Parteigenossen sind. Wenn sie aber geeignete Kandidaten nicht vorfinden, so hätten sie lieber auf die Aufstellung eines sich nicht zur Sozialdemokratie bekennenden Mannes verzichtet sollen.

Potsdam.

Ein Einbruch wurde gestern in die hiesige Dreiskrankenliste verübt. In der vergangenen Nacht gegen Einbruch von dem Nachbargrundstück aus über die Mauer nach dem Hof hinüber, brachen die Türen auf, die nach dem Kassenraum führen, öffneten dort gemächlich das Geldschloß und erbeuteten daraus 4900 M. in Gold, Silber und Papiergeld. In den Verhaftung des Einbruchs verübt zu haben, gerieten zunächst drei Männer, die mit dem ersten Zuge von Potsdam nach Berlin zu abfahren. Im Laufe des gestrigen Vormittags aber ging bei der Kriminalpolizei eine Meldung ein, nach der drei Verdächtige an einer anderen Stelle gesehen worden sind.

Gerichts-Zeitung.

Wenn zwei dasselbe tun. . .

Ein herrliches Bild unserer göttlichen Weltordnung entrollte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Breslau. Angeklagt war eine auf beiden Augen vollständig erblindete Frau wegen Bettelns. Gelegenlich der Margaretenstraße-Wettelei in Breslau ließ sich die Angeklagte durch einen Schulknaben auf die Kaiser-Wilhelm-Straße führen und nahm an einem Hause Aufstellung. Vorübergehende Passanten blieben stehen und gaben der Armen aus Mitleid ein Almosen, das dankbar angenommen wurde, was aber das Mißfallen einer Frau Geheimrat Schäfer, der Leiterin der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge, erregte. Auf ihre persönliche Anregung wurde ein Schutzmann die Blinde, bedauerndwerte Frau wegen Bettelns zur Anklage bringen. Bei der Ver-

handlung wurde nun aus den Akten festgestellt, daß die Vermisste seit fünf Jahren auf beiden Augen vollständig erblindet ist und daß sie sich vor dieser Zeit durch Stricken christlich durchs Leben geschlagen hat. Als Belastungszeugin trat die vornehme Frau Geheimrätin auf. Als die Angeklagte während der Beweisaufnahme dieser jurist: „Frau Geheimrätin, es wäre besser für Sie, wenn Sie wirklich verwahrlosten Kindern nachlaufen würden und nicht einer armen Blinden, die Ihnen noch nie etwas zuleide getan hat.“ Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kögler, erteilte der Angeklagten für diese Aeußerung einen Verweis.

Der Rechtsanwalt beantragte nicht mehr als 14 Tage Haft, obwohl die Belastungszeugen, die Leiterin der Zentrale für Jugendfürsorge, selbst nicht einmal belunden konnte, daß die Blinde etwa die Hände ausgestreckt oder durch Gebärden die Vorübergehenden zum Geben ermuntert hätte. Der Verteidiger wies darauf hin, daß gerade am Margaretenplatz, wo alles gewissermaßen in Wohlgeruch schwebte und der Bettel sogar amtlich erlaubt und protegiert wurde, es doch für die arme blinde Frau doch auch nicht als ein Vergehen zu betrachten sei, wenn sie milde Gaben, die ihr in die Hand gedrückt werden, annehme. Er predigte tauben Ohren; das Schöffengericht erkannte dem Antrage des Anwalts gemäß.

Sogar die Eltern des Knaben, der die Blinde führte, mußten wegen Beihilfe des Bettelns auf der Anklagebank Platz nehmen. Aus der günstigen Zufall, daß sie keine Kenntnis davon hatten, daß ihr Sohn der blinden Frau den Liebesdienst erwies, als er diese auf der Straße führte, rettete beide vor dem Gefängnis.

Wieder ein Urteil, das die Massen der Enterbten und Darbenden aufpeitschen muß. Die Leiterin der Zentrale für Jugendfürsorge hat sich mit ihrer Anzeige einer armen blinden Frau ein Denkmal als Gelehrter, das für alle Zeiten nicht vergehen wird.

Die Blumentagbettelei im großen Stil wurde amtlich erlaubt und die Behörden bettelten sogar mit; werden aber einer armen blinden Frau einige Almosen freiwillig in die Hände gedrückt, dann gibt es 14 Tage Haft dafür. Und das von Rechts wegen.

Ja, ja, wenn zwei dasselbe tun, ist es eben nicht dasselbe.

Wegen fünf Pfennige!

Vor der Strafkammer in Trier spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der für unsere Rechtsverfolgung typisch ist.

Ein Arbeiter aus Weirig a. d. See fuhr eines Tages nach der nächsten Bahnhstation. Er hatte eine Fahrkarte dritter Klasse, kam aber etwas spät zum Bahnhof. Der Zug setzte sich eben in Bewegung; da er aber gern mitwollte, stieg er in ein Abteil dritter Klasse, das er eben noch erreichen konnte. Er meidet dies sofort dem Schaffner, um den Preisunterschied von fünf Pfennig nachzugahlen. Er mußte aber außer dem doppelten Fahrpreis auch noch sechs Mark Strafe bezahlen. Aber damit war die Bahnbehörde noch nicht zufrieden, sie erstattete Anzeige wegen Betruges. Tatsächlich wurde der Arbeiter auch auf die Anklagebank gebracht; das Schöffengericht sprach in frei. Der Staatsanwalt jedoch legte Verurteilung ein. So mußte sich auch noch die Strafkammer mit diesem schweren Verbrechen beschäftigen. Aber auch diese hatte kein Verständnis für diesen Bureaukratismus der Eisenbahn, sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

Ein solcher Aufwand von Arbeit, um eine Betrugsanfrage in einem Falle zu konstruieren, bei dem kein Tatbestandsmerkmal des Betruges vorliegt! Gibt es nicht wirkliche Betrugsfälle, die Arbeit genug verdienen, z. B. solche, die von Untermännern durch Unterschlagung der Kassenbehalte verübt werden?

Eine „weisse Frau“.

In das Lichtscheine Treiben einer „weissen Frau“, deren Händen zwei Menschenleben zum Opfer gefallen, leuchtete eine Anklage hinein, die das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte.

Die auf Vernichtung leimenden Lebens gerichtete Anklage richtete sich gegen die 43jährige Händlerin Jenns Wollersdorf, die schon fast ein Jahr in Untersuchungshaft sitzt, ferner gegen zwei der Beihilfe beschuldigte Personen. Die Strafsache hatte unter dem Gesichtspunkte des verübten Verbrechens zunächst bei der Strafkammer geschwebt. In der damaligen Verhandlung stellte sich jedoch nach dem Gutachten der vernommenen Ärzte heraus, daß es sich um vollendetes Verbrechen handelte. Demnach wurde die Sache an das Schwurgericht verwiesen. In der Hauptverhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, waren auf ihren Antrag 25 Studenten der Rechtswissenschaft zugelassen, weil das Gericht mit den Antragstellern der Ansicht war, daß die Studenten wegen der juristisch und tatsächlichen nicht einfachen Sachlage aus der Verhandlung etwas lernen könnten.

Die Angeklagte Wollersdorf erzählte sich, nachdem sie im Jahre 1908 von ihrem Ehemann geschieden worden ist, durch Straßenhandel mit Blumen und Früchten. Nebenbei legte sie auch Karten und betrieb das Gewerbe einer „weissen“ Frau, die Frauen und Mädchen verbotene Hilfe leistete. Zwei solcher Beschützinnen der Angeklagten, eine Arbeiterin und ein Dienstmädchen, haben es mit dem Leben büßen müssen, daß sie diese Hilfe in Anspruch nahmen. — Staatsanwaltschaftsrat Brünning beantragte gegen die Wollersdorf 5 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust, gegen die beiden Hilfsangeklagten Freisprechung. Rechtsanwalt Ribbel beantragte für die Wollersdorf eine mildere Strafe und Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Gericht entsprach diesem Antrage und verurteilte die Wollersdorf zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Die Hilfsangeklagten wurden freigesprochen.

Martibericht von Berlin am 15. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Spirebohnen weiß, 36,00—60,00. Linfen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80 bis 1,80 Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Gammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,00—3,20. 60 Stück Eier 4,50—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,20—3,00. Bander 1,50—3,60. Dichte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schlei 1,00—3,20. Fische 0,80—1,40. 60 Stück Röhre 4,00—30,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	15. 2.	14. 2.	15. 2.	14. 2.	
	cm	cm ²	cm	cm ²	
Remel, Hilt	125 1/2	0	Saale, Grochitz	188 1/2	+10
Regel, Ansburg	38 1/2	-2	Saale, Spandau	142	0
Reißel, Thorn	56 1/2	-0	Saale, Rathenow	90 1/2	-8
Oder, Ratibor	248	-36	Saale, Spremberg	88	0
„ „ Krossen	126 1/2	+6	„ „ Bestrom	45 1/2	+2
„ „ Frankfurt	127 1/2	+3	„ „ Witten	205	-1
„ „ Schrimm	48 1/2	+8	„ „ Witten	274	0
„ „ Ransberg	42 1/2	+2	„ „ Witten	376	-6
„ „ Vorham	52 1/2	+2	„ „ Witten	204	+2
„ „ Zeltmerig	120	+20	„ „ Witten	250	+11
„ „ Dresden	114 1/2	-17	„ „ Witten	102	-6
„ „ Berlin	182 1/2	+6	„ „ Witten	149	+4
„ „ Magdeburg	135 1/2	+4	„ „ Witten	159	-4

1) + bedeutet Hoch, — 1) Unterpegel. — 2) Ustland.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Tendenzprozeß?

Eine Anklage, aufgebaut auf den Angaben eines Geisteskranken, wurde gestern vor der ersten Hilfs-Strasskammer des Landgerichts I verhandelt. An der Anklage standen: Handlungshelfer Bader (Hamburg), Buchbinder Böttcher (Berlin), Schneider Bros (Düsseldorf), Bäcker Drems (Hamburg), Metallarbeiter Händler (Düsseldorf), Tapezierer Kielmeier (Berlin), Schneider Klingner (Eberfeld), Bleicherer Püllen (Krefeld), Böttcher Schreier (Hamburg), Wäherin Ludwig (Berlin).

Die Anklage lautet auf Verhinderung der Fahnenflucht eines Soldaten. Sie stützt sich lediglich auf die Angaben des fahnenschändlichen Nürnbergers, der seinerzeit noch einer dreiwöchigen Beobachtung im Militärlazarett zu Mainz von den Militärärzten als Geisteskranker erkannt wurde, der seit seiner Jugend infolge von Degeneration irre ist. Infolge dieses Gutachtens ist Nürnberg auf Grund von § 51 des Strafgesetzbuches von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen und als unbrauchbar vom Militär entlassen worden. Trotzdem ist ihm, soweit er die Angeklagten belästigt, Glauben beizumessen" sagt die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift für das gegenwärtige Verfahren. Und auf Grund der Angaben des Geisteskranken haben acht von den zehn Angeklagten seit vierzehntägigen Monaten in Untersuchungshaft. Zum Verständnis dieses Vorganges mag die Tatsache dienen, daß sämtliche Angeklagte der Anarchistischen Föderation angehören.

Die Angeklagten Klingner und Püllen wurden vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann, die übrigen vom Rechtsanwalt Dr. Halpert verteidigt.

Wie die Verhandlung ergab, hat sich die der Anklage zugrunde liegende Angelegenheit folgendermaßen abgespielt. Nürnberg diente im 2. Eisenbahntregiment in Danau. Vom 14. bis 17. Juli 1911 war er wegen der Hochzeit seiner Schwester auf Urlaub in Berlin. Nach Ablauf des Urlaubs kehrte er nicht wieder zu seinem Regiment zurück, sondern kaufte für das von seiner Mutter erhaltene Geld Zivilkleider, die er im Abort eines Schanklokals mit der Militärkleidung vertauschte. Nach dieser Umkleidung verließ er den Abort, ohne die Schankräume wieder betreten zu haben. Die Militärkleider hatte Nürnberg in Packpapier gewickelt und auf dem Boden des Hauses, wo seine Großmutter wohnte, niedergelegt. Da wurden sie später gefunden. Nürnberg teilte seiner Großmutter mit harmloser Miene mit, daß er nicht wieder zum Regiment zurückkehren wolle. Die Großmutter suchte ihm diese Absicht auszuweihen, aber er blieb bei seinem Vorhaben. Kam endlich ein junger Mann namens Boland, der gab dem Nürnberg die Adresse Kielmeiers mit dem Bemerkten, Kielmeier werde ihm weiterhelfen. Am folgenden Tage ging Nürnberg zu Kielmeier in die Redaktion des „Freien Arbeiter“.

Was nun folgt, hat sich nach Darstellung der Angeklagten so abgespielt: Als Nürnberg bei Kielmeier erschien, betraf er sich auf Boland und sagte, daß er vom Militär ausgedient sei. Bei Kielmeier stieg ein gewisser Verdacht gegen Boland auf, weil dieser einen fahnenschändlichen ausgerechnet nach der von der Polizei beobachteten Redaktion des „Freien Arbeiter“ schickte. Kielmeier wollte mit der Sache nichts zu tun haben. Er suchte den Nürnberg loszuwerden, wenigstens so lange, bis er mit Boland gesprochen hätte. Am nächsten Tage erschien Nürnberg wieder bei Kielmeier. Dieser lehnte es aber mit aller Entschiedenheit ab, ihm Unterkunft zu gewähren. Während Kielmeier mit Nürnberg sprach, erschien der Angeklagte Böttcher mit seiner Frau, Fräulein Ludwig. Als Böttcher hörte, es handele sich um einen vermeintlichen Gefinnungsgegnen, der Unterkunft suche, bemog er seine Frau, Nürnberg in ihrer zurzeit leerstehenden Wohnung in der Lützowstraße aufzunehmen, was auch geschah. Weiter ist Böttcher mit der Angelegenheit nicht in Verührung gekommen. In Fräulein Ludwigs leerstehender Wohnung hat sich Nürnberg vier Tage aufgehalten. Seine Angabe, er sei vom Militär ausgedient, hat sie nicht für glaubwürdig gehalten. Von hier aus reiste Nürnberg nach Hamburg und suchte dort den Angeklagten Schreier auf, dessen Adresse er im „Freien Arbeiter" gelesen hatte. Schreier war in seiner Wohnung nicht anwesend, sondern ein unbekannt gebliebener Mann, den Nürnberg, der sich auf Kielmeier berief, für Schreier hielt.

Die Anklage, die sich, wie gesagt, auf die Angaben Nürnbergers stützt, behauptet, Kielmeier habe Nürnberg veranlaßt, einen Brief an seine Eltern und einen anderen an seine Kompagnie zu schreiben, worin er seine Flucht mitteilte. Diese Briefe sollen erst nach Konstanz und von da an ihre Adressen befördert sein. Der aus Konstanz abgegangene Brief an die Kompagnie befindet sich bei den Akten. Kielmeier bestreitet, von diesen Briefen etwas zu wissen.

Nach Behauptung der Anklage soll Kielmeier den Nürnberg nach Hamburg empfohlen haben, damit ihm die dortigen Anarchisten zur Flucht ins Ausland verhelfen sollten. Schreier, Drems und Bader sollen auch in diesem Sinne tätig gewesen sein. Tatsächlich war Nürnberg im Besitz von Legitimationspapieren des Angeklagten Drems. Drems erklärt dagegen, er habe seine

Papiere früher einem Freunde überlassen, von diesem müsse sie Nürnberg bekommen haben. Diese Angabe konnte nicht widerlegt werden. — Bader gibt zu, daß er Nürnberg acht Tage bei sich beherbergt hat, ohne jedoch gewußt zu haben, daß er Deferteur sei, lediglich als einen mittellosen Gefinnungsgegnen habe Bader den Nürnberg aufgenommen. Ebenso erklären auch die Angeklagten Schreier und Drems ihre Verührung mit dem ihnen unbekanntem Nürnberg. Von Hamburg wandte sich Nürnberg nach Düsseldorf und ging zum Angeklagten Händler, der Vertrauensmann der Anarchistischen Föderation ist. Dann fuhr er nach Krefeld zum Angeklagten Püllen und erkundigte sich, wie er am besten nach Belgien käme. Püllen wies ihm an Brod, der mit den belgischen Verhältnissen vertraut ist und dieser bekam Fingerzeige, wie er in Belgien Arbeit finden könne und dergleichen. Auch diese beiden Angeklagten behaupten, sie hätten nicht gewußt, daß es sich um einen Deferteur handle. Nürnberg ist dann nach Belgien gereist, hat einige Tage in Lüttich gearbeitet und ist dann wieder nach Eberfeld gefahren, wo er den Angeklagten Klingner aufsuchte, bei dem er unter Verufung auf Kielmeier, aber ohne von seiner Fahnenflucht zu reden, Aufnahme fand. Schließlich begab sich Nürnberg wieder nach Düsseldorf. Dort beging er eine Handlung, wie man sie nur von einem Geisteskranken erwarten kann. An einen Mann schrieb er einen Brief, worin er verlangte, der Adressat sollte an einer bestimmten Stelle binnen 10 Minuten 30 Mark niederlegen, anderen Falles werde seine Tochter entführt werden. Unterzeichnet war der Brief „Der Bekannte der schwarzen Taube". Dieses Mandat führte zur Verhaftung Nürnbergers.

Die Militärjustiz hat ihn, weil er ohne Zweifel geisteskrank ist, von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen und er ist aus demselben Grunde vom Militär entlassen worden. Die Staatsanwaltschaft aber hielt Nürnberg trotzdem noch für glaubwürdig genug, um auf seine Aussage hin acht Personen in Untersuchungshaft zu setzen und gegen zehn Personen Anklage zu erheben. Auch in der Hauptverhandlung versuchte der Vertreter der Staatsanwaltschaft noch seinen Kronzeugen zu halten. In der richtigen Erkenntnis, daß solchen Anklagen gegenüber alle zulässigen Verteidigungsmittel geboten sind, hat die Verteidigung die Herrg. Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Juliusburger als Sachverständige über den Geisteszustand des Zeugen Nürnberg geladen. Der Staatsanwalt widersprach zunächst der Vernehmung dieser Herren, und als er damit nicht durchdrang, wurde auf seinen Antrag als „Gegengutachter", wie sich der Staatsanwalt ausdrückte, der gerichtliche Sachverständige, Medizinalrat Dr. Hoffmann, beigezufen.

Der Zeuge Nürnberg macht schon durch seine äußere Erscheinung selbst auf Nichtärzte den Eindruck eines geisteskranken Menschen. Dieser Eindruck wurde durch Nürnbergers Zeugnisaussage noch verstärkt. Ueber seine persönlichen Verhältnisse machte er folgende Angaben: Nach seiner Konfirmation kam er in die Lehre, erst bei einem Kaufmann, dann bei einem Gärtner, dann bei einem Bäcker. In jeder Stelle hielt er nur kurze Zeit aus, weil es ihm nicht gefiel. Dann wurde er Fabrikarbeiter und im 17. Lebensjahre kam er auf die Unteroffizierschule in Eibrich. Nachdem er dort dreimal mit Arrest bestraft war, wurde er im Jahre 1909 von der Schule verwiesen und im Herbst 1910 zum Militär eingezogen. — In der Voruntersuchung des gegenwärtigen Prozesses hat Nürnberg Angaben gemacht, welche die Angeklagten allerdings stark belächeln. So will er in Uniform zu Kielmeier gegangen sein und dieser soll, ebenso wie alle übrigen Angeklagten, wesentlich seine Flucht gefördert und unterstützt haben. Jetzt, in der Hauptverhandlung, machte Nürnberg Aussagen, die sich in allen wesentlichen Punkten mit den Angaben der Angeklagten decken. Seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter wurden ihm vorgehalten. Er erklärte alles für unwahr und behauptete, das habe er gar nicht gesagt, das sei ihm nur so herausgequatscht worden. Diese Angaben und noch viele im höchsten Grade unwahrscheinliche und widerspruchsvolle Angaben machte der Zeuge mit der Harnlosigkeit eines Kindes und mit der gleichgültigsten Miene von der Welt. Es gehörte keine ärztliche Bildung dazu, um zu erkennen: Dieser Mann ist in hohem Grade geisteskrank. Der Staatsanwalt aber erkannte das noch nicht. Er beantragte, der Untersuchungsrichter solle der Vernehmung dieses Zeugen beiwohnen, um sie mit den Angaben in der Voruntersuchung zu vergleichen. Die Verteidiger widersprachen diesem Antrage, weil er prozessual unzulässig sei. Das Gericht lehnte denn auch den Antrag ab, verfügte aber die vom Staatsanwalt beantragte nachherige Vernehmung des Untersuchungsrichters, der aber schließlich doch nicht mehr vernommen wurde.

Auf weiteren Befragen gab der Zeuge Nürnberg an, daß er nicht in Uniform zu Kielmeier gegangen sei, daß er dort keine Briefe geschrieben habe, sondern den Brief an die Kompagnie selber an einen Freund in Konstanz geschickt habe und daß er die auf den Namen des Angeklagten Drems lautenden Papiere gar nicht von Drems, sondern von einem Manne bekommen habe, der sich nicht unter den Angeklagten befinde. Auf die Frage: Warum er denn die Angeklagten, die ihm doch alle Gutes taten,

durch falsche Angaben belastet habe, erklärt der Zeuge ganz harmlos, er habe geglaubt, dadurch würde er selber vor Gericht besser wegkommen.

Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärte den Zeugen Nürnberg für einen ganz beträchtlich schwachmünnigen und deshalb nicht glaubwürdigen Menschen. — Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Juliusburger schlossen sich diesem Gutachten an. Sowohl auf Grund der heutigen Aussagen des Zeugen als auch nach Kenntnisnahme des ausführlichen schriftlichen Gutachtens der Militärärzte James sie zu dem Urteil, daß der Zeuge als Geisteskranker angesehen werden müsse.

Die Zeugin Boland bekundete, sie sei dazugekommen als Nürnberg seiner Großmutter erklärte, er wolle nicht zum Regiment zurückkehren. Sie habe Boland geholt, der ihnen behilflich sein sollte, Nürnberg zur Rückkehr nach dem Regiment zu bewegen. In diesem Sinne habe Boland auch auf Nürnberg eingeredet, aber vergebens. Dann habe er ihm eine Adresse gegeben, ob es die Kielmeiers war, weiß die Zeugin nicht.

Kriminalsekretär Petermann hat den Angeklagten Böttcher verhaftet. Dieser Zeuge gibt an, Fräulein Ludwig, die bei der Verhaftung zugegen war, habe, als sie erfuhr, es handele sich um Weisheit zur Fahnenflucht, gesagt: Na, dann werden noch viele verhaftet werden. Die Angeklagte Ludwig bestreitet diese Auserkung. Sie habe nur gesagt, die Verhaftung sei ungerechtfertigt. Böttcher solle sich dagegen befähren, denn sonst könnte ja jeder ebenso grundlos verhaftet werden.

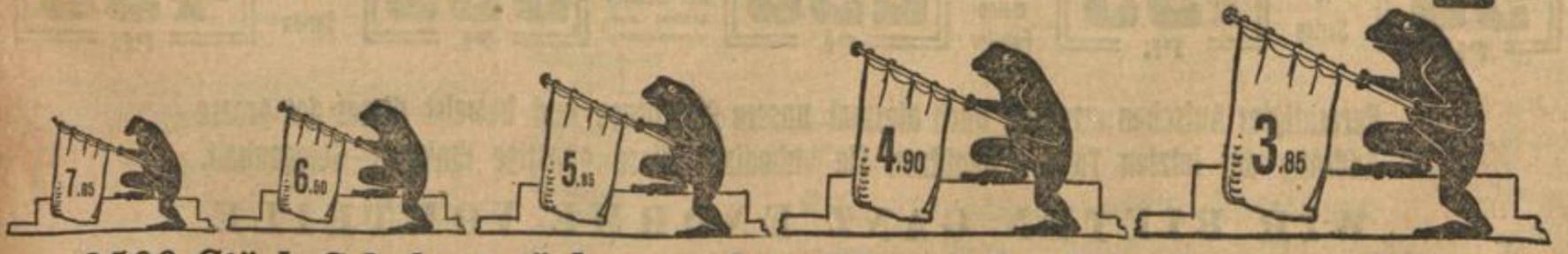
Der Staatsanwalt ließ die Anklage gegen sieben der Angeklagten fallen, weil er zugeben mußte, daß gegen sie nichts erwiesen sei, wenn auch der Verdacht ihnen gegenüber bestehen bleibe. Kielmeier, Böttcher und Fräulein Ludwig hätten gewußt, daß es sich um einen fahnenschändlichen handele, sie seien wegen Weisheit zu bestrafen, und zwar Kielmeier mit 1 Jahr 6 Monaten, Böttcher mit 9 und Fräulein Ludwig mit 6 Monaten Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Halpert sprach seine Befriedigung darüber aus, daß der Staatsanwalt jetzt endlich den Zeugen Nürnberg fallen lasse. Wenn in der Anklageschrift gesagt werde, der Zeuge sei trotz seiner Geisteskrankheit glaubwürdig, soweit er die Angeklagten belästigt, so sei das eine Logik, die jedes Rechtsgefühl erschüttern müsse. Wie sei es nur denkbar, daß man jetzt noch aus der Aussage dieses Zeugen ein Wort herausgreife, um den Strafanktrag gegen Kielmeier zu begründen. Weiß Kielmeier, nachdem er erfuhr, der Zeuge war fahnenschändlich, diesen nicht hinauszuwerfen, sondern ihn in schonender Weise loszuwerden suchte, solle er sich der Weisheit schuldig gemacht haben! Können man denn von Fräulein Ludwig verlangen, sie hätte Nürnberg denutzieren sollen? Dazu sei sie nicht verpflichtet. Wenn sie es nicht tat, so habe sie doch die Fahnenflucht nicht begünstigt. Soll man denn einen Mann, von dem man weiß, daß er Deferteur ist, auf der Straße verhungern lassen? Die drei Angeklagten, welche der Staatsanwalt als schuldig erklärt, hätten doch nichts weiter getan, als den Nürnberg vor augenblicklicher Not geschützt und versucht, ihm eine Arbeitsstelle zu verschaffen. In diesem Zweck hätten sie ihm Reisegeld nach Hamburg gegeben. — In längeren juristischen Ausführungen legte der Verteidiger dar, daß selbst bei diesen drei Angeklagten die Voraussetzungen der Weisheit zur Fahnenflucht nicht zutreffen, denn das Delikt sei ja bereits durch die eigene Initiative Nürnbergers vollendet gewesen, ebe er mit einem der Angeklagten in Verührung kam. Wenn eine Straftat vollendet sei, dann könne es keine Weisheit mehr geben. Ferner sei zu berücksichtigen, daß Nürnberg wegen Geisteskrankheit vom Militärgericht freigesprochen wurde. Ein Geisteskranker könne keine strafbare Handlung begehen, also gebe es auch in dieser Hinsicht keine Weisheit. Aus diesen Gründen mühten die Angeklagten freigesprochen werden.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann sagte unter anderem: So traurig es sei, daß die Angeklagten über vier Monate in Untersuchungshaft sitzen mußten, müsse man doch glauben, daß sie einer guten Sache ein Opfer gebracht haben. Auf Grund des Zeugnisses eines Mannes, der schon vorher vor Gericht als geisteskrank erklärt worden ist, hat man das Verfahren gegen die Angeklagten eröffnet und diese Verhandlung begonnen, ohne die Herrg. zu hören, die dem Zeugen früher beobachtet haben und ihn für geisteskrank erklärten. Das sei ein Fall, der in der Geschichte der Justiz kaum seinesgleichen finde. Die Angeklagten hätten begründeten Anspruch auf Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Sie hätten gar nicht in Untersuchungshaft genommen werden dürfen, wenn nicht die Voruntersuchung überhaupt an Mängeln leiden würde, die der Abhilfe bedürfen. Die Schuldlosigkeit der Angeklagten sei schon lange vor der Verhandlung klar gewesen. Deshalb hätte eine Anklage gar nicht erst erhoben werden sollen.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Lampe, das Urteil dahin: Die Fahnenflucht sei ein Dauerdelikt, das erst beendet durch die Rückkehr oder durch die Verhaftung des Flüchtigen. Es sei deshalb irrig, anzunehmen, daß es im vorliegenden Falle keine Weisheit gebe. Die Angeklagten Kielmeier, Böttcher und Ludwig würden sich der Weisheit schuldig gemacht haben, wenn überhaupt eine strafbare Handlung vorge-

Werner's schwarze Stiefeltage



2500 Stück Schuhputztücher werden während der Stiefeltage verschenkt.

Schuhhaus Aug. Theodor Werner

Schöneberg, Hauptstraße 160

Steglitz, Albrechtstraße 2.

legen hätte. Da aber Nürnberger für geisteskrank erklärt wurde und schon zur Zeit der Fahnenflucht geisteskrank war, so habe er keine strafbare Handlung begangen und deshalb könne auch von einer Weisung keine Rede sein. Die drei genannten Angeklagten müssen also freigesprochen werden. Die übrigen Angeklagten müssen ohne weiteres freigesprochen werden, weil sie nur durch Nürnberger belastet worden sind und dieser nicht glaubwürdig ist. Es werden demnach sämtliche Angeklagten freigesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Dienstboten in den großen Stadtlässments.

Als Beitrag zur Lage der Dienstboten wird uns geschrieben:

Im Winter, und besonders in der Zeit des Karnevals, haben die Saalbesitzer ihre Hochzeiten. Nicht zuletzt tragen aber die Arbeiter zu den Profiten bei, die, trotz der hohen Löhne, so ein Saalbetrieb bei sachgemäßer Leitung einbringt. Dessenungeachtet kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß das soziale Pflichtbewußtsein bei dieser Unternehmergruppe — von wenigen Ausnahmen abgesehen — wenig entwickelt ist. Man denke nur

an die zähen Kämpfe, die ihre Angestellten, besonders die Kellner, um die Anerkennung ihrer Organisation geführt haben. Wenn sich auch für die Kellner mit der Zeit manches gebessert hat, so herrscht in den Küchen jener Betriebe vielfach noch die rücksichtsloseste Ausbeutung. Wohl ist man gezwungen, da das Angebot von weiblichen Dienstboten nicht allzu groß ist, sie etwas besser als in der Hauswirtschaft zu bezahlen. Und so manches Dienstmädchen, das sich der Tyrannei irgendeiner hysterischen „Gnädigen“ entziehen will, läßt sich durch das scheinbar günstige Angebot verlocken, eine Stelle in einem solchen Betriebe anzunehmen. Die wenigsten ahnen, daß es sich hier in vielen Fällen um einen fabrikmäßig eingerichteten Betrieb handelt, in dem auch die Maschine soviel wie möglich verwendet wird und der darum an die Aufmerksamkeit viel größere Anforderungen stellt als die primitive Hauswirtschaft. Nicht selten kommt es vor, daß man Mädchen, die eben von außerhalb gekommen, nach oberflächlicher Unterweisung an eine durch Dampf oder Elektrizität betriebene Waschmaschine stellt und die dann aus Unkenntnis oder Uebermüdung hier zu Schaden kommen. Wohl ist das bisher in der Hauswirtschaft tätig gewesene Mädchen an eine unendliche Arbeitszeit gewöhnt; aber es ist dennoch ein gewaltiger Unterschied, ob man eine 14 bis 16stündige Arbeitszeit in den Räumen einer Privat-

wohnung oder in den vom Tageslicht abgeschlossenen — da meist am Keller gelegenen — künstlich beleuchteten und überhitzten Küchenräumen eines größeren Etablissements zu leisten hat.

Und dann die Arbeit selbst, welche ein Unterschied! Tagelang in irgendeinem dunklen Winkel Fische oder Geflügel ausnehmen oder gerade nicht appetitlich duftendes Wildfleisch zubereiten und dabei fortwährend vom Küchenchef oder der Kammerfrau zu noch schnellerer Arbeit angetrieben zu werden, das nimmt einem den letzten Rest von Arbeitsfreudigkeit.

Hat das Etablissement — je nach seiner Lage — keinen eigentlichen Restaurationsbetrieb mit Mittagstisch usw., sondern wird es infolge seiner gemüthlicheren Lage viel zu Hochzeitsgesellschaften, Kommerzen u. dergl. benutzt, so beginnt für das Küchenpersonal die Arbeit etwa in der neunten Vormittagstunde und dauert für die Mehrzahl fast ohne jede Unterbrechung in der Regel bis zwölf Uhr nachts. Ein Teil jedoch, der die Kaffeefläche unter sich hat, muß bis in die frühen Morgenstunden aufbleiben und arbeiten. Uebermüdet und schweißbedeckt begibt man sich in die Schlafräume: oft verstopfte Winkel und Kammern, die als Lädenbühnen irgendwo zwischen den Saalbauten gelegen sind. Hier, umbraut von dem dumpf durch die Mauern dringenden Lärm, dürfen sie auf einige Stunden ausruhen — wenn sie es vermögen.

Zur Einsegnung



BLAU ist die grosse Mode zur Einsegnung. Cheviot und Kammgarncheviotstoffe sind bevorzugt, weil diese am besten sich bewährt haben. An Formen kommen ein- und zweireihige Sakkos in Betracht. Den Smoking-Anzug sieht man selten

Anzüge

Nr.	Blau und Schwarz	Mk.
4108	Cheviotstoff geraucht	12 ⁰⁰
4126	Cheviotstoff Diagonal	14 ⁰⁰
4183	Kammgarnstoff fein gerippt	17 ⁰⁰
4212	Kammgarnstoff Crepebindg. . . .	21 ⁰⁰
4287	Meltonstoff tuchartig	24 ⁰⁰
4299	Cheviotstoff tuchartig	27 ⁰⁰
4423	Cheviotstoff Köpergewebe	30 ⁰⁰
4468	Kammgarncheviot gerippt	34 ⁰⁰
4480	Tuchkammgarn glattes Gew. . . .	38 ⁰⁰
3126	Cheviot Maßqualität	42 ⁰⁰
3121	Kammgarncheviot diagonalartig	45 ⁰⁰

Neu eingeführt

Hüte
Wäsche
Krawatten

Sehr preiswert

Durch Herstellung im eigenen Gross-Betrieb, durch Einkauf der Stoffe und Zutaten unter Umgehung des Zwischenhandels direkt in den Fabriken, bin ich in der Lage, ein qualitativ hervorragendes Kleidungsstück als vollwertigen Ersatz für Massbekleidung unvergleichlich preiswert zu liefern

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrich-Strasse.

Zehn billige Anzug-Tage!

Dauer von Sonnabend, den 17. Februar, bis Dienstag, den 27. Februar, inklusive

Wir verkaufen während dieser Zehn billigen Anzug-Tage

Grosse Mengen Anzüge

zu ganz erheblich billigeren Preisen, darunter ein grosser Teil Schaufenster-Modelle bis zur Hälfte des früheren Wertes

PREISLAGEN:

16 ⁰⁰	18 ⁰⁰	20 ⁰⁰	22 ⁰⁰
24 ⁰⁰	26 ⁰⁰	28 ⁰⁰	30 ⁰⁰
32 ⁰⁰	34 ⁰⁰	36 ⁰⁰	38 ⁰⁰

Gr. Mengen Jünglings- u. Knaben-Anzüge ganz bedeutend unter Preis

Leske & Lehrer

Spezialhaus guter Herren- und Knabenbekleidung
78 Kottbuser Damm 78

Die letzten Serien-Tage

95 Pf.

Verkauf in Serien

195 Pf.

Beachten Sie bitte meine Fenster

295 Pf.

Man verlange Rabattmarken. Hieron sind einzelne Artikel ausgeschlossen

395 Pf.

Verkauf in Serien

495 Pf.

Berechtigtes Aufsehen erregten auch diesmal unsere Serientage und beweist dieses der grosse Andrang der letzten Tage. Benützen Sie unbedingt diese günstige Einkaufs-Gelegenheit.

WIR BIETEN GANZ ENORME VORTEILE.

Kaufhaus **Wilhelm Joseph** Schöneberg, Hauptstr. 163.
Berlin, Gr. Görschenstr. 1.

Lange hält deshalb selten ein Mädchen aus. Enttäuscht kündigt man bei der ersten besten Gelegenheit. Die Arbeitszeit ist bei dieser schweren Arbeit viel zu lang, als daß sie ein Mädchen ohne gesundheitliche Schädigung ertragen könnte.

Ist es nun schon an und für sich schwer, dem Organisationsgedanken bei den Diensthöfen Eingang zu verschaffen, so ist eine Agitation unter dem weiblichen Küchenpersonal der großen Gastlokale besonders erschwert, da sie ja völlig von der Außenwelt abgeschlossen sind. Denn allzuoft müssen sie während der Hochsaison auf den ihnen zustehenden „freien Tag“ verzichten. Aus eigenem Willen wird es wohl jenen armen Mädchen schwer gelingen, sich halbwegs menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erringen. Aber vielleicht dehnen die Lokalkommissionen der Partei, wie auch die Vergütungskommissionen aller Arbeiterorganisationen ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf die Lage der männlichen, sondern auch der weiblichen Angestellten aus. Viel wäre schon erreicht, wenn man jene Saalbesitzer verpflichten könnte, ihre im Betriebe beschäftigten weiblichen Diensthöfen dem Arbeitsnachweise des Verbandes der Hausangestellten, Reichswehrplatz 1, zu bestimmten Arbeitsbedingungen zu entnehmen.

Aus aller Welt. Prügelstrafe.

Der Geheimkriegsgerichtsrat Dr. Komen, der einst als Staatsanwalt jeden Sozialdemokraten für fähig erklärt hat, im Parteinteresse einen Meineid zu schwören, hat ein neues Feld für seine Betätigungsbereitschaft gefunden. Er ist unter der Vorläufer für die Wiedereinführung der Prügelstrafe gegangen. Im Scherz „Tag“ stellt er den Grundgedanken auf: „Wer sich wie eine Bestie benimmt, der muß wie eine Bestie behandelt werden“ und fährt dann fort:

„Und wenn von den Gegnern der Prügelstrafe angeführt wird, daß die kulturellen Voraussetzungen dieses Strafmittels gefallt seien, daß die Wiedereinführung der Prügelstrafe eine Rückschritt zu barbarischen Zuständen bedeute, so sind das schön klingende Worte, die manchen bestechen mögen. Aber gegenüber der Tatsache, daß sich trotz der zunehmenden Kultur die Rohheitsdelikte in erschreckender Weise mehren, ist ihnen doch eine durchschlagende Bedeutung nicht beizulegen.“

Duchschickereien, die oft damit enden, daß der Schuldlose gestört wird, rechnet der Herr Geheimkriegsgerichtsrat natürlich nicht zu den Rohheitsdelikten, die mit Prügeln geahndet werden müssen.

Apachentwefen.

Ein kühner Juwelenraub wurde gestern in der achten Abendstunde in Boulogne sur Seine vollführt. Vor dem Laden des Juweliers Daudot in der Rue Escurir stiegen um diese Zeit zwei Radfahrer ab, die sich vor dem Schaufenster angelegentlich unterhielten. Plötzlich zertrümmerte einer der Räuber die Scheibe und beide rafften in aller Eile die ihnen erreichbaren Schmucksachen zusammen. Der zweite Räuber setzte hierauf eine im Schaufenster befindliche Portiere in Brand und beide ergriffen alsdann schleunigst die Flucht. Der Laden brannte vollständig aus und nur mit Mühe konnten alle Wertgegenstände geborgen werden. Von den Räubern fehlt bisher jede Spur.

Bei einem Besuch bei Paris wurden gestern zwei alte Damen, die aus Eljah-Lothringen stammenden Schwestern Marie und Elise Krejinger, am hellen Tage in ihrer Wohnung von Einbrechern überfallen. Marie Krejinger wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen am Kopfe bewußlos und ihre Schwester tot aufgefunden. Die Gendarmerie verhaftete drei Brüder Bourcaourt, welche des Verbrechens dringend verdächtig sind.

Der weiße Mob.

Der Rassenhaß hat am Donnerstag in Boston wieder einmal eine Orgie gefeiert. Ein Neger und eine Negerin wurden von der weißen Bevölkerung gefoltert, weil sie in dem Verdacht standen, einen Mordverbrechen auf einen weißen Einwohner unternommen zu haben. Beide wurden von der aufgeregten Menge entsehrlich zugerichtet und dann an einem Baum aufgehängt.

Kleine Notizen.

Im Kampfe mit Eindringern. Als Freitag früh der Schuhmann Hede in Klein-Bischdorf bei Leipzig den 20. Jahre alten Hefner wegen Einbruchs festnehmen wollte, feuerte letzterer einen Revolverknall ab, der den Beamten in die Brust traf und schwer verletzte.

Schredensat eines Wahnsinnigen. Gestern früh versuchte der Bauer Wilhelm Reuter seine Frau durch Messerstiche zu töten. Als die Frau noch Lebendigen sich gab, erwürgte er sie. Nach der Tat erhängte sich der Mann selbst an der Zimmertür. Reuter hat die Tat in geistiger Unmachtung begangen.

Unglückliche Liebe. Ein 10jähriges Mädchen verübte in Fünfkirchen (Ungarn) aus unglücklicher Liebe einen Selbstmordversuch und verletzte sich schwer.

Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika. Bei Altoona in Pennsylvania ist ein Personenzug entgleist. Vier Personen wurden getötet, vierzig verletzt.

Witterungsüberblick vom 16. Februar 1912.

Stationen	Barometer			Wind			Wetter	Temp. in C.
	Hand	Wind	Windrichtung	Windstärke	Windrichtung	Windstärke		
Ennsbrunn	769,5	SW	2	Dunst	1	1	12	-12
Gambrunn	769,5	SW	2	Dunst	1	1	14	-14
Berlin	769,5	SW	2	Dunst	1	1	10	-10
Frankfurt	770,5	SW	1	Rebel	1	1	2	-2
München	772,5	SW	1	Wolllig	1	1	5	-5
Wien	768,5	SW	4	Regen	1	1	5	-5

Wetterprognose für Sonnabend, den 17. Februar 1912.

Lebhaftes Wetter, am Tage etwas härter bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Prüfungsbüreau.

Abführtee

„Olinda“ ein einfaches u. natürliches Abführmittel von fräftiger Wirkung bei zeitweiser als auch chronischer Verstopfung, doppelt bewährt durch die zugleich blutreinigende Wirkung. Besonders wichtig für Frauen u. Personen mit wenig Bewegung, die hauptsächlich an Stuhlverstopfung zu leiden haben. Man nehme nur den ersten „Olinda“ Tee in 1/2 l. u. 1 l. Wasser. Otto Reibel, 50, Eisenbahnstraße 4, u. nicht anders dafür.

Franzbranntwein

allbekanntes Hausmittel zur Haar- und Abreibungen. Kalmus-Franzbranntwein. — erhöht wirkungsträftig — gegen ähnhche Schmerzen, Schwäche u. Gichtwurz der Beine, engl. Granthell etc. Originalflask. 50, 75 Pf., 1 l., 1,50. Literflask. 2,50 und 3,50. Otto Reibel, 50, Eisenbahnstraße 4, B.-W. IV 4751, 4752, 4753.

Blumenfeld & Co.

Gegenüber dem Neuköllner Rathaus.



Die angeführten Artikel stellen nur einen kleinen Teil der an allen Lägern ausgestellten Waren dar, die an Preiswürdigkeit kaum zu übertreffen sind.

Spachtel-Küper Rouleaus 2 95

3 Meter Kleiderbarchent 95 Pf.

Kopfkissen mit Spruchensatz 95 Pf.

2 Kopfkissen weiss oder bunt 95 Pf.

Bettbezug Deckbett und 2 Kissen 2 95

Strickwolle sehr weich Pfund 1 95

Glacé-Handschuhe Paar 95 Pf.

2 Spitzenjabots 45 Pf.

1 Spachtelkragen 45 Pf.

1 Sami-Gummigürtel 45 Pf.

Kinder garnitur mit Spachtel-einsatz 95 Pf.

Turbangarnitur 3-teilig 45 Pf.

4 1/2 m Wäsche-Stickerel 45 Pf.

1 Garien-Tischdecke Leinen imit. 95 Pf.

Reisstinken 45 Pf.

6 in Acker-manns Unterg. 95 Pf.

Echt Silber! Messer u Gabel Stck. 95 Pf.

Mitendecke mit Malerei, waschecht 95 Pf.

12 Lederbücher imitiert 95 Pf.

Kleiderstoffe

- Blusen-Fianelle und Karos, beliebte Muster Mtr. 45 Pf.
- Reinseidene Blusenstreifen u. Karos Mtr. 95 Pf.
- Kostümstoffe doppelbreit, engl. gemust. Mtr. 95 Pf.
- Cheviot, reine Wolle Mtr. 95 Pf.
- Damentuch, schwarz, schwere Qualität . . . 1.95
- 6 m Hauskleiderstoff sehr haltbar 2.95
- Halbf. Kimonobius, mit reich. Seidensickerel, reinwollene Popeline . . 2.95

Handarbeiten

- Kissenplatte, gezeichnet 45 Pf.
- Tischläufer, Leinen imitiert gezeichnet 45 Pf.
- Bosenhandtuch, Satin, eleg. gezeichnet 95 Pf.
- Kissenplatte, imit. Lein-gez. 95 Pf.
- Kissenplatte, Filztuch, angefangen, mit Material . . 1.95

Trikotagen

- Korsettschoner mit Arm 45 Pf.
- Gestrickte Kinderröckchen mit Leibchen 45 Pf.
- Kinder-Sweater alle Farb. 45 Pf.
- Herr-Norm-Remd. o. Hose 95 Pf.
- Herrn-Barockenhemden . 95 Pf.
- Herrn-Strickwesten . . . 1.95
- Damen-Umschlagtücher, sehr gross, elatt u. karliert 2.95

Ein Fabriklag. hochfeine Damenwäsche bestehend aus Achsel-schluss-, Vorder-schluss- und Fazon-Hemden, Knie- und Priesenbinkeldern, Nachtjacketen Wert 2 h. 95 Pf. 1 95 2 95 6 Mark

Möbelstoffe

- 1/2 Mtr. Läuferstoff 45 Pf.
- 1 Mtr. Portiere isl. dopp. br. 45 Pf.
- 1 Mtr. gest. Tuch-Bordüre 45 Pf.
- 1 Mtr. Linoleum-Läufer la 95 Pf.
- 1 Waffel-Bettdecke 1.95
- 1 Filztuch-Bernitur, bestickt, 2 Schals u. Querbeh. 1.95
- 1 Steppdecke 2.95

Damen- u. Kinder-Konfektion:

- 1 neublaue Eimer o. Wanne 45 Pf.
- 3 Vorratstaschen, bunt . . 45 Pf.
- 1 Putzkommode 3 Schub. 95 Pf.
- 1 Brotdose, fl. lackiert . . 95 Pf.
- 1 Heibemaschine, grob und fein rebend 95 Pf.
- 1 Rosshaarbesen mit Stiel 95 Pf.
- 1 grauer Besen 1 Haardfeger, 1 Möllschantel 95 Pf.
- 1 Wirtschaftswage, 10 Kgr. 1.95
- 1 Plättisen, vernickelt . . 1.95

Emaille

- 1 Kaffeeflasche m. Patentverschluss 45 Pf.
- 1 Schmortopf od. 1 Kasserolle 16 cm 45 Pf.
- 1 Wasserkessel für Kohlen- oder Gas-Feuerung . . . 95 Pf.
- 1 dekorierter Eimer . . . 95 Pf.
- 4 Emaille-Kasserollen zus. 95 Pf.
- 1 ovale Emaille-Wanne . 95 Pf.
- 1 Emaille-Müllimer m. Schr. 95 Pf.

Aus der Lebensmittel-Abteilung Zur Einführung!

- 1 Pfd. Rotwurst 45 Pf.
- 1 Pfd. Zwiebel-Leberwurst 45 Pf.
- 1 Pfd. Jagdwurst 95 Pf.
- 1 Pfd. Land-Leberwurst . 95 Pf.
- 1 Pfd. H. Leberwurst . . . 95 Pf.
- 1 Pfd. Hall-Leberwurst . 95 Pf.

Ideal-Roggenbrot

ca. 4 Pfund schwer 45 Pf.

Leinen- und Baumwollwaren

- 3 Gerstenkornhandtücher 45 Pf.
- 6 St. Staubtücher, gesäumt 45 Pf.
- 6 St. Linon-Taschentücher 45 Pf.
- 5 Meter gutes Bomdortuch 95 Pf.
- 6 Küchenhandtücher, grau Dreil. gesäumt 95 Pf.
- 6 Stubenhandtücher, weiss Dreil. 95 Pf.
- 12 Wischtücher, karliert 95 Pf.
- 3 Rolltücher 95 Pf.
- 1 Kaffeegedeck m. 6 Serviett. 1.95
- 1 eleg. Abenddecke in allen Farben 1.95
- 1 Coupon Züchen, zum grossen Deckbettbezug . 1.95
- 10 Meter Spezial-Haustuch beliebte Qualität 2.95
- 1 Coupon rotgestreift Dreil. passend für 1 Unterbett 2.95
- 1 Kaffeegedeck m. 6 Serviett. farb. Bordüre i. eleg. Kart. 2.95

Schürzen

- Wirtschaftschürze, waschecht mit Tasche 45 Pf.
- Tändelschürze m. Stickerel 45 Pf.
- 3 Stück Tändelschürzen, bunt besetzt 95 Pf.
- Nieder- od. Busenschürze 95 Pf.
- Kinderschürzen, weiss, schwarz, farbig 95 Pf.
- Satin-Prinzessschürze . 1.95
- Tändelschürze m. Stickerel, Träger und Volant . . . 1.95
- Rockschürze, schwarz Alpaka 2.95

Herren-Artikel

- Serviteur mit Falten ca. 40 cm lang 45 Pf.
- Regattes, Binder in mod. Ausführungen 45 Pf.
- 3 Herren-Kragen, 4 fach 45 Pf.
- 3 Paar Handschotten 4 fach 95 Pf.
- 1 Jachtklubmütze 95 Pf.
- Herrn-Filzhut, weich oder steif 1.95
- Herrn-Phantasia-Weste 1.95
- 1 Herren-Oberhemd Perkal 2.95

Schirme

- Damen-Schirme mit mod. Naturstücken 1.95
- Herrn- u. Damenschirme mit Halbseide Futteral . 2.95

Strumpfwaren

- Damen-Strümpfe, englisch lang 2 Paar 45 Pf.
- Püsslings 3 Paar 45 Pf.
- Herrn-Socken, Wolle plattiert 2 Paar 45 Pf.
- Kinderstrümpfe, schwarz, 2 Paar 45 Pf.
- Kinder-Strümpfe, Wolle plattiert 1, 2, 3 Paar 95 Pf.
- Damen-Handschuhe, coul. weiss 1 Paar 45 Pf.
- Damen-Handschuhe, imit. Wildleder 1 Paar 45 Pf.
- Herrn-Handschuhe, Trikot 1 Paar 45 Pf.
- Herrn Handschuhe, gestrickt 1 Paar 95 Pf.

Wachstuche

- 1 H. Wachstuch-Spindtke 45 Pf.
- 1 Wachstuch-Tischdecke mit Barchent-Rücken . . 95 Pf.
- 1 Decke, 1 Leitungsschoner, 1 Spindstreifen, 2 Stahl-sitz-Decken, zusammen 95 Pf.
- Berufs-Kleidung
- 1 bl. Monteur-Anzug, Jacke u. Hose, haltb. u. cohtfarb. 1.95

Kostüm-Röcke, mod. verarb., hell u. dunk. gemust. 95 Pf. 1.95 2.95

Unterröcke mit breitem Satin-Volant aus Tuch und Moirette . 95 Pf. 1.95 2.95

Porzellan und Steingut

- 5 Paar weisse Tassen zus. 45 Pf.
- 1 Honig-, 1 Butterdose, Porzellan, dekoriert 45 Pf.
- 1 gr. Teekanne, Porz., fl. dek. 45 Pf.
- 6 tiefe, 6 flache, Stalieteller 95 Pf.
- 6 Paar Tassen, Porz., fl. dek. 95 Pf.
- 1 Gewürzsch., m. 6 Tönnch. 95 Pf.
- 1 Satz Saattieren, 7 Grössen 95 Pf.
- 1 Wachserservice, 3 teilig . 95 Pf.
- 1 Kaffeeservice, fl. dek., 9 teilig. 2.95

Galanterie — Lederwaren

- 1 Barometer m. Thermomtr. 45 Pf.
- Schwarzwäld Uhr gut geh. 45 Pf.
- 1 Rauchservice, Kunstguss, m. A. hsch., u. Streichholz. 2.95
- 1 Rindleder - Markttsche 1.95
- 1 Spiel Karten m. Goldeck, 4 Kartenteller, 1 Skatblock, 1 Bleistift, zus. 95 Pf.
- 1 moderne Damen-Samt-tasche mit langer Kordel 95 Pf.

Glaswaren

- 1 Butterdose, 1 Käseglocke zusammen 45 Pf.
- 5 Gambriusbocher zus. 45 Pf.
- 1 Käseglocke, 1 Butterdose, 1 Zuckerschale, 6 Glas-teller, Presskristall, zus. 95 Pf.
- 6 Viktoriabecher m. Go. dr. 95 Pf.
- 12 Bierbecher m. Goldrand 95 Pf.
- 1 Bierserv. m. geschl. Kanne 1.95
- 1 Bierservice, dekor. Kanne mit Deckel 2.95

Holzwaren

- 1 Bauernstisch, imit. Nussbaum 95 Pf.
- 1 Zigarrenschränk, imitiert Nussbaum 95 Pf.
- 1 Büstenständer, imitiert Nussbaum 95 Pf.
- 1 Holz-Vogelbauer mit Scheiben und Arm . . . 1.95
- 1 Vogelbauer-Ständer mit Vogelbauer 2.95

Baby-Lammfell-Capes 95 Pf.

Baby-Lammfell-Jäckchen 95 Pf.

3 Paar Solinger Bestecke 95 Pf.

1 grosser verziert. Waschtropf mit Sieb u. Deckel 2 95

3 Paket. Karola-Bleichseife 45 Pf.

6 Pakete Blitz-Blank-Schneepulver 45 Pf.

12 Stück Eschwag. Seife 95 Pf.

5 groß. Steil. Riegel Oranienburger Kernseife 45 Pf.

Herren-Leder-Hausschuhe Paar 2 95

Kinderstiefel Paar 2 95

1 Plüsch-Reisedecke 2 95

1 Plüsch-Tischdecke 2 95

Melton-Pantoffeln Paar 45 Pf.

Velour-Kinderkleidchen 95 Pf.

Kinderkleider auf Futter 1 95

Kamelh.-Schuh, imit., mit Filz- und Ledersohle 95 Pf.

6 m Gögginger Untergara 95 Pf.

8 Rollen Kreuzspulen 95 Pf.

6 Rollen Nähfilz 95 Pf.

Spachtelkragen für mod. Mäntel 95 Pf.

Korsette, langhüftig, mit Strumpfhalter 95 Pf.

1 Tafelaufsatz Kunstglas mit 3 Schalen 2 95

1 grosser verziert. Waschtropf mit Sieb u. Deckel 2 95

!!! Bekannt als streng reell !!!

Rein nur erstklassiges Schuhwerk

Schuhhaus Carl Gans, Belle-Alliance-Str. 104

Die Restbestände der Saison

gelangen zu ganz enorm billigen Preisen bei sehr reichhaltig sortiertem Lager in allen Artikeln zum Verkauf.

Konfirmanden - Anzüge



Grösste Auswahl in nur haltbaren, dauerhaften Stoffen, schwarz und blau. Gediegene, elegante Verarbeitung, einreihig u. zweireihig. Vorzüglicher Sitz!

12.- 13.⁰⁰ 15.- 18.-
20.- 22.- 25.- 28.-
usw.

Prüfungs-Anzüge

In den modernsten Musterungen und nur soliden Stoffen, Einreihige und zweireihige Formen, tadellose Ausführung!

10.⁵⁰ 12.- 14.- 17.-
19.- 22.- 25.- 28.-
usw.

Anzüge nach Mass
von 28.- M. an

Meine Fabrikate sind erstklassig verarbeitet und infolge meiner eigenen Fabrikation äusserst preiswürdig.

A. Schega Kottbuser Damm 77

vormals A. Wormann G. m. b. H.

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Kleidung fertig und nach Mass.



Neukölln.

Verkaufsstellen:

- Bergstraße 151-152
- Nogatstraße 19-20
- Weisestraße 32
- Weisestraße 9
- Steinmetzstraße 102
- Zietenstraße 80
- Boddinstraße 60
- Reuterstraße 7-8
- Hobrechtstraße 77
- Friedelstraße 21
- Sanderstraße 20
- Donaustraße 114
- Weserstraße 52
- Wipperstraße 20
- Niemetzstraße 4

Nicht für Wiederverkäufer. Nur solange Vorräte reichen.

Sonnabend und Sonntag:

Ausnahme-Preise

für folgende Artikel:

Butter

- allerfeinste Molkereibutter das Beste was es gibt Pfd. nur 146 Pf.
- feinste Molkerei-Butter . . . Pfd. nur 139 Pf.

Schmalz

- ff. Braten- u. Rohschmalz . . . Pfd. nur 54 Pf.

Käse

- ff. Schweizer Käse Pfd. nur 108 Pf.
- ff. Limburger Käse Pfd. nur 56 Pf.
- ff. Tilsiter Käse Pfd. nur 70 Pf.
- ff. Frühstückskäse Stück nur 9 Pf.

Eier

- frische Eier Stück nur 9 Pf.

Brot

- schönes großes Brot . . . Stück nur 44 Pf.
- größtes Brot, über 4 Pfd. schwer Stk. nur 53 Pf.

Auf alle Waren (außer Butter und Schmalz)

10 Proz. Rabatt-Marken!

Reik, Neukölln.

Kaufhaus Neumark vorm. Gebr. Leyser, Gräfestr. 21

Unsere bekannten **95 Pf.-Tage** bieten diesmal

außerordentlich große, enorm billige Warenposten

Baumwollwaren.

- Bettkattun, 80 cm breit 4 Meter 95 Pf.
- Küperbarchend, 80 cm breit 3 Meter 95 Pf.
- Renforcé, prima Qualität 2 1/2 Meter 95 Pf.
- Bettlaminat und Dimitt, 190 cm breit 3 Meter 95 Pf.
- Handtücher, gestümt und gebändert 3 Stück 95 Pf.

Kleiderstoffe u. Seidenstoffe.

- Schwarz Taffet, 45 cm breit Meter 95 Pf.
- Imittierte Mousseline, in schönen Dessains Meter 95 Pf.

Weißwaren und Tulle.

- 2 Bäckchen 95 Pf.
- 1 Schleife, 1 Samtgummigürtel 95 Pf.
- 6 Meter Taffetband, 4 cm breit, in allen Farben 95 Pf.
- Woll- und Spachtelstoffe Meter 95 Pf.
- Ball-Shawls, elegant Stück 95 Pf.

Besonders billig!

Kostümstoffe, 130 cm breit 95 Pf.

Strümpfe und Handschuhe.

- 3 Paar Ringelstrümpfe für Damen 95 Pf.
- 3 Paar Damenstrümpfe, ohne Naht 95 Pf.
- 3 Paar Schweißsocken für Herren, ohne Naht 95 Pf.
- Lange Handschuhe mit und ohne Finger, schwarz und weiß Leinen 2 Paar 95 Pf.
- 2 Paar Herren-Hosenträger 95 Pf.

Wirtschafts-Abteilung.

- Schmortöpfe mit Deckel, 22 cm Stück 95 Pf.
- Wannen, oval, 40 cm 95 Pf.
- Elimer, dekoriert 95 Pf.
- Wasserkessel, in allen Größen 95 Pf.
- Holz-Kaffeemühlen 95 Pf.
- Satz-Näpfe 7 Stück 95 Pf.
- 4 Hängelicht-Strümpfe, Grätzlin 95 Pf.
- Wäschgaraturen, 2 und 3 teilig 95 Pf.
- 2 große Wandteller, Porzellan-Delft 95 Pf.
- 3 Vorratsstößen, Porzellan 95 Pf.

Wäsche und Trikotagen

- Achselhemd mit gestickter Passe 95 Pf.
- Fantasihemd mit Stickerei 95 Pf.
- Barchend-Jacke 95 Pf.
- Sommer-Jacke 95 Pf.
- Barchend-Kniebeinkleid 95 Pf.
- Sommer-Kniebeinkleid 95 Pf.
- Weißer Barchendrock mit Volant 95 Pf.
- Elegante Untertaille 95 Pf.
- Sweater in 3 Größen Stück 95 Pf.
- Trikothemd Stück 95 Pf.
- Trikotbeinkleid 95 Pf.
- Kinder-Trikot, Länge 60-100 95 Pf.
- Taschentücher, gewaschen 1/2 Dutzend 95 Pf.
- 1/2 Dutzend Batisttücher 95 Pf.

Besonders billig!

Korsetts in allen Weiten 95 Pf.

In allen Abteilungen Gelegenheitsposten.

Louis Neumark vorm. Gebr. Leyser, Gräfestr. 21.